

Zuwanderung und Beschäftigung

Bericht von Karl Brenke und Nina Neubecker

Struktur der Zuwanderungen verändert sich deutlich 3

Interview mit Nina Neubecker

»Zuwanderer oft inadäquat beschäftigt« 22

Bericht von Konstantin A. Kholodilin und Boriss Siliverstovs

Wohnimmobilien in Großstädten:
Kaufpreise steigen auch 2014 schneller als Mieten 23

Bericht von Guido Baldi und Björn Bremer

Verluste auf das deutsche Nettoauslandsvermögen –
wie sind sie entstanden? 32

Am aktuellen Rand Kommentar von Claudia Kemfert

Amerika im Fracking-Boom:
langfristiges Eldorado für energieintensive Industrien? 44



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
80. Jahrgang
4. Dezember 2013

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Dr. Kati Schindler
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Sebastian Kollmann
Dr. Richard Ochmann
Dr. WolfPeter Schill

Lektorat

Dr. Katharina Wrohlich
Jens Kolbe
Dr. Kerstin Bernoth

Textdokumentation

Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.



Jede Woche liefert der Wochenbericht einen unabhängigen Blick auf die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland und der Welt. Der Wochenbericht richtet sich an Führungskräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft – mit Informationen und Analysen aus erster Hand.

Wenn Sie sich für ein Abonnement interessieren, können Sie zwischen den folgenden Optionen wählen:

Jahresabo zum Vorzugspreis: Der Wochenbericht zum Preis von 179,90 Euro im Jahr (inkl. MwSt. und Versand), gegenüber dem Einzelpreis von 7 Euro sparen Sie damit mehr als 40 Prozent.

Studenten-Abo: Studenten können den Wochenbericht bereits zum Preis von 49,90 Euro im Jahr abonnieren.

Probe-Abo: Sie möchten den Wochenbericht erst kennenlernen? Dann testen Sie sechs Hefte für nur 14,90 Euro.

Bestellungen richten Sie bitte an den

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74, 77649 Offenburg
Tel. (01806) 14 00 50 25,
20 Cent/Anruf aus dem dt. Festnetz,
60 Cent maximal/Anruf aus dem Mobilnetz
leserservice@diw.de

Weitere Fragen?

DIW Kundenservice:

Telefon (030) 89789-245
kundenservice@diw.de

Abbestellungen von Abonnements
spätestens sechs Wochen vor Laufzeitende

RÜCKBLLENDE: IM WOCHENBERICHT VOR 50 JAHREN

Der private Verbrauch im dritten Quartal 1963

Die seit einem Jahr zu verzeichnende Abschwächung in der Verbrauchsausdehnung hat sich im dritten Vierteljahr offenbar nicht mehr fortgesetzt. Damit scheinen sich auch die schon früher ausgesprochenen Erwartungen, zunächst im Ergebnis der Monate Juli bis September, bestätigt zu haben, wenn auch das Ausmaß der Steigerung nur wenig über das im ersten Quartal erreichte hinausgeht. Damals gaben die Haushalte im Bundesgebiet – einschließlich Saarland und Berlin (West) – rund 5,5 vH mehr als im Vorjahr aus. Nach einer geringeren Steigerung im zweiten Quartal (5,1 vH) erreichte nun der Zuwachs in den Monaten Juli bis September etwa 6 vH gegenüber dem gleichen Zeitraum des Jahres 1962. Zwar wuchs auch im dritten Vierteljahr der Verbrauch der Haushalte noch schwächer als ihre Einkommen, doch war die Entwicklungsdifferenz zwischen beiden Größen, dem verfügbaren Einkommen und dem Verbrauch, geringer als in den vorangegangenen Monaten. Die Ausgabebereitschaft der Verbraucher ist also etwas größer geworden, die unerwartet rege Spartätigkeit hat sich offenbar nicht mehr im gleichen Umfange wie bisher fortgesetzt.

Die erhöhte Ausgabeneigung der Haushalte war vor allem bei den Warenkäufen zu verspüren. Die Verbraucher wendeten mit 32,8 Mrd. DM etwa 4,3 vH mehr (3,2 vH im ersten und 2,6 vH im zweiten Quartal) als in der gleichen Vorjahrszeit auf und erhöhten ihren Verbrauch der Menge nach um etwas über 3 vH. An Bekleidung wurden hierbei 2,5 vH und an Nahrungs- und Genußmitteln 5 vH mehr bezogen. Für die Befriedigung des in den Gruppen Wohnung und Dienstleistungen zusammengefaßten Bedarfs wurden zwar 8,9 vH mehr als im Vorjahr ausgegeben, diese Zuwachsrate war aber etwas kleiner als bisher, und der reale Verbrauchsanstieg hat mit etwa 4 vH den der Warenbezüge nur wenig übertroffen.

aus dem Wochenbericht Nr. 49 vom 6. Dezember 1963

Struktur der Zuwanderungen verändert sich deutlich

Von Karl Brenke und Nina Neubecker

Die Zahl der Zuwanderer nach Deutschland ist in jüngster Zeit stark gestiegen. Zu vermehrten Zuzügen kam es vor allem aus den 2004 und 2007 der EU beigetretenen ost- und südosteuropäischen Staaten. Zudem hat die Migration aus Südeuropa wieder an Bedeutung gewonnen. Ein erheblicher Teil der Zugezogenen ist wegen einer Ausbildung gekommen, die allermeisten indes wegen einer Beschäftigung. Die Zuwanderungen wirken sich erheblich auf die neuere Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt aus. So wird der Beschäftigungsaufbau in Deutschland in wachsendem Maß von ausländischen Arbeitskräften getragen, allerdings auch die Zunahme der Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosenquote der Zuwanderer ist etwa doppelt so hoch wie die der Deutschen. Zwar hat sich die Qualifikationsstruktur der in der Bundesrepublik lebenden Migranten durch die Zuzüge der letzten Jahre deutlich verbessert, doch hat auch von den erst in jüngster Zeit zugewanderten Erwerbspersonen noch ein erheblicher Teil – ein Drittel – keinen berufsqualifizierenden Abschluss. Aber auch im Fall eines Berufsabschlusses ist die Integration in den Arbeitsmarkt oft nicht einfach, denn Migranten – auch die in den letzten Jahren zugezogenen – üben vergleichsweise häufig nur einfache Jobs aus, obwohl sie für anspruchsvolle Tätigkeiten qualifiziert sind. Es bleibt abzuwarten, ob die jüngsten Verfahrensänderungen bei der Anerkennung im Ausland erworbener Berufsabschlüsse hier für Abhilfe sorgen.

Schwer einzuschätzen ist, wie sich die Zuwanderungen in den kommenden Jahren entwickeln werden. Mit großer Wahrscheinlichkeit werden sich die Zuzüge von Rumänen und Bulgaren verstärken, wenn Anfang 2014 diesen Staatsangehörigen die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit gewährt wird. Nach dem EU-Beitritt ihrer Staaten haben viele die für sie offenen Arbeitsmärkte in Südeuropa genutzt und sind nun mit der Beschäftigungsmisere dort konfrontiert. Es könnte daher zu einer Umlenkung der Wanderungsströme kommen.

Im Folgenden werden die Wanderungen von Ausländern nach Deutschland in den letzten Jahren analysiert. Aus den verfügbaren Quellen lässt sich zwar eine Vielzahl an Daten schöpfen, dennoch gibt es Informationslücken und Unsicherheiten über die Zuverlässigkeit mancher Angaben. Überdies stimmen mitunter die Statistiken bei ähnlichen Sachverhalten nicht überein (Kasten 1). Gleichwohl wurde versucht, ein Bild über das Ausmaß der Außenwanderungen und die Struktur der Immigranten zu zeichnen. Wegen der Schwierigkeiten bei den Daten kann es sich jedoch nur um eine grobe Umriss-skizze handeln.

Um das Ausmaß und einige Besonderheiten der Wanderungen zu bestimmen, wurden die Zahlenangaben der amtlichen Bevölkerungsfortschreibung und des Ausländerzentralregisters verwendet. Informationen über die Erwerbsbeteiligung sowie über die Art der ausgeübten Tätigkeiten sind durch Auswertungen der Individualdaten des Mikrozensus¹, einer regelmäßigen amtlichen Bevölkerungsumfrage mit einer sehr großen Stichprobe, gewonnen worden.² Genutzt wurden die Erhebungsergebnisse des Jahres 2011; zeitnähere Daten stehen der Wissenschaft derzeit nicht für Analysen zur Verfügung.³ Zudem fließen Angaben der Bundesagentur für Arbeit über Beschäftigte und Arbeitslose in die Untersuchung ein. Ein besonderes Augenmerk wurde – anhand der Mikrozensus-Daten – auf die berufliche Qualifikation der Zuwanderer gelegt und dabei insbesondere auf die Frage, ob ihre ausgeübte Tätigkeit auch ihrer Ausbildung entspricht und in welchem Maße sie nur einer einfachen Arbeit nachgehen, obwohl sie für qualifizierte Jobs ausgebildet sind.

¹ Beim Mikrozensus handelt es sich um eine regelmäßige, amtliche Bevölkerungsumfrage, bei der ein Prozent der Bevölkerung erfasst werden soll. Verwendet wurde ein Datensatz mit knapp 700 000 Fällen. Bei allen Rechnungen auf der Basis des Mikrozensus wurden die im Datensatz enthaltenen Standardhochrechnungsfaktoren angewendet.

² Die Autoren danken Anja Hlawatsch, Julia Höninger, Matthias Klumpe und ihren Kollegen vom Forschungsdatenzentrum des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg für ihre freundliche Unterstützung bei der Datenauswertung.

Kasten 1

Probleme der amtlichen Bevölkerungsstatistiken

Deutschland kommt auf eine erhebliche Zahl an Zuwanderern. Das zeigt sowohl die Statistik nach der amtlichen Bevölkerungsfortschreibung als auch die des Ausländerzentralregisters. Die beiden Zahlenwerke weisen jedoch unterschiedliche Größen aus: Nach der Bevölkerungsfortschreibung wurden für das Jahr 2012 Zuwanderungen von Ausländern¹ in Höhe von 966 000 gezählt, nach dem Ausländerzentralregister waren es lediglich 828 000. Auch bei den Fortzügen gibt es deutlich voneinander abweichende Angaben; hier wurden 579 000 beziehungsweise

433 000 Fälle erfasst. Bei den Wanderungssalden liegen die beiden Quellen nahe beieinander – bei jeweils knapp 400 000.

Worauf die Unterschiede zurückzuführen sind, lässt sich nicht klären. Das Statistische Bundesamt nennt als einen möglichen Grund eine nicht zeitgerechte Meldung der zuständigen Behörden an das Zentralregister.² Das kann es aber nicht oder nicht allein sein, denn die Abweichungen zwischen den beiden Zahlenwerken variieren bei einzelnen Merkmalen

¹ Ausländer sind Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Personen mit einer deutschen und einer weiteren Nationalität gelten als Deutsche.

² Statistisches Bundesamt (2013): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ausländische Bevölkerung. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters 2012. Fachserie 1, Reihe 2, Wiesbaden, 5.

Tabelle

Wanderungen von Ausländern nach und aus Deutschland nach der Bevölkerungsfortschreibung und dem Ausländerzentralregister 2012

Staatsangehörigkeit	Beölkerungsfortschreibung			Ausländerzentralregister			
	Zuzüge	Fortzüge	Wanderungs-saldo	Zuzüge	Fortzüge	Wanderungs-saldo	Register-löschungen ¹
In 1 000 Personen							
EU	638,4	362,9	275,5	490,1	242,7	247,4	21,6
Südeuropa ²	118,6	49,9	68,7	84,0	35,2	48,8	7,8
2004 zur EU beigetretene osteuropäische Staaten	279,6	164,0	115,6	219,1	107,2	111,9	7,3
Bulgarien, Rumänien	174,7	103,9	70,7	142,2	69,5	72,7	4,2
Nord- und westeuropäische EU-Staaten ³	65,5	45,0	20,4	44,8	30,7	14,0	2,4
Nicht zur EU gehörende europäische Staaten	127,0	95,6	31,4	123,2	74,9	48,3	51,6
Außereuropäische Staaten	200,5	120,2	80,2	214,5	115,3	99,2	41,7
Insgesamt	965,9	578,8	387,1	827,8	432,9	394,9	114,9
Struktur in Prozent							
EU	66,1	62,7	71,2	59,2	56,1	62,6	18,8
Südeuropa ²	12,3	8,6	17,8	10,2	8,1	12,4	6,8
2004 zur EU beigetretene osteuropäische Staaten	28,9	28,3	29,8	26,5	24,8	28,3	6,3
Bulgarien, Rumänien	18,1	18,0	18,3	17,2	16,1	18,4	3,6
Nord- und westeuropäische EU-Staaten ³	6,8	7,8	5,3	5,4	7,1	3,6	2,1
Nicht zur EU gehörende europäische Staaten	13,2	16,5	8,1	14,9	17,3	12,2	44,9
Außereuropäische Staaten	20,8	20,8	20,7	25,9	26,6	25,1	36,3
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100

¹ Ohne Löschungen aufgrund von Tod oder Staatsangehörigkeitswechsel.

² Italien, Spanien, Portugal, Griechenland, Zypern, Malta.

³ Skandinavische Länder, BENELUX-Staaten, Großbritannien, Irland, Frankreich, Österreich.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

der Wanderungen – etwa bei der Staatsangehörigkeit der zu- und fortgezogenen Personen. Vor allem fällt auf, dass die Bevölkerungsfortschreibung insbesondere bei den Wanderungen aus den EU-Staaten auf viel höhere Werte als das Ausländerzentralregister kommt. Möglicherweise sind Zuzüge von kurzer Dauer – etwa von einigen Monaten – im Ausländerzentralregister immer noch untererfasst, obwohl wegen dieses Problems im Jahr 2012 die Berechnungsverfahren geändert wurden. Vielleicht gibt es aber auch andere Gründe.

Die Güte der Bevölkerungsstatistik hängt aber nicht nur von der Kooperation der zuständigen Behörden untereinander, sondern auch vom Meldeverhalten der Bürger ab. Schwierigkeiten bereiten vor allem die Abmeldungen. Während für die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit oder einer Ausbildung der Nachweis einer Wohnanschrift und somit eine Anmeldung bei der zuständigen Meldebehörde erforderlich ist, gibt es oft keine entsprechenden Gründe für eine Abmeldung bei einem Fortzug ins Ausland.³ Daher dürften die in den einschlägigen Zahlenwerken ausgewiesenen Zahlen über die Fortzüge zu niedrig sein – und die ermittelten Wanderungsgewinne zu hoch. Vor allem deshalb sind immer wieder Datenkorrekturen nötig. So wurde im Jahr 2004 das Ausländerzentralregister einer Revision unterzogen und der Bestand um 400 000 Fälle bereinigt. Nach dem im Jahr 2011 durchgeführten Zensus ergab sich eine um nochmals 480 000 geringere Zahl an Ausländern in Deutschland als sie vom Ausländerzentralregister bisher genannt wurde.⁴ Inzwischen werden laufend Registerbereinigungen vorgenommen; im Jahr 2012 bei 115 000 Fällen. Noch größer ist die Abweichung zwischen Zensus und Bevölkerungsfortschreibung: Der Zensus ergab eine um 1,1 Millionen geringere Zahl an in Deutschland wohnenden ausländischen Einwohnern; das ist ein Siebtel der bisher für 2011 angenommenen ausländischen Bevölkerung.⁵ Sowohl bei den aktuell veröffentlichten Daten der Bevölkerungsfortschreibung als auch bei denen des Ausländerzentralregisters sind die Ergebnisse des Zensus noch nicht berücksichtigt.

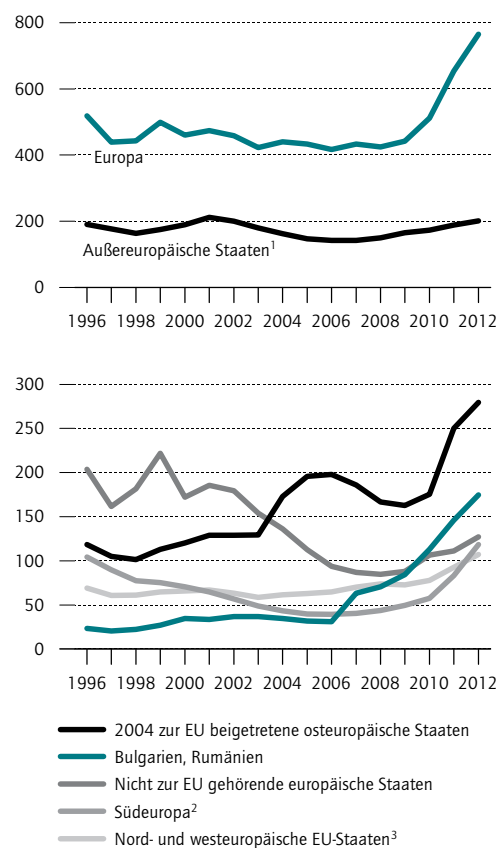
³ Freilich können auch Anmeldungen unterbleiben – etwa im Falle eines illegalen Aufenthalts oder einer nicht regulären Erwerbstätigkeit.

⁴ Ebenda, 337.

⁵ Statistisches Bundesamt: Zensus 2011: 80,2 Millionen Einwohner lebten am 9. Mai 2011 in Deutschland. Pressemitteilung vom 31. Mai 2013.

Abbildung 1

Zuzüge von Ausländern nach Deutschland
In Tausend



¹ Einschließlich Staatenlose, Personen mit unbekannter Staatsbürgerschaft etc.

² Italien, Spanien, Portugal, Griechenland, Zypern, Malta.

³ Skandinavische Länder, BENELUX-Staaten, UK, Irland, Frankreich, Österreich.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Bevölkerungsfortschreibung); Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Die Zuzüge von Ausländern nach Deutschland haben in den letzten Jahren kräftig zugenommen.

Stark gestiegene Zuwanderungen – vor allem aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten

Nachdem sich bis Mitte der letzten Dekade die Zuwanderungen nach Deutschland mehr und mehr abschwächten, kam es laut Bevölkerungsfortschreibung seitdem zu kräftigen Zuwächsen.³ Zunächst wuchsen – ab 2006 – die Zuzüge aus dem außereuropäischen Ausland (Abbildung 1). Die Zuwanderungen von dort entwickeln sich

³ Die Betrachtung der Zuwanderungen im Zeitverlauf stützt sich allein auf die Daten der Bevölkerungsfortschreibung, weil nach Auskunft der amtlichen Statistik die Zahlen des Ausländerzentralregisters wegen der Datenrevisionen und wegen geänderter Berechnungsverfahren keine Vergleiche über die Zeit zulassen.

seit Mitte der 90er Jahre in einer wellenförmigen Bewegung, die dem Konjunkturverlauf in der Bundesrepublik ähnelt. Geprägt wurde die Entwicklung aber durch die Zuwanderungen aus den europäischen Ländern.

Zugenommen haben vor allem die Zuwanderungen aus den neuen EU-Mitgliedstaaten.⁴ Ab 2004 kam es zu einem deutlichen Zuwachs der Zuzüge aus Osteuropa. Nach 2006 ließ der Zustrom merklich nach, um ab 2011 wieder stark zuzulegen. Darin spiegeln sich die veränderten rechtlichen Regelungen zur Arbeitsaufnahme in Deutschland wieder. Im Jahr 2004 traten – neben Malta und Zypern – acht osteuropäische Staaten⁵ der EU bei, und es wurden die sich dadurch bietenden, allerdings noch stark eingeschränkten Möglichkeiten zur Beschäftigung in Deutschland genutzt; im Jahr 2011 wurde die vollständige Arbeitnehmerfreizügigkeit gewährt. Ab 2007, dem Jahr, als in einer weiteren Erweiterungsrunde Bulgarien und Rumänien zur EU kamen, expandierten die Zuzüge von dort. Die Zuwanderungen aus Südeuropa⁶, die lange Zeit immer schwächer geworden waren, nahmen ab Mitte des letzten Jahrzehnts zu – zunächst nur leicht, nach 2010, als die Krise in manchen dieser Länder immer deutlicher zutage trat, verstärkt. Die Zuzugszahlen von dort sind aber längst nicht so hoch wie

jene aus den neuen EU-Mitgliedstaaten. Auch aus anderen europäischen Ländern sind die Zuwanderungen gestiegen: aus den nord- und westeuropäischen EU-Staaten⁷ stetig und gemächlich, aus den nicht der EU angehörigen Ländern seit 2009 kräftig, nachdem sie zuvor stark gesunken waren.

Nach vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes für das erste Halbjahr 2013 sind die Zuwanderungen von Ausländern weiter kräftig gewachsen – auf eine halbe Million; das sind zwölf Prozent oder 54 000 mehr als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres.⁸ Besonders hoch waren die Zuzüge aus Osteuropa (insbesondere aus Polen und Ungarn), Rumänien und Bulgarien sowie aus Italien und Spanien; Griechen kamen indes weniger als zuvor.

Starke Fluktuation

Die Zuwanderungen sind oft nicht auf Dauer angelegt, sondern nur auf eine gewisse Zeitspanne ausgerichtet. Besonders groß ist das Ausmaß der temporären Migration unter den Personen aus den neuen Mitgliedsländern der EU. Das gilt vor allem für die Bulgaren und die Rumänen: Jeder dritte, der im Jahr 2012 weggezogenen Zuwanderer, wohnte vor seinem Fortzug aus Deutschland weniger als zwölf Monate in der Bundesrepublik und vier Fünftel weniger als vier Jahre. Im Laufe des vergangenen Jahres wurde – rein rechnerisch⁹ – der Bestand an Zuwanderern aus Bulgarien und Rumänien zu fast 60 Prozent ausgetauscht (Tabelle 1). Wegen der anzunehmenden Untererfassung vor allem der Fortzüge in der Statistik dürfte das Ausmaß der temporären Migration noch größer gewesen sein. Die starke Fluktuation dürfte in erheblichem Maße auch darauf zurückzuführen sein, dass der Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt für Bulgaren und Rumänen noch stark eingeschränkt und zum Teil auf befristete Beschäftigung angelegt ist.

Allerdings gab es 2012 auch unter den aus den osteuropäischen EU-Staaten stammenden Zuwanderern eine große Fluktuation – und für diese bestehen seit Mai 2011 keinerlei Barrieren mehr für eine Beschäftigungsaufnahme in Deutschland. Möglicherweise sind von ihnen nicht wenige nur zu bestimmten Jahreszeiten in der Bundesrepublik tätig und pendeln saisonal. Sehr viel geringer ist dagegen die Fluktuation unter den Zuwande-

4 Nicht zu den neuen EU-Ländern wird in dieser Untersuchung Kroatien gezählt; dieses Land ist erst im Sommer dieses Jahres der EU beigetreten.
 5 Dies sind Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn.
 6 Die Herkunftsregion *Südeuropa* umfasst Griechenland, Italien, Malta, Portugal, Spanien und Zypern.

Tabelle 1

Fluktuation und Verbleibdauer von Ausländern in Deutschland 2012 In Prozent

Staatsangehörigkeit	Fluktuationsrate ¹	Anteil an allen Fortzügen, die	
		bis zu einem Jahr	ein bis vier Jahre
		in Deutschland geblieben	
Südeuropa ²	10,7	14,0	25,1
2004 der EU beigetretene osteuropäische Staaten	36,8	29,0	39,6
Rumänen, Bulgaren	59,7	35,4	43,6
Nord- und westeuropäische EU-Staaten ³	11,0	10,6	35,6
Nicht zur EU gehörende europäische Staaten	7,5	10,5	15,1
Außereuropäische Staaten	22,5	13,7	34,0

1 Summe der Zu- und Abwanderungen dividiert durch die durch 2 geteilte Summe des Bestandes am Jahresanfang und am Jahresende.

2 Italien, Spanien, Portugal, Griechenland, Zypern, Malta.

3 Skandinavische Länder, BENELUX-Staaten, Großbritannien, Irland, Frankreich, Österreich.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Ausländerzentralregister); Berechnungen des DIW Berlin.

7 Die Herkunftsregion *nord- und westeuropäische EU-Staaten* umfasst Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Irland, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Schweden sowie Großbritannien.

8 Vgl. Statistisches Bundesamt: Zuwanderung nach Deutschland steigt im 1. Halbjahr 2013 um 11%. Pressemitteilung vom 21. November 2013.

9 Mangels Daten wurde bei der Ermittlung der Fluktuation nicht berücksichtigt, dass Personen mehrmals innerhalb eines Jahres zu- und abwandern können.

Die Verbleibdauer der Zuwanderer variiert stark nach Nationalitäten. Oft nur kurz ist der Aufenthalt bei Osteuropäern sowie bei Rumänen und Bulgaren.

Tabelle 2

Indikatoren der Erwerbsbeteiligung nach Staatsangehörigkeit sowie Migrationserfahrung 2011In Prozent¹

Staatsangehörigkeit	Erwerbsquote	Erwerbsquote ²	Erwerbstätigenquote	Erwerbstätigenquote ²	Erwerbslosenquote	Personen in Ausbildung	Anteil an der Bevölkerung
Deutsche ohne Migrationshintergrund	78,0	71,2	73,9	67,5	5,3	14,3	84,4
Deutsche mit Migrationshintergrund, eingebürgert	64,1	52,9	58,5	48,1	8,8	33,6	4,9
Ausländer ohne eigene Migrationserfahrung	76,2	53,8	59,6	48,0	10,8	37,2	1,8
Südeuropäer ³ , zugezogen vor 2010	77,2	74,4	70,9	68,4	8,1	5,1	1,1
Südeuropäer ³ , zugezogen ab 2010	67,1	58,1	59,5	51,7	11,3	31,8	0,1
Osteuropäer aus EU-Staaten, zugezogen vor 2004	75,4	70,6	67,0	62,8	11,1	7,8	0,5
Osteuropäer aus EU-Staaten, zugezogen ab 2004	76,1	70,5	70,9	65,7	6,9	13,1	0,4
Bulgaren und Rumänen, zugezogen vor 2007	77,4	68,1	70,5	61,6	9,0	15,3	0,1
Bulgaren und Rumänen, zugezogen ab 2007	70,6	63,3	62,6	56,7	11,3	17,6	0,1
Zugezogene Nord- und Westeuropäer aus der EU ⁴	76,5	73,1	73,2	69,9	4,4	7,9	0,8
Zugezogene aus europäischen Ländern außerhalb der EU	63,5	60,1	55,0	51,9	13,4	7,3	3,7
Zugezogene aus nicht europäischen Ländern	61,6	55,8	52,2	46,8	15,4	16,8	2,0
Insgesamt	76,2	69,3	71,7	65,2	6,0	15,3	100

¹ Personen im Alter von 15 bis 65 Jahren.² Ohne Erwerbstätige Schüler und Studenten sowie Auszubildende.³ Italien, Spanien, Portugal, Griechenland, Zypern, Malta.⁴ Skandinavische Länder, BENELUX-Staaten, Großbritannien, Irland, Frankreich, Österreich.

Quellen: Mikrozensus; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Die Erwerbsbeteiligung der Zuwanderer ist kaum geringer als die der Deutschen. Viele Zuwanderer nehmen an einer Ausbildung teil.

ern aus den anderen EU-Staaten und aus jenen europäischen Ländern, die nicht der EU angehören (wie der Türkei). Hier fällt ins Gewicht, dass viele der Migranten aus solchen Ländern schon lange in Deutschland wohnen, da sie in der Zeit der Anwerbung von Gastarbeitern zuwanderten oder deren Kinder sind.

Hohe Beteiligung am Erwerbsleben oder an einer Ausbildung

Weil die Zuwanderungen kräftig zugenommen haben und sie stark von spezifischen Gegebenheiten wie dem EU-Beitritt einer Reihe von Ländern sowie der Krise in großen Teilen Südeuropas beeinflusst sind, bietet es sich an, die erst in den letzten Jahren nach Deutschland zugezogenen Migranten¹⁰ gesondert zu betrachten. Informationen über deren Zusammensetzung bieten die

¹⁰ Als Migranten oder Zuwanderer gelten in den Auswertungen auf der Basis des Mikrozensus alle Ausländer mit einer eigenen Migrationserfahrung. Sie werden abgegrenzt von den Ausländern ohne eigene Migrationserfahrung (zum Beispiel Kinder von Migranten), den Deutschen mit Migrationshintergrund (zum Beispiel Aussiedler, Eingebürgerte oder Kinder von Migranten mit deutscher Staatsbürgerschaft) sowie den Deutschen ohne Migrationshintergrund. Die Zuwanderer werden weiter differenziert nach dem Land ihrer (ersten) Staatsangehörigkeit und gegebenenfalls ihrem Zuzugszeitraum nach Deutschland.

Daten des Mikrozensus. Dieser Quelle liegt zwar eine Stichprobe mit einer insgesamt sehr großen Fallzahl zugrunde, bei einer Aufgliederung nach einzelnen Teilmengen wie spezieller Gruppen von Zuwanderern ergeben sich aber zum Teil nur kleine Fallzahlen, so dass nur grobe Analysen möglich sind.¹¹

Von den in Deutschland lebenden Migranten sind die allermeisten auf dem Arbeitsmarkt – das heißt, sie haben einen Job oder suchen einen. Werden die Erwerbspersonen (= Erwerbstätige + Erwerbslose) auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (von 15 bis 65 Jahre) bezogen, ist die Erwerbsbeteiligung der meisten Nationalitätengruppen geringer als die der Deutschen – aber meist nicht viel (Tabelle 2).¹² Ähnlich hoch wie bei

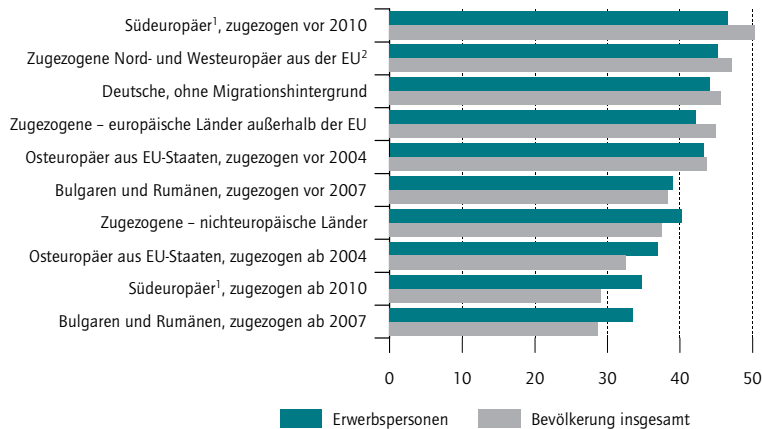
¹¹ Kritisch ist insbesondere die Fallzahl der seit der Krise in Südeuropa von dort Zugezogenen; sie beläuft sich lediglich auf knapp 200. Von den ab 2007 nach Deutschland zugezogenen Bulgaren und Rumänen finden sich im Mikrozensus 2011 knapp 500 Fälle, und von den zuvor Zugezogenen mit diesen Staatsbürgerschaften sind es 550. Bei allen anderen Migrantengruppen belaufen sich die Fallzahlen auf mehr als 1 000.

¹² Gemäß der Definition der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zählen zu den Personen im erwerbsfähigen Alter die 15- bis 74-Jährigen. Diese Abgrenzung ist international üblich. In Deutschland wird die Grenze häufig enger gezogen, weil sich in den Altersjahrgängen ab 65 Jahren sehr viele Rentner finden. Um die Migranten besser mit dem bestehenden Erwerbspersonenpotential in der Bundesrepublik vergleichen zu können, wurde abweichend von der ILO-Konvention eine engere Abgrenzung gewählt.

Abbildung 2

Durchschnittsalter nach Staatsangehörigkeit sowie Migrationserfahrung 2011³

In Jahren



1 Italien, Spanien, Portugal, Griechenland, Zypern, Malta.
 2 Skandinavische Länder, BENELUX-Staaten, UK, Irland, Frankreich, Österreich.
 3 Personen im Alter von 15 bis 74 Jahren.

Quellen: Mikrozensus; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Die Zuwanderer der letzten Jahre sind im Schnitt recht jung.

den Deutschen fallen die Erwerbsquoten bei den Zuwanderern mit der Staatsangehörigkeit eines west- und nordeuropäischen EU-Staates, den EU-Osteuropäern sowie bei den Migranten aus Südeuropa, die vor 2010 nach Deutschland zogen, aus. Die danach von dort Zugezogenen kommen indes auf eine deutlich geringere Erwerbsbeteiligung. Von ihnen nimmt ein erheblicher Teil an einer Ausbildung teil – sei sie schulischer, universitärer oder betrieblicher Art. Ähnlich, aber nicht so ausgeprägt ist das Bild bei den Bulgaren und Rumänen: Diejenigen, die vor dem EU-Beitritt ihres Landes kamen, haben eine höhere Erwerbsquote als jene, die danach zuwanderten. Auch bei dieser Gruppe sind die später Zugewanderten häufiger in einer Ausbildung.

Bei all dem spielt auch das Alter eine Rolle, denn die in den letzten Jahren Zugezogenen sind relativ jung und naturgemäß jünger als jene Migranten, die schon länger in Deutschland leben (Abbildung 2). Das gilt insbesondere mit Blick auf die eingewanderten Südeuropäer sowie die Bulgaren und Rumänen. Die nach dem EU-Beitritt aus osteuropäischen EU-Staaten Zugezogenen sind im Schnitt kaum jünger und nehmen etwas häufiger an einer Ausbildung teil als die zuvor aus diesen Staaten Zugezogenen. Ihr Alter liegt aber ebenfalls erheblich unter dem Durchschnitt, insbesondere unter dem Alter der Deutschen. Wird der Blick allein

auf die Erwerbspersonen gerichtet, fallen die Unterschiede beim Durchschnittsalter zwar deutlich geringer aus, sind aber noch erheblich.

Hohe Arbeitslosigkeit unter den Zuwanderern

Für das Zielland wie für die Migranten hängt der Erfolg der Zuwanderung – abgesehen von einer Ausbildung – in der Regel von der Integration in den Arbeitsmarkt ab, also vorrangig davon, ob sie eine Beschäftigung finden oder ob sie arbeitslos sind. Das Ausmaß der Arbeitslosigkeit kann auf verschiedene Weise gemessen werden. In Deutschland richtet sich die öffentliche Aufmerksamkeit vorrangig auf das Konzept der Bundesagentur für Arbeit. Danach gelten solche Personen als arbeitslos, die bei den Arbeitsagenturen gemeldet sind, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen und die keine Beschäftigung von mehr als 15 Wochenstunden haben. International wird indes üblicherweise das Konzept der ILO verwendet, nach dem jene Personen als erwerbslos anzusehen sind, die überhaupt keiner bezahlten Beschäftigung nachgehen und eine aktiv suchen; die Meldung bei einer Arbeitsagentur sowie das Vorliegen oder das Fehlen einer Arbeitserlaubnis ist ohne Belang.

Abgesehen von denjenigen Personen, die aus nord- oder westeuropäischen EU-Staaten zuwanderten, lag bei allen Migrantengruppen die Erwerbslosenquote nach dem ILO-Konzept¹³ deutlich über dem – von den Deutschen geprägten – Durchschnitt. Unter den übrigen Migrantengruppen ist sie bei denjenigen EU-Osteuropäern, die seit 2004 zuzogen, am geringsten. Etwas höher ist dagegen die Erwerbslosenquote unter den Bulgaren und Rumänen generell sowie unter jenen Südeuropäern, die ab 2010 zuzogen. Manch einer von ihnen ist offenbar ohne konkrete Beschäftigungsperspektive zugewandert. Am stärksten verbreitet ist Erwerbslosigkeit unter den Migranten aus den nicht zur EU gehörenden europäischen Staaten sowie den Migranten aus außereuropäischen Ländern.

Die Bundesagentur für Arbeit weist keine Arbeitslosenquoten nach Nationalitäten aus. Hilfsweise lassen sich diese anhand der registrierten Arbeitslosen und der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten berechnen.¹⁴ Danach kommen die Ausländer aus Südeuropa, den

¹³ Etwas abweichend gingen dabei nur die Erwerbspersonen im Alter von 16 bis 65 Jahren in die Berechnung ein.

¹⁴ Üblicherweise gehen in die Berechnung der Arbeitslosenquoten die Erwerbstätigen ein; die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sind nur ein – wenngleich der allergrößte – Teil der Erwerbstätigen. Qua Gesetz ist den Arbeitsagenturen indes bei der Vermittlung aufgetragen, den Arbeitslosen eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu verschaffen (vgl. §16, 1 SGB III).

Tabelle 3

Arbeitslose nach Herkunftsländern

In 1 000 Personen

Oktober des jeweiligen Jahres	Deutschland	Südeuropa ¹	2004 zur EU beigetretene osteuropäische Staaten	Bulgarien und Rumänien	Nord- und westeuropäische EU-Staaten ²	Nicht zur EU gehörende europäische Staaten	Außer-europäische Staaten
2005	3 840,2	87,4	35,3	6,3	25,8	349,4	146,1
2006	2 959,3	69,2	31,9	5,4	19,8	296,8	125,7
2007	2 628,2	58,1	29,3	5,4	16,8	261,2	114,3
2008	2 284,9	50,8	26,7	5,1	14,8	231,0	106,2
2009	2 478,5	57,1	29,0	6,5	17,3	249,0	114,6
2010	2 249,6	51,8	28,2	6,8	16,2	226,4	106,2
2011	2 287,7	51,9	31,4	8,1	16,2	227,9	113,7
2012	2 284,6	55,4	35,2	10,7	16,6	230,4	120,5
2013	2 302,3	60,9	42,8	14,8	17,8	232,6	130,0

1 Italien, Griechenland, Portugal, Spanien, Zypern.

2 Skandinavische Länder, BENELUX-Staaten, Großbritannien, Irland, Frankreich, Österreich.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des DIW Berlin.

Die Zahl der arbeitslosen Zuwanderer hat in den letzten Jahren zugenommen.

osteuropäischen EU-Staaten sowie aus Bulgarien und Rumänien aktuell¹⁵ auf Arbeitslosenquoten von knapp 14 Prozent; eine Differenzierung nach dem Zeitpunkt der Zuwanderung ist nicht möglich. Zum Vergleich: Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft haben nach dieser Berechnungsweise eine Arbeitslosenquote von knapp acht Prozent.

Angesichts der starken Zuwanderungen in den letzten Jahren ist es nicht erstaunlich, dass auch die absolute Zahl der Arbeitslosen mit ausländischer Nationalität angezogen hat.¹⁶ Es ist allerdings schwierig, bei der Betrachtung des Verlaufs der Arbeitslosigkeit Einwanderungs- von konjunkturellen Effekten zu trennen. Im Falle der Ausländer aus EU-Staaten sank die Zahl der Arbeitslosen bis zum Jahr 2008, legte das darauf folgende Jahr zu, um danach kurzfristig wieder abzunehmen. Bei dieser Entwicklung dürfte die Konjunktur die dominierende Rolle gespielt haben. Nach 2010 wird dagegen die Migration prägend für den Verlauf gewesen sein: Mit dem kräftigen Zuwanderungsschub ging ein erheblicher Anstieg der Zahl der Arbeitslosen einher. Das gilt sowohl für die EU-Osteuropäer als auch für die Südeuropäer (Tabelle 3). Bei den Bulgaren und Rumänen stieg indes die Zahl der Arbeitslosen schon vor

dem durch die weltweite Finanzkrise ausgelösten Konjunktureinbruch in Deutschland.

Insgesamt fällt die Arbeitslosigkeit von Ausländern aus EU-Staaten – vor allem wegen ihrer vergleichsweise geringen Gruppengröße – aber bisher wenig ins Gewicht. Auf sie entfielen im Oktober dieses Jahres insgesamt knapp fünf Prozent aller Arbeitslosen – weniger als beispielsweise von den Türken gestellt werden. Die Arbeitslosen aus den osteuropäischen EU-Staaten machten 1,5 Prozent aller Arbeitslosen aus, die Bulgaren und Rumänen zusammengenommen 0,5 Prozent. Mit reichlich zwei Prozent ist der Anteil der Südeuropäer höher, was aber kaum an den in den letzten Jahren Zugezogenen liegen dürfte, sondern eher an jenen Personen, die schon längere Zeit in Deutschland wohnen. Gleichwohl wird die jüngste Entwicklung bei der Arbeitslosigkeit erheblich von Ausländern beeinflusst. Im Oktober war die Zahl der Arbeitslosen um 50 000 höher als ein Jahr zuvor; knapp zwei Drittel des Anstiegs wurden von Ausländern getragen, die meisten davon waren EU-Bürger.

Viele Selbständige unter den Zuwanderern aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten

Infolge der relativ hohen Erwerbslosigkeit und der bei Teilen der Migranten überdurchschnittlichen Teilnahme an einer Ausbildung ist der Anteil der Erwerbstätigen in den einzelnen Zuwanderungsgruppen vergleichsweise gering. Das gilt – neben den Migranten aus nicht-europäischen Ländern sowie aus europäischen

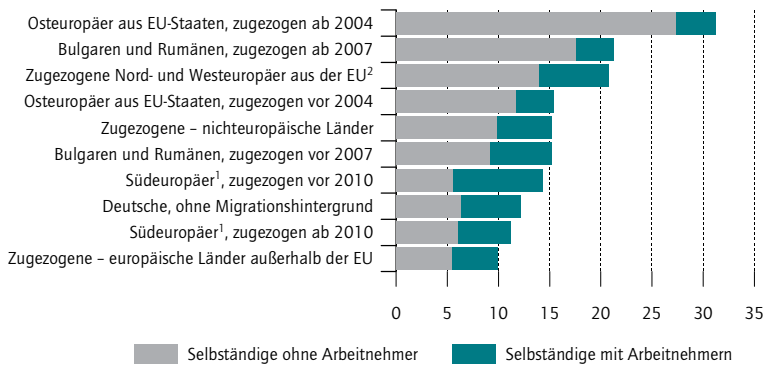
15 Arbeitslose im Oktober 2013 bezogen auf die Summe dieser Arbeitslosen und der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten von Ende 2012.

16 Die Daten der Bundesagentur für Arbeit geben nur Aufschluss über die Nationalität der Arbeitslosen, nicht jedoch darüber, ob sie nach Deutschland zugewandert sind und wann das war. Es ist aber wohl evident, dass der Anstieg der Arbeitslosigkeit unter den Ausländern in erheblichem Maße von Zuwanderern herrührt.

Abbildung 3

Anteil der Selbständigen an allen Erwerbstätigen 2011

In Prozent



1 Italien, Spanien, Portugal, Griechenland, Zypern, Malta.
 2 Skandinavische Länder, BENELUX-Staaten, Großbritannien, Irland, Frankreich, Österreich.
 Quellen: Mikrozensus; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Zuwanderer gehen vergleichsweise häufig einer selbständigen Beschäftigung nach.

Ländern außerhalb der EU – nicht zuletzt für die seit 2010 zugewanderten Südeuropäer sowie für die seit dem EU-Beitritt ihres Landes zugezogenen Bulgaren und Rumänen. Kaum geringer als bei den Deutschen ist hingegen die Erwerbstätigenquote der EU-Osteuropäer – insbesondere jener, die seit 2004 kamen.

Auffallend ist, dass sich die Zuwanderer erheblich hinsichtlich ihrer Stellung im Beruf unterscheiden. Von den in den letzten Jahren zugezogenen Migranten aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten geht ein weit überdurchschnittlicher Anteil einer selbständigen Beschäftigung nach – und davon haben viele keine Arbeitnehmer (Abbildung 3). Die selbständige Beschäftigung wurde angesichts eingeschränkter Arbeitnehmerfreizügigkeit von Personen aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten genutzt, um in Deutschland eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen. Von den Osteuropäern wurde dieser Zugangskanal zum deutschen Arbeitsmarkt stärker in Anspruch genommen als von den Bulgaren und Rumänen. Die Zuwanderer aus osteuropäischen EU-Staaten, insbesondere Polen, sind oft in handwerklichen Berufen tätig. Zeitgleich mit dem EU-Beitritt ihrer Herkunftsländer wurde die Handwerksordnung in Deutschland liberalisiert, und viele drängten in solche Handwerke, die nicht mehr dem Meisterzwang unterliegen.¹⁷ Nur wenige Selbständige gibt es hingegen unter den in den letzten Jahren zugezogenen Südeuropäern; für sie war der deutsche Arbeitsmarkt offen.

¹⁷ Vgl. Brenke, K (2008): Reform der Handwerksordnung – Erfolgreich, aber viel zu halbherzig. In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung, Nr. 1/2008.

Anteil der Migranten am Beschäftigungsaufbau nimmt deutlich zu

Obwohl Deutschland Arbeitnehmern aus den 2004 und 2007 der EU beigetretenen Ländern zunächst nicht die volle Freizügigkeit für eine Arbeitsaufnahme gewährte, ist die Zahl der abhängig Beschäftigten aus den neuen Mitgliedstaaten dennoch erheblich gestiegen. Die Arbeitskräfte setzten auf die diversen Ausnahmeregelungen für eine Arbeitsaufnahme. Dazu zählen kurzfristige Beschäftigungen, besondere Regelungen für Fachkräfte und Akademiker, Beschäftigungsverhältnisse aufgrund spezieller familiärer Konstellationen, mit beruflicher Qualifizierung verbundene Tätigkeiten, Jobs auf Werkvertragsbasis oder Saisonarbeit.

Entsprechend zog nach 2004 die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit einer Staatsbürgerschaft eines der osteuropäischen Beitrittsländer mehr und mehr an (Tabelle 4). Zu einem enormen Schub kam es nach 2010, als die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit gewährt wurde. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von Arbeitnehmern aus Bulgarien und Rumänien hatte schon vor dem Beitritt dieser Staaten zur EU um wenige tausend Personen zugenommen, danach stieg sie beschleunigt. Die Zahl der Beschäftigten aus diesen beiden Staaten hatte sich vom Jahr vor dem EU-Beitritt bis zum letzten Jahr verdreifacht, die der Beschäftigten aus den osteuropäischen Beitrittsländern ist um das 2,6-fache gestiegen. Zusammengenommen beläuft sich der Zuwachs auf etwa 230 000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte seit den EU-Erweiterungsrunden von 2004 und 2007.

Auch die Zahl anderer sozialversicherungspflichtig beschäftigter Ausländer ist gewachsen. Seit 2010 nimmt die der Arbeitnehmer mit einer Staatsbürgerschaft eines südeuropäischen EU-Landes kräftig zu, nachdem sie in den vorgehenden Jahren immer mehr abnahm – möglicherweise wegen Rückwanderungen, Einbürgerungen oder Verrentungen von Personen aus der Gastarbeitergeneration. Im letzten Jahr hat – in absoluten Zahlen – das Beschäftigungswachstum der Südeuropäer gar das der Bulgaren und Rumänen übertroffen; so stark wie das der EU-Osteuropäer war es aber längst nicht.

Das Bild des Beschäftigungsverlaufs in Deutschland wird in zunehmendem Maße von Zuwanderungen geprägt. Zwar waren bis zuletzt am Aufbau der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung weiterhin größtenteils Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft beteiligt. Aber immerhin trugen die Ausländer 2012 schon zu einem Drittel zum Beschäftigungsaufbau bei – zwei Jahre zuvor war es erst ein halb so großer Anteil gewesen. Das hängt vor allem mit der vermehrten Beschäftigung von Personen aus den osteuropäi-

Tabelle 4

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Herkunftsländern

Dezember des jeweiligen Jahres	Deutschland	Südeuropa ¹	2004 zur EU beigetretene osteuropäische Staaten	Bulgarien und Rumänien	Nord- und westeuropäische EU-Staaten ²	Nicht zur EU gehörende europäische Staaten	Außer-europäische Staaten
In 1 000 Personen							
2003	25 080,7	367,6	102,1	30,0	217,7	857,8	298,7
2004	24 718,6	350,6	101,6	30,1	209,7	825,4	287,8
2005	24 422,9	337,8	106,2	30,8	205,6	796,7	278,3
2006	24 564,3	337,5	115,5	32,9	206,8	808,4	288,9
2007	25 010,6	341,1	122,4	36,7	206,9	832,1	304,8
2008	25 550,6	345,2	129,6	42,0	208,2	857,9	324,2
2009	25 496,4	339,9	138,9	49,0	206,1	829,8	320,1
2010	25 777,9	343,8	148,4	56,3	206,7	845,4	332,0
2011	26 309,9	361,7	189,8	70,6	212,0	881,4	355,9
2012	26 677,0	387,8	269,3	92,5	219,3	900,1	374,6
Index 2003 = 100							
2003	100	100	100	100	100	100	100
2004	99	95	100	101	96	96	96
2005	97	92	104	103	94	93	93
2006	98	92	113	110	95	94	97
2007	100	93	120	122	95	97	102
2008	102	94	127	140	96	100	109
2009	102	92	136	163	95	97	107
2010	103	94	145	188	95	99	111
2011	105	98	186	235	97	103	119
2012	106	106	264	308	101	105	125
Beitrag zum gesamten Beschäftigungsaufbau gegenüber dem Vorjahr in Prozent							
2010	85,2	1,2	2,9	2,2	0,2	4,7	3,6
2011	79,3	2,7	6,2	2,1	0,8	5,4	3,6
2012	68,1	4,9	14,7	4,1	1,3	3,5	3,5

1 Italien, Griechenland, Portugal, Spanien, Zypern.

2 Skandinavische Länder, BENELUX-Staaten, Großbritannien, Irland, Frankreich, Österreich.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Zuwanderer haben in den letzten Jahren verstärkt zum Aufbau der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung beigetragen.

schen EU-Ländern und der Herstellung der vollständigen Arbeitnehmerfreizügigkeit für Arbeitskräfte von dort zusammen.

Anfang nächsten Jahres wird auch den Personen aus Bulgarien und Rumänien in Deutschland die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit gewährt. Es ist schwer abzuschätzen, in welchem Maße es dadurch zu Einwanderungen nach Deutschland kommen wird. Die Erfahrungen mit den Arbeitskräften aus den 2004 der EU beigetretenen osteuropäischen Ländern sprechen dafür, dass sie erheblich sein werden. Zudem ist in Rechnung zu stellen, dass die EU-Osteuropäer in starkem Maße über die Selbständigkeit den Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt gefunden haben. Bei den Bulgaren und Rumänen war das zwar ebenfalls der Fall, jedoch in viel geringerem Maße. Sie setzen mehr auf die abhängige Beschäftigung.

Nach dem EU-Beitritt kam es bereits zu erheblichen Abwanderungen aus Bulgarien und Rumänien. Die Ab-

wanderer zog es vor allem in südeuropäische Länder, insbesondere nach Spanien und Italien, in kleinerer Zahl auch nach Griechenland (Tabelle 5). Hier gab es keine Einschränkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit wie im Falle Deutschlands. Die Beschäftigungssituation in diesen Ländern ist allerdings prekär; ein erheblicher Teil der Zuwanderer ist erwerbslos. Es ist daher mit vermehrten Weiterwanderungsströmen zu rechnen; ein Teil der bereits in andere Länder gezogenen Bulgaren und Rumänen könnte bei voller Arbeitnehmerfreizügigkeit nach Deutschland wechseln. Zudem sind bei vollständiger Arbeitnehmerfreizügigkeit vermehrte direkte Zuwanderungen vor allem aus Rumänien wahrscheinlich – zumal der Arbeitsmarkt in den ähnlich sprachigen, südeuropäischen Krisenländern wenig aufnahmefähig ist. Es gibt bereits Hinweise auf solche Umlenkungseffekte.¹⁸

¹⁸ Vgl. Bertoli, S., Brücker, H., Fernández-Huertas Moraga, J. (2013): The European Crisis and Migration to Germany: Expectations and the Diversion of Migration Flows. IZA Discussion Paper No. 7170.

Tabelle 5

Erwerbstätige und erwerbslose Bulgaren und Rumänen in europäischen Staaten 2012

	Erwerbstätige	Erwerbslose	Erwerbslosenquote ¹
	In 1 000 Personen		In Prozent
Belgien	21,9	6,5	23,0
Dänemark	9,5	1,8	15,9
Deutschland	129,3	13,4	9,4
Finnland	1,2	0,0	0,0
Frankreich	42,7	8,8	17,1
Griechenland	39,8	13,2	24,9
Irland	8,2	2,2	21,2
Italien	625,8	99,6	13,7
Luxemburg	1,5	0,3	16,7
Niederlande	5,9	0,4	6,3
Norwegen	3,5	0,0	0,0
Österreich	29,0	2,8	8,8
Polen	1,1	-	-
Portugal	11,4	-	-
Schweden	5,9	0,8	11,9
Schweiz	7,4	1,0	11,9
Slowenien	1,2	-	-
Spanien	366,8	229,8	38,5
Tschechien	1,9	-	-
Großbritannien	94,0	6,6	6,6

¹ Erwerbslose bezogen auf die Erwerbspersonen im Alter von 15 bis 74 Jahren.

Quellen: Eurostat; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Viele der ins europäische Ausland abgewanderten Rumänen und Bulgaren sind erwerbslos, insbesondere in Spanien.

Viele Zuwanderer üben nur einfache Tätigkeiten aus ...

Die Tätigkeitsstruktur der Zuwanderer weicht mit Blick auf die meisten Nationalitäten deutlich vom Durchschnitt ab. Ins Auge sticht nach den Mikrozensus-Daten von 2011 vor allem ein überproportionaler Anteil an Erwerbstätigen, die einfache Jobs ausüben – also solche, für die in aller Regel kein Berufsabschluss erforderlich ist (Tabelle 6).¹⁹ Aus dem Rahmen fallen wiederum die aus west- und nordeuropäischen EU-Staaten Zugezogenen, die in überdurchschnittlichem Maße einer qualifizierten Tätigkeit nachgehen. Unter den übrigen Zuwanderern ist zu differenzieren. Bei den Südeuropäern sticht ins Auge, dass diejenigen, die erst in den letzten Jahren zuwanderten, viel häufiger anspruchsvolle Jobs haben als jene, die schon länger in Deutschland leben. Auffallend ist bei ihnen ein hoher Anteil an Personen mit einer hochqualifizierten Tätigkeit.

Anders sieht es bei den Zuwanderern aus den neuen EU-Beitrittsländern aus: Reichlich die Hälfte übt einfache Tätigkeiten aus und Erwerbstätige in Jobs, die eine akademische Ausbildung voraussetzen, gibt es vergleichsweise wenige. Das mag auch mit den Arbeitsbeschränkungen zusammenhängen. Denn nach dem EU-Beitritt ihrer Staaten hat sowohl der Anteil jener Arbeitskräfte zugenommen, die lediglich eine einfache Arbeit haben, als auch etwas der Anteil derjenigen, die hochqualifizierte Tätigkeiten ausüben – was an speziellen Ausnahmeregelungen für die Arbeitsaufnahme von Fachkräften in Deutschland liegen könnte. Ein leicht erhöhter Anteil an Erwerbstätigen mit hochqualifizierten Tätigkeiten findet sich aber nur unter den Osteuropäern, nicht jedoch bei den Bulgaren und Rumänen.

... - was an der oft fehlenden Berufsausbildung liegen mag ...

Die erwerbstätigen Zuwanderer beziehungsweise die Zuwanderer insgesamt weisen eine deutlich von den Deutschen abweichende Qualifikationsstruktur auf (Tabelle 7). So verfügt zum einen ein deutlich größerer Anteil der Zuwanderer nicht über einen berufsqualifizierenden Abschluss. Zum anderen gibt es vergleichsweise viele mit einem tertiären (akademischen) Abschluss. Unterrepräsentiert sind dagegen Personen mit einer Lehre/Ausbildung. Das hängt damit zusammen, dass es ein duales Berufsbildungssystem wie in der Bundesrepublik nur in

Tabelle 6

Struktur der Erwerbstätigen nach ihrer ausgeübten Tätigkeit 2011

Anteile in Prozent

	Einfache	Qualifizierte	Hoch qualifizierte
	Tätigkeiten		
Deutsche ohne Migrationshintergrund	29	59	11
Deutsche mit Migrationshintergrund, eingebürgert	44	48	8
Ausländer ohne eigene Migrationserfahrung	44	51	5
Südeuropäer ¹ , zugezogen vor 2010	59	37	4
Südeuropäer ¹ , zugezogen ab 2010	34	43	23
Osteuropäer aus EU-Staaten, zugezogen vor 2004	48	48	5
Osteuropäer aus EU-Staaten, zugezogen ab 2004	51	42	7
Bulgaren und Rumänen, zugezogen vor 2007	53	38	8
Bulgaren und Rumänen, zugezogen ab 2007	62	31	7
Zugezogene Nord- und Westeuropäer aus der EU ²	27	55	17
Zugezogene aus europäischen Ländern außerhalb der EU	63	33	3
Zugezogene aus nicht europäischen Ländern	48	42	10
Insgesamt	32	57	11

¹ Italien, Spanien, Portugal, Griechenland, Zypern, Malta.

² Skandinavische Länder, BENELUX-Staaten, Großbritannien, Irland, Frankreich, Österreich.

Quellen: Mikrozensus; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Der Anteil der Personen, die einer einfachen Tätigkeit nachgehen, ist in den meisten Zuwanderergruppen höher als bei den Deutschen.

¹⁹ Die Zuordnung der Tätigkeiten erfolgte über eine Klassifizierung der ausgeübten Berufe. Dafür wurde ein Zuordnungsschema verwendet, das auf Blossfeld sowie Schimpl-Neimans zurückgeht. Vgl. Blossfeld, H. P.: Bildungsexpansion und Berufschancen. Frankfurt a.M. 1985 sowie Schimpl-Neimans, B.: Mikrodaten-Tools: Umsetzung der Berufsklassifikation von Blossfeld auf die Mikrozensus 1973-1998. ZUMA-Methodenbericht Nr. 10 (2003).

Tabelle 7

Erwerbstätige und Bevölkerung nach ihrer Qualifikation 2011

In Prozent¹

	Kein berufsqualifizierender Abschluss		Lehre/Ausbildung		Hochschul-/ Fachhochschulabschluss		Insgesamt	
	Erwerbstätige	Bevölkerung	Erwerbstätige	Bevölkerung	Erwerbstätige	Bevölkerung	Erwerbstätige	Bevölkerung
Deutsche ohne Migrationshintergrund	9	14	71	69	20	17	100	100
Deutsche mit Migrationshintergrund, eingebürgert	28	35	53	48	19	17	100	100
Nord- und Westeuropäer ² aus EU-Staaten	16	21	41	43	43	36	100	100
Südeuropäer ³ aus EU-Staaten	56	63	34	29	10	8	100	100
Osteuropäer aus EU-Staaten, zugezogen vor 2004	20	24	59	56	22	20	100	100
Osteuropäer aus EU-Staaten, zugezogen ab 2004	26	29	56	51	19	19	100	100
Bulgaren und Rumänen, zugezogen vor 2007	28	36	45	40	27	24	100	100
Bulgaren und Rumänen, zugezogen ab 2007	39	46	41	33	20	21	100	100
Zugezogene aus europäischen Ländern außerhalb der EU	51	61	38	29	12	10	100	100
Zugezogene aus nicht europäischen Ländern	45	54	25	22	30	25	100	100
Ausländer ohne eigene Migrationserfahrung	27	35	64	57	9	8	100	100

1 Personen im Alter zwischen 15 und 74 Jahren, nicht in Ausbildung.

2 Skandinavische Länder, BENELUX-Staaten, Großbritannien, Irland, Frankreich, Österreich.

3 Italien, Spanien, Portugal, Griechenland, Zypern, Malta.

Quellen: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2011; Berechnungen des DIW Berlin.

Zuwanderer haben seltener einen berufsqualifizierenden Abschluss als Deutsche. Allerdings gibt es große Unterschiede zwischen den verschiedenen Zuwanderergruppen.

Tabelle 8

Ausländische Bevölkerung¹ nach der Qualifikation 2011

In Prozent

	Ausländische Erwerbspersonen				Alle Ausländer			
	kein berufsqualifizierender Abschluss	Lehre/Ausbildung	Hochschul-/ Fachhochschulabschluss	Insgesamt	kein berufsqualifizierender Abschluss	Lehre/Ausbildung	Hochschul-/ Fachhochschulabschluss	Insgesamt
Zuzug 1949-1990	51	40	9	100	60	33	8	100
Zuzug 1991-2003	44	35	21	100	49	31	19	100
Zuzug 2004-2011	34	34	33	100	41	30	30	100
Insgesamt	44	37	19	100	52	32	16	100

1 Personen im Alter zwischen 15 und 74 Jahren, nicht in Ausbildung.

Quellen: Mikrozensus 2011; Berechnungen des DIW Berlin.

Die Zuwanderer der letzten Jahre haben häufiger einen berufsqualifizierenden Abschluss als die schon in früheren Jahren Zugewanderten.

wenigen anderen Ländern gibt; im Ausland werden ähnliche Qualifikationen in Fachschulen oder Berufsakademien erworben und die Qualifikationsnachweise gelten oft als höhere tertiäre Abschlüsse. Daher sind auch internationale Vergleiche von Bildungsabschlüssen schwierig.

Zwischen den einzelnen Gruppen von Zuwanderern zeigen sich große Unterschiede hinsichtlich der Qualifikationsstruktur. Von den Migranten, die aus den südeuropäischen EU-Ländern,²⁰ aus nicht zur EU gehörenden europäischen Ländern gekommen sind und jenen, die aus außereuropäischen Staaten stammen, hat ein weit

überdurchschnittlicher Teil – zumeist mehr als die Hälfte – keinen berufsqualifizierenden Abschluss. Relativ gut qualifiziert sind dagegen die Migranten aus den nord- und westeuropäischen EU-Staaten sowie aus den osteuropäischen EU-Staaten – sowohl jene Personen, die vor dem EU-Beitritt ihres Landes im Jahr 2004 zuwanderten, als auch jene Personen, die erst danach kamen. Eine deutlich ungünstigere Qualifikationsstruktur als die EU-Osteuropäer haben indes die Bulgaren und Rumänen – insbesondere diejenigen, die in den letzten Jahren kamen.

Alles in allem sind die Zuwanderer der letzten Jahre aber besser qualifiziert als die Zuwanderer früherer Zeit (Tabelle 8). Das hängt zum Teil auch damit zusammen, dass sich ihre Zusammensetzung hinsichtlich der Natio-

20 Aufgrund geringer Fallzahlen werden die Migranten aus den südeuropäischen EU-Ländern im Folgenden nicht nach ihrem Zuzugszeitraum differenziert.

Kasten 2

Ansätze zur Bestimmung formaler und tatsächlicher Überqualifizierung

Zur Bestimmung formaler Überqualifizierung wird in der Literatur regelmäßig ein Vergleich des höchsten Bildungsabschlusses eines Erwerbstätigen mit dem Bildungsabschluss vorgenommen, der für den von ihm ausgeübten Beruf erforderlich ist. Beim sogenannten normativen/objektiven Ansatz (oder *job analysis approach*) wird der für einen Beruf erforderliche Bildungsabschluss durch die in der jeweils vorliegenden Berufsklassifikation angegebenen formalen Bildungsvoraussetzungen erfasst. Im Mikrozensus kann der für einen Beruf erforderliche Bildungsabschluss aus der International Standard Classification of Occupations 2008 (ISCO-08) abgeleitet werden und mit dem anhand der International Standard Classification of Education 1997 (ISCED-97) klassifizierten Bildungsabschluss eines Erwerbstätigen verglichen werden.¹ Dabei gibt es allerdings das Problem, dass in Deutschland dem berufsqualifizierenden Abschluss in Form einer Lehre/Ausbildung eine besonders große Bedeutung zukommt und diese Qualifikation mit dem beschriebenen Ansatz nicht adäquat berücksichtigt wird.²

¹ Vgl. ILO (2012): International Standard Classification of Occupations. Structure, group definitions and correspondence tables. Volume 1. International Labour Organization, Genf, 14.

² Bei dem genannten Ansatz wird der berufsqualifizierende Abschluss einer Lehre/Ausbildung unter anderem mit einem Haupt-/Realschulabschluss oder einer Hoch-/Fachhochschulreife ohne beruflichen Abschluss in einer Kategorie zusammengefasst.

Anders als der normative Ansatz orientiert sich der sogenannte statistische Ansatz (oder *realized matches approach*) an den tatsächlichen Qualifikationen der Beschäftigten.³ In der Regel wird bei diesem Ansatz das erforderliche Bildungsniveau mit der durchschnittlichen Zahl der absolvierten Schul-/Ausbildungsjahre gemessen. Da der Fokus in diesem Beitrag auf Bildungsabschlüssen und nicht auf Schul- und anderen Ausbildungsjahren liegt, wird das erforderliche Bildungsniveau stattdessen daran gemessen, welchen höchsten Bildungsabschluss mindestens 60 Prozent der Beschäftigten in einer Berufskategorie vorweisen. Dabei werden drei mögliche Ausprägungen unterschieden: kein berufsqualifizierender Abschluss, Lehre/Ausbildung oder Fachhochschul-/Universitätsabschluss.

Eine weitere Möglichkeit, den für einen Beruf erforderlichen Bildungsabschluss zu erfassen, stellt die direkte Befragung der betroffenen Erwerbstätigen dar (*worker self-assessment approach*). Dieser Ansatz kann wegen fehlender Informationen mithilfe des Mikrozensus nicht verfolgt werden.

³ Eine Übersicht und Bewertung der Methoden zur Erfassung des erforderlichen Bildungsniveaus findet sich in Hartog, J. (2000): Overeducation and earnings: where are we, where should we go? Economics of Education Review 19, 131-147.

nalitäten verändert hat.²¹ Von der ausländischen Bevölkerung im Jahr 2011 weisen die zuletzt zugewanderten Ausländer häufiger einen Hochschul-/Fachhochschulabschluss auf als die zuvor zugewanderten Ausländer. Laut OECD stieg der Anteil der zugewanderten Personen mit einem hohen Bildungsabschluss im Zeitraum von 2000/01 bis 2009/10 in der Bundesrepublik stärker als im Durchschnitt der OECD-Länder.²² Zudem ist der Anteil der Ausländer ohne berufsqualifizierenden Abschluss über die betrachteten Kohorten rückläufig;²³ er beläuft sich jedoch für die im Zeitraum von 2004 bis 2011 zugewanderten Ausländer immer noch auf etwa ein Drittel der Erwerbspersonen.

²¹ Vgl. hierzu Brücker, H. (2013): Auswirkungen der Einwanderung auf Arbeitsmarkt und Sozialstaat: Neue Erkenntnisse und Schlussfolgerungen für die Einwanderungspolitik. Bertelsmann Stiftung, 11 ff.

²² Vgl. OECD (2012): Integration von Zuwanderern: OECD-Indikatoren 2012. OECD Publishing, 24.

²³ Vgl. hierzu auch Geis, W. (2012): Der Beitrag der Zuwanderung zur Fachkräftesicherung. IW-Trends – Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung aus dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln, 39. Jahrgang, 8.

... und daran, dass ein erheblicher Teil der Migranten nicht ausbildungsadäquat beschäftigt ist

Der Befund, dass von den Migranten vergleichsweise häufig nur einfache Jobs ausgeübt werden, steht offenbar in Zusammenhang damit, dass vielen eine Berufsausbildung fehlt. Gleichwohl könnte es sein, dass es einen erheblichen Teil an Personen gibt, die trotz beruflicher Qualifikation einer Tätigkeit nachgehen, bei der sie ihre Kenntnisse nicht hinreichend einsetzen können. Darauf deuten bereits vorliegende Untersuchungen hin.²⁴

²⁴ Einer Studie des IAB in Nürnberg zufolge ist der Anteil der Personen mit einer Berufsausbildung oder einem Studium, die ausbildungsadäquat beschäftigt sind, für viele Zuwanderergruppen geringer als für die Gruppe der Deutschen ohne Migrationshintergrund. Dies trifft bei den Neuzuwanderern (Durchschnitt der in den Jahren 2004-2008 Zugewanderten) insbesondere auf männliche Migranten aus den neuen EU-Mitgliedstaaten sowie auf weibliche Migranten aus nicht EU-Staaten in Europa oder aus der Türkei zu, vgl. Seibert, H., Wapler, R. (2012): Aus dem Ausland kommen immer mehr Akademiker. IAB-Kurzbericht 21/2012, Aktuelle Analysen aus dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 5. Ähnliche Ergebnisse lieferte eine frühere Studie des DIW Berlin, wonach der Anteil der Erwerbstätigen mit Fachhoch- oder Hochschulabschluss, die im Jahr 2008 lediglich einfache Tätigkeiten ausübten, für im

Zur Bestimmung formaler Überqualifizierung speziell in Deutschland hat das IAB in Nürnberg einen weiteren Ansatz entwickelt. Demnach gelten all diejenigen Personen mit einer Berufsausbildung oder einem Studienabschluss, die zugleich einer qualifizierten Tätigkeit nachgehen, als qualifikationsgerecht beschäftigt.⁴ Als nicht qualifikationsgerecht tätig gelten hingegen jene Personen mit einer Berufsausbildung oder einem Studienabschluss, die lediglich eine sogenannte einfache Tätigkeit ausüben. Für die Implementierung des IAB-Ansatzes in der vorliegenden Studie werden die im Datensatz enthaltenen Berufe nach dem Blossfeld-Schema klassifiziert⁵ und anschließend in die Kategorien einfache und qualifizierte Tätigkeiten aggregiert.

Nicht alle Erwerbstätigen, die für den von ihnen ausgeübten Beruf formal überqualifiziert sind, sind notwendigerweise auch tatsächlich überqualifiziert. Tatsächliche Überqualifizierung liegt beispielsweise vor, wenn eine Person formal überqualifiziert ist und zudem angibt, dass sie ihre zuvor erworbenen Erfahrungen, Kenntnisse und Fähigkeiten bei ihrer aktuellen

Tätigkeit nicht hinreichend einsetzen kann.⁶ Kann ein Erwerbstätiger hingegen zwar die formalen Bildungsanforderungen, aber nicht die sonstigen, mit seinem Beruf üblicherweise verbundenen Anforderungen erfüllen, und arbeitet aus diesem Grund in einem Beruf mit einer geringeren Bildungsanforderung, kann er lediglich als formal überqualifiziert und nicht als tatsächlich überqualifiziert gelten. Berechnungen auf Basis der BIBB/BAuA-Erwerbstätigenbefragung zufolge lag die tatsächliche Überqualifizierungsrate in Deutschland im Jahr 2006 deutlich unter der formalen Überqualifizierungsrate.⁷ Da die für diese Berechnungen verwendeten Selbsteinschätzungen der Erwerbstätigen zu *skill mismatching* (im Gegensatz zu *qualification mismatching*) im Mikrozensus nicht vorliegen, werden im vorliegenden Beitrag Informationen zu vertikaler (qualifikationsbezogener) und horizontaler (fachbezogener) Inadäquanz von Ausbildung und ausgeübtem Beruf kombiniert, um das Vorliegen von tatsächlicher Überqualifizierung abzuschätzen.

⁴ Vgl. Brücker, H. et al. (2012), a. a. O., 273.

⁵ Die notwendigen Informationen hierzu werden von gesis auf folgender Internetseite zur Verfügung gestellt: www.gesis.org/missy/studie/klassifikationen/sozialwissenschaftliche-klassifikationen/berufsklassifikationen-nach-blossfeld/, Zugriff am 23. Juli 2013.

⁶ Vgl. Green, F., Zhu, Y. (2010): Overqualification, job dissatisfaction, and increasing dispersion in the returns to graduate education. *Oxford Economic Papers* 62, 740-763. Eine ähnliche Unterscheidung findet sich in Chevalier, A. (2003): Measuring Over-education. *Economica*, New Series, 70(279), 509-531.

⁷ Rohrbach-Schmidt, D., Tiemann, M. (2013): Qualification and Skill-based Mismatching in Germany. In: Green, F., Keese, M. (Hrsg.): *Job tasks, work skills and the labour market*. OECD, Paris (im Erscheinen).

Vertikal inadäquate Beschäftigung

Um das Ausmaß von formaler Überqualifizierung – die sogenannte vertikal inadäquate Beschäftigung²⁵ – zu analysieren, wird zunächst die Methode des IAB²⁶ herangezogen. Danach gelten alle Personen mit einer Berufsausbildung oder einem Studienabschluss, die keine qualifizierte Tätigkeit, sondern lediglich eine einfache Tätigkeit ausüben, als überqualifiziert (Kasten 2).²⁷

Zeitraum 2004–2008 zugewanderte Personen aus den neuen EU-Mitgliedstaaten am größten war, vgl. Brenke, K. (2011): Arbeitskräfte aus Mittel- und Osteuropa: Bisher keine starke Zuwanderung – und auch keine Belastungen für den Arbeitsmarkt zu erwarten. *DIW Wochenbericht* Nr. 18/2011.

²⁵ Vgl. zum Beispiel Fehse, S., Kerst, C. (2007): Arbeiten unter Wert? Vertikal und horizontal inadäquate Beschäftigung von Hochschulabsolventen der Abschlussjahrgänge 1997 und 2001. *Beiträge zur Hochschulforschung* 29(1), 72–98.

²⁶ Vgl. Brücker, H. et al. (2012): Fachkräftebedarf: Analyse und Handlungsstrategien. In: Brücker, H., Klinger, S., Möller, J., Walwei, U. (Hrsg.): *Handbuch Arbeitsmarkt. Analysen, Daten, Fakten*. IAB-Bibliothek 334, Nürnberg, Kapitel D, 205–290.

²⁷ Während das Augenmerk in der Literatur häufig auf Personen mit tertiärer (universitärer) Bildung liegt, erscheint es vor dem Hintergrund eines sich auch in einigen Berufen mit mittleren Qualifikationsanforderungen abzeichnenden Fachkräfteengpasses sinnvoll, alle Personen mit einem berufsqualifizierenden Abschluss in die Analyse einzubeziehen.

Es zeigt sich, dass im Jahr 2011 reichlich ein Viertel der Deutschen ohne Migrationshintergrund mit einem berufsqualifizierenden Abschluss nur eine einfache Tätigkeit ausübte (Tabelle 9). Demgegenüber wiesen alle Migrantengruppen – mit Ausnahme der Zuwanderer aus den nördlichen und westlichen EU-Mitgliedstaaten – einen deutlich höheren Anteil an Personen mit einer formalen Überqualifizierung auf. Die höchsten entsprechenden Quoten finden sich bei den Migranten aus Rumänien und Bulgarien, den Migranten aus europäischen nicht-EU-Ländern sowie den Migranten aus den osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten. Differenziert man die Zuwanderer aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten weiter nach dem Zeitraum ihres Zuzugs, so zeigt sich, dass die erst ab 2004 bzw. 2007 aus den osteuropäischen EU-Ländern bzw. Bulgarien und Rumänien Zugewanderten häufiger überqualifiziert sind als die vor 2004 beziehungsweise 2007 Zugewanderten aus diesen Ländern.

Als weitere Methode zur Messung der formalen Überqualifizierung bietet sich der sogenannte statistische Ansatz an. Die anhand dieses Verfahrens berechnete

Tabelle 9

Formale Überqualifizierung 2011Anteil vertikal inadäquat beschäftigter Personen¹ in Prozent

	IAB-Ansatz	Statistischer Ansatz
Deutsche ohne Migrationshintergrund	27	16
Deutsche mit Migrationshintergrund, eingebürgert	33	25
Nord- und Westeuropäer ² aus EU-Staaten	20	30
Südeuropäer ³ aus EU-Staaten	38	23
Osteuropäer aus EU-Staaten, zugezogen vor 2004	44	34
Osteuropäer aus EU-Staaten, zugezogen ab 2004	49	35
Bulgaren und Rumänen, zugezogen vor 2007	43	38
Bulgaren und Rumänen, zugezogen ab 2007	58	40
Zugezogene aus europäischen Ländern außerhalb der EU	48	33
Zugezogene aus nicht europäischen Ländern	35	45
Ausländer ohne eigene Migrationserfahrung	32	14

1 Erwerbstätige Personen mit berufsqualifizierendem Abschluss im Alter zwischen 15 und 74 Jahren, nicht in Ausbildung.

2 Skandinavische Länder, BENELUX-Staaten, Großbritannien, Irland, Frankreich, Österreich.

3 Italien, Spanien, Portugal, Griechenland, Zypern, Malta.

Quellen: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2011; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Das Ausmaß der vertikal inadäquaten Beschäftigung variiert deutlich nach Migrationsstatus oder Nationalität. Zuwanderer sind in der Regel häufiger vertikal inadäquat beschäftigt als Deutsche.

Überqualifizierungsquote ist für die meisten Bevölkerungsgruppen geringer als die anhand des IAB-Ansatzes ermittelte.²⁸ Sie liegt bei 16 Prozent für die Deutschen ohne Migrationshintergrund, zwischen 23 und 45 Prozent für die Personen mit eigener Migrationserfahrung und bei 14 Prozent für die Ausländer ohne eigene Migrationserfahrung. Zudem ergeben sich einige Verschiebungen bei den Positionen der verschiedenen Bevölkerungsgruppen, wobei zwei Verschiebungen herausstechen: War die Überqualifizierungsrate nach dem IAB-Ansatz für Ausländer aus den nördlichen und westlichen EU-Mitgliedsländern am geringsten, findet sich diese Gruppe bei Verwendung des statistischen Ansatzes nur noch im Mittelfeld. Auch ist eine Verschlechterung der Position für die Gruppe der Ausländer aus den nicht-europäischen Staaten auszumachen: Lag diese Gruppe bei Verwendung des IAB-Ansatzes im Mittelfeld, nimmt sie nach dem statistischen Ansatz den letzten Platz ein.²⁹ Eine deutliche Positionsverbesserung ist für die Gruppe der Ausländer aus den südlichen EU-Mitgliedsländern zu verzeichnen.

²⁸ Dies ist darauf zurückzuführen, dass beim statistischen Ansatz der für einen Beruf erforderliche Bildungsabschluss nicht auf Basis theoretischer Überlegungen (ex ante), sondern aus den unter den Beschäftigten tatsächlich vorhandenen Bildungsabschlüssen (ex post) abgeleitet wird.

²⁹ Diese Beobachtungen hängen mit dem vergleichsweise hohen Anteil der Personen mit Hochschul-/Fachhochschulabschluss in den beiden Bevölkerungsgruppen zusammen.

Vertikal und horizontal inadäquate Beschäftigung

Die präsentierten Zahlen zur formalen Überqualifizierung können als eine Art obere Grenze für das Ausmaß der tatsächlichen Überqualifizierung angesehen werden. Abweichend von der in der Literatur bekannten Definition tatsächlicher Überqualifizierung basiert die im Folgenden vorgenommene Abgrenzung von formaler und tatsächlicher Überqualifizierung speziell bei Migranten auf folgender Überlegung: Ist es einem formal überqualifizierten Migranten lediglich aufgrund einer noch nicht erfolgten behördlichen Anerkennung seines ausländischen Abschlusses oder Ähnlichem unmöglich, eine ausbildungsadäquate Tätigkeit in Deutschland zu finden, so kann er tatsächlich als überqualifiziert gelten. Findet hingegen ein formal überqualifizierter Migrant aufgrund von fehlenden beruflichen beziehungsweise institutionellen Kenntnissen oder wegen nicht hinreichender Sprachkenntnisse keine adäquate Tätigkeit, so kann er nicht als tatsächlich überqualifiziert gelten. Da im Mikrozensus wie auch in anderen Quellen keine Informationen zu den letztgenannten Eigenschaften enthalten sind, ist es nicht möglich, die vorgeschlagene Abgrenzung explizit umzusetzen. Da der Datensatz jedoch Auskünfte über die Fachrichtung des erlernten Berufes enthält, kann beurteilt werden, ob die Ausbildungsinhalte und Berufsinhalte fachlich zusammenpassen oder auseinanderfallen. Zusätzlich zur bisher betrachteten vertikalen Inadäquanz kann daher auch die horizontale Inadäquanz³⁰ von Ausbildung und Beruf untersucht werden.³¹ Hierdurch kann dem Umstand Rechnung getragen werden, dass Migranten möglicherweise im Fachbereich ihrer Ausbildung tätig sind, aber aufgrund der imperfekten Transferierbarkeit ihres Humankapitals in der beruflichen Praxis heruntergestuft werden. Dies ist beispielsweise dann der Fall, wenn jemand mit einem berufsqualifizierenden Abschluss im Bereich Ingenieurwissenschaft zwar einen technischen, aber nur einen einfacheren, wenngleich qualifizierten Job ausübt. Zur Bestimmung der horizontalen Adäquanz von Hauptfachrichtung und ausgeübtem Beruf wurde auf bestehende Klassifikationsschemata zurück-

³⁰ Vgl. zum Beispiel Fehse, S., Kerst, C. (2007), a. a. O., 74.

³¹ Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) ermittelt seit 2005 den erlernten Beruf (mit Blick auf die angestrebte Tätigkeit) einer Person aus den Informationen des Mikrozensus. Da die generierte Variable an die Klassifikation der Berufe (KldB) angelehnt ist, kann sie mit dem im Datensatz nach der KldB klassifizierten ausgeübten Beruf in Beziehung gesetzt werden. Aktuell ist die Information über den erlernten Beruf noch nicht für die Allgemeinheit verfügbar. Vgl. Bott, P., Helmrich, R., Schade, H.-J., Weller, S.-I. (2010): Datengrundlagen und Systematiken für die BIBB-IAB-Qualifikations- und Berufsfeldprojektionen. In: Helmrich, R., Zika, G. (Hrsg.): Beruf und Qualifikation in der Zukunft. BIBB, Bonn, 63-80.

gegriffen.³² Der Anteil derjenigen Erwerbstätigen, die sowohl nach der vertikalen als auch nach der horizontalen Perspektive inadäquat beschäftigt sind, kann als untere Grenze für das Ausmaß der tatsächlichen Überqualifizierung herangezogen werden, während der Anteil der allein in der vertikalen Perspektive inadäquat beschäftigten Personen als obere Grenze angesehen werden kann.

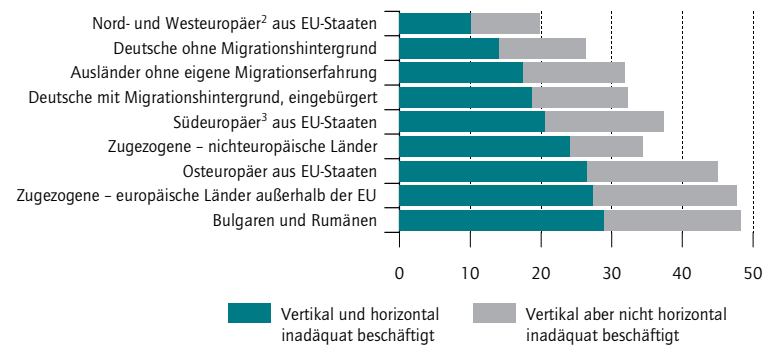
Unter der Einbeziehung der horizontalen Überqualifizierung ergibt sich ein differenzierteres Bild, an der Rangfolge der einzelnen Bevölkerungsgruppen ändert sich aber kaum etwas: Besonders hoch ist der Anteil der inadäquat Beschäftigten unter den Rumänen und Bulgaren, unter den Migranten aus den nicht zur EU gehörenden europäischen Staaten sowie unter den EU-Osteuropäern, am geringsten ist er unter den Zuwanderern aus den nord- und westeuropäischen EU-Ländern sowie unter den Deutschen (Abbildung 4). Feststellen lassen sich überdies leichte Verschiebungen in der Rangskala – und zwar bei der Gruppe der Migranten aus den südlichen EU-Mitgliedsstaaten und denen aus außereuropäischen Ländern.

Möglicherweise sind die Ergebnisse über das unterschiedliche Ausmaß der Überqualifizierung in den einzelnen Bevölkerungsgruppen auf Unterschiede in bestimmten sozio-ökonomischen Merkmalen zurückzuführen. Zur Beantwortung dieser Frage wurden multivariate Schätzungen für die Wahrscheinlichkeit, für den ausgeübten Beruf überqualifiziert zu sein, durchgeführt. Im ersten Schritt wurde die Wahrscheinlichkeit vertikal inadäquater Beschäftigung und im zweiten Schritt die Wahrscheinlichkeit vertikal und zugleich horizontal inadäquater Beschäftigung geschätzt. In die Schätzungen wurden neben der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Bevölkerungsgruppe auch das Geschlecht, das Alter, der höchste Bildungsabschluss, die bisherige Dauer der ausgeübten Tätigkeit, der Besuch einer Fortbildung sowie teilweise die Hauptfachrichtung des höchsten Bildungsabschlusses und das Bundesland einer Person einbezogen.³³ Um einem möglichen Selektionsproblem³⁴ vorzubeugen, wurde neben einem

Abbildung 4

Formale und tatsächliche Überqualifizierung: Anteil vertikal und horizontal sowie lediglich vertikal inadäquat beschäftigter Personen¹ 2011

In Prozent



1 Erwerbstätige Personen mit berufsqualifizierendem Abschluss im Alter zwischen 15 und 74 Jahren, nicht in Ausbildung.
 2 Skandinavische Länder, BENELUX-Staaten, UK, Irland, Frankreich, Österreich.
 3 Italien, Spanien, Portugal, Griechenland, Zypern, Malta.

Quellen: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus, 2011; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Zuwanderer sind in der Regel häufiger als Deutsche sowohl in qualifikatorischer als auch in fachlicher Hinsicht inadäquat beschäftigt.

gewöhnlichen Probit-Modell auch ein Probit-Modell, das für den Fall der Sample-Selektion kontrolliert, verwendet.³⁵ Die Ergebnisse der multivariaten Schätzungen bestätigen die Beobachtung, dass Migranten – mit der Ausnahme wiederum jener aus den nördlichen und westlichen EU-Mitgliedsländern – häufiger für den von ihnen ausgeübten Beruf überqualifiziert sind als Deutsche ohne Migrationshintergrund (Tabelle 10). Das höchste derartige Risiko haben in diesem Untersuchungsschritt Zuwanderer aus Rumänien und Bulgarien; relativ zur Gruppe der Deutschen ohne Migrationshintergrund weisen sie ein um 21 bis 23 Prozentpunkte höheres Risiko der vertikal inadäquaten Beschäftigung und ein um etwa 14 Prozentpunkte höheres Risiko der vertikal und zugleich horizontal inadäquaten Beschäftigung auf. Neben der Nationalität stehen auch andere Merkmale in einer signifikanten Beziehung mit der Wahrscheinlichkeit, inadäquat beschäftigt zu sein. So ist sie in der Regel für Frauen sowie für ältere Personen höher, während sie signifikant geringer ist für Personen mit einem Hochschul-/Fachhochschulabschluss und für Personen, die an einer Fortbildung teilgenommen haben; zudem sinkt die Wahrscheinlichkeit der Überqualifizierung mit der Dauer der ausgeübten Tätigkeit.

35 Vgl. Baum, C. F. (2006): An Introduction to Modern Econometrics Using Stata. StataCorp LP, Kapitel 10, 247-275.

32 Zur verwendeten Korrespondenztabelle für die ISCED-Hauptfachrichtungen und ISCO-88-Berufskategorien vgl. Wolbers, M. H. J. (2003): Job Mismatches and their Labour-Market Effects among School-Leavers in Europe. European Sociological Review 19(3), 249-266. Nicht berücksichtigt werden konnten dabei Personen mit unbekanntem oder nicht näher spezifiziertem Hauptfachrichtungen oder Berufen sowie Angehörige der regulären Streitkräfte, sodass sich die Fallzahlen etwas verringern.

33 Aufgrund des Mangels an Daten konnten weitere zentrale Variablen wie eine erfolgte Anerkennung eines ausländischen Abschlusses oder Deutschkenntnisse nicht berücksichtigt werden.

34 Ein mögliches Selektionsproblem entsteht dadurch, dass das Vorliegen von Überqualifizierung nur für erwerbstätige Personen beobachtet wird. Mithilfe des Heckprobit-Modells kann der Effekt dieser Selektion berücksichtigt werden. Nicht angezeigte Ergebnisse deuten auf das Vorliegen eines Selektionsproblems hin.

Tabelle 10

Wahrscheinlichkeit für inadäquate Beschäftigung
 Durchschnittliche marginale Effekte¹ aus Probit-Schätzungen

	vertikal inadäquat beschäftigt		vertikal inadäquat beschäftigt (ohne Berücksichtigung der Fachrichtung)		vertikal und horizontal inadäquat beschäftigt	
	Probit	Probit mit Selektion ²	Probit	Probit mit Selektion ²	Probit	Probit mit Selektion ²
Migrationsstatus (Referenzgruppe: Deutscher ohne Migrationshintergrund)						
Deutscher mit Migrationshintergrund	0,081***	0,081***	0,065***	0,065***	0,048***	0,046***
Ausländer aus südeuropäischem EU-Land ³	0,086***	0,086***	0,079***	0,079***	0,053***	0,052***
Ausländer aus osteuropäischem EU-Land	0,138***	0,135***	0,157***	0,154***	0,088***	0,087***
Ausländer aus Rumänien oder Bulgarien	0,213***	0,212***	0,232***	0,231***	0,141***	0,138***
Ausländer aus nord- oder westeuropäischem EU-Land ⁴	-0,000	-0,000	-0,009***	-0,009***	-0,011***	-0,011***
Ausländer aus europäischem Land außerhalb der EU	0,169***	0,166***	0,170***	0,167***	0,104***	0,099***
Ausländer aus nicht-europäischem Land	0,155***	0,152***	0,149***	0,146***	0,129***	0,123***
Ausländer ohne eigene Migrationserfahrung	0,051***	0,052***	0,037***	0,038***	0,037***	0,037***
Geschlecht (Referenzgruppe: männlich)						
weiblich	0,034***	0,033***	-0,037***	-0,038***	0,041***	0,038***
Alter	0,005***	0,005***	0,005***	0,005***	0,004***	0,004***
Berufsqualifizierender Abschluss (Referenzgruppe: Lehre/Ausbildung)						
Hochschul-/Fachhochschulabschluss	-0,231***	-0,227***	-0,264***	-0,260***	-0,129***	-0,124***
Dauer der ausgeübten Tätigkeit	-0,006***	-0,006***	-0,006***	-0,006***	-0,005***	-0,005***
Fortbildung	-0,115***	-0,113***	-0,141***	-0,139***	-0,090***	-0,087***
Hauptfachrichtung (Referenzgruppe: Gesundheit und Sozialwesen)						
Bildung	0,043***	0,043***				
Geisteswissenschaften und Kunst	0,183***	0,180***				
Sozialwissenschaften, Wirtschaft und Recht	0,165***	0,162***				
Naturwissenschaften, Mathematik und EDV	0,099***	0,097***				
Ingenieurwissenschaft, Fertigungswirtschaft und Baugewerbe	0,233***	0,230***				
Landwirtschaft und Tiermedizin	0,600***	0,597***				
Allgemeine Programme	0,188***	0,185***				
Dienstleistungen	0,252***	0,248***				
Fixe Effekte für Bundesländer	ja	ja	nein	nein	nein	nein
Zahl der Beobachtungen	253 619	255 585	257 430	259 424	251 477	259 424

1 *** bedeuten statistische Signifikanz auf dem 1-Prozentsniveau.

2 In der Selektionsgleichung der Probit-Modelle mit Selektion wurden fixe Effekte für den Migrationsstatus, das Geschlecht, den Familienstand sowie die Existenz von ledigen Kindern im Haushalt berücksichtigt.

3 Italien, Spanien, Portugal, Griechenland, Zypern, Malta.

4 Skandinavische Länder, BENELUX-Staaten, Großbritannien, Irland, Frankreich, Österreich.

Quellen: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Mikrozensus 2011; Berechnungen des DIW Berlin.

Das Risiko, inadäquat beschäftigt zu sein, unterscheidet sich je nach sozio-ökonomischem Merkmal. Die meisten Zuwanderer haben ein höheres Risiko der inadäquaten Beschäftigung als Deutsche.

Signifikante Unterschiede gibt es auch zwischen Personen verschiedener Hauptfachrichtungen sowie zwischen Personen in unterschiedlichen Bundesländern. Am geringsten ist das Risiko vertikal inadäquater Beschäftigung für Personen mit Berufsabschlüssen in den Fachrichtungen Gesundheit und Sozialwesen sowie Bildung. In einem weiteren Ansatz wurde zusätzlich berücksichtigt, ob der höchste Bildungsabschluss in Deutschland oder im Ausland erworben wurde. Die Ergebnisse deuten darauf hin, dass Personen mit einem

im Ausland erworbenen Bildungsabschluss häufiger von Überqualifizierung betroffen sind als Personen mit einem in Deutschland erworbenen Abschluss.

Überlegungen zu den Ursachen nicht-ausbildungsadäquater Beschäftigung von Migranten

Für das Phänomen der ausbildungsinadäquaten Beschäftigung bzw. Überqualifizierung im Allgemeinen

Kasten 3

Der neue allgemeine Rechtsanspruch auf die Anerkennungsprüfung ausländischer Berufsabschlüsse

Formale Bildungsnachweise haben auf dem deutschen Arbeitsmarkt generell einen großen Stellenwert. Deshalb kann die Anerkennung eines im Ausland erworbenen Abschlusses – als gleichwertig zu einem deutschen – bei Einstellungen entscheidend sein. In den Informationssystemen der Bundesagentur für Arbeit waren noch nicht anerkannte ausländische Abschlüsse bisher nicht vermerkt – mit der Folge, dass arbeitssuchende Personen mit nicht anerkannten ausländischen Abschlüssen als solche galten, die keine Ausbildung hatten.¹

Durch das am 1. April 2012 in Kraft getretene *Anerkennungsgesetz*² wurde erstmals ein allgemeiner Rechtsanspruch auf Überprüfung der Gleichwertigkeit ausländischer Berufsqualifikationen eingeführt. Zuvor konnten nur wenige Zuwanderergruppen (insbesondere EU-Bürger und Spätaussiedler) ihre ausländischen Qualifikationen auf Gleichwertigkeit überprüfen lassen.³ Der neue Rechtsanspruch ist unabhängig von der Herkunft des Antragstellers und des ausländischen Abschlusses; ausschlaggebend sind einzig die Inhalte und die Qualität des Berufsabschlusses. Anders als zuvor wird auch die Berufserfahrung des Antragstellers berücksichtigt. Die Bundesregierung geht davon aus, dass etwa 300 000 Menschen in Deutschland mit einem ausländischen Abschluss vom neu geschaffenen Anerkennungsanspruch profitieren können, da sie nicht qualifikationsadäquat beschäftigt oder arbeitslos sind und bisher keinen Anspruch auf eine

Gleichwertigkeitsprüfung hatten.⁴ Den ersten offiziellen Zahlen zufolge wurden im Zeitraum zwischen April 2012 und Dezember 2012 bundesweit 10 989 Anträge auf eine Anerkennungsprüfung von im Ausland erworbenen beruflichen Abschlüssen gestellt. Von den 7 980 Anträgen, über die bis zum Ende des vergangenen Jahres entschieden wurde, sind die Abschlüsse in 93 Prozent der Fälle als vollständig oder eingeschränkt gleichwertig zu einem in Deutschland erworbenen Abschluss anerkannt worden, knapp sieben Prozent der Anträge wurden abgelehnt. Die meisten Anträge wurden für Abschlüsse im medizinischen Bereich gestellt. Die Hälfte der Anträge betrafen Abschlüsse aus dem EU-Ausland, weitere 27 Prozent Abschlüsse aus anderen europäischen Ländern und 20 Prozent Abschlüsse aus den übrigen Drittstaaten. Die genannten Zahlenangaben gelten aufgrund von Erfassungsschwierigkeiten als eine Untergrenze.⁵ Weiteren (vorläufigen) Zahlen zufolge wurden im ersten Jahr seit Inkrafttreten des Anerkennungsgesetzes (bis April 2013) insgesamt etwa 30 000 Anträge gestellt, davon rund 20 000 Anträge in den (reglementierten) Gesundheitsberufen (zum Beispiel Ärzte oder Hebammen), in welchen eine Berufsausübung nur dann möglich ist, wenn der entsprechende ausländische Berufsabschluss anerkannt wurde. Etwa 4 000 Anträge wurden im Bereich der (nicht reglementierten) Ausbildungsberufe gestellt.⁶ Da das Anerkennungsgesetz nur die bundesgesetzlich geregelten (reglementierten) Berufe sowie die (nicht reglementierten) Ausbildungsberufe betrifft, ist es nun an den Ländern, eigene Anerkennungsgesetze für die landesrechtlich geregelten (reglementierten) Berufe (zum Beispiel für Lehrer oder für bestimmte Ingenieure) zu erlassen. Dies ist bisher in acht Bundesländern geschehen. Personen mit ausländischen Hochschulabschlüssen im Bereich der nicht reglementierten Berufe (zum Beispiel Volkswirte oder Physiker) können ihre Hochschulqualifikation bei der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen bewerten lassen.⁷

1 Vgl. Brussig, M., Dittmar, V., Knuth, M. (2009): Verschenkte Potenziale. Fehlende Anerkennung von Qualifikationsabschlüssen erschwert die Erwerbsintegration von ALG-II-Bezieher/innen mit Migrationshintergrund. IAQ-Report 2009-08, Aktuelle Forschungsergebnisse aus dem Institut Arbeit und Qualifikation, 6. Erst im Jahr 2012 wurde eine Kennzeichnung von im Ausland erworbenen Abschlüssen eingeführt, vgl. www.arbeitsagentur.de/nn_27836/zentraler-Content/HEGA-Internet/A05-Beruf-Qualifizierung/Dokument/HEGA-03-2012-Anerkennungsgesetz.html, Zugriff am 16. August 2013.

2 Der vollständige Name des Gesetzes lautet „Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen“.

3 Der neue Rechtsanspruch sieht – nach Antragstellung – eine Überprüfung der ausländischen Berufsqualifikation auf Gleichwertigkeit mit einem deutschen Referenzberuf vor. Dies soll in Unabhängigkeit vom Herkunftsland aber unter Berücksichtigung der individuellen Berufserfahrung in einem zeitlichen Rahmen von drei Monaten geschehen. Nähere Informationen finden sich auf der Seite des Bundesministeriums für Bildung und Forschung: www.bmbf.de/de/15644.php, Zugriff am 11. Juli 2013. Das zentrale Informationsportal zum neuen Anerkennungsverfahren ist zu finden unter www.erkennung-in-deutschland.de/html/de/.

4 Bundesministerium für Bildung und Forschung (2012): Das neue Anerkennungsgesetz des Bundes. Informationen zur Bewertung ausländischer Berufsabschlüsse.

5 Vgl. Statistisches Bundesamt (2013): Pressemitteilung vom 15. Oktober 2013 – 347/13.

6 Diese Schätzungen beruhen auf vorläufigen Daten. Vgl. www.bmbf.de/de/15644.php, Zugriff am 11. Juli 2013.

7 Vgl. SVR (2013): Erfolgsfall Europa? Folgen und Herausforderungen der EU-Freizügigkeit für Deutschland. Jahresgutachten 2013 mit Migrationsbarometer. Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration, 156.

gibt es zahlreiche theoretische Erklärungsansätze. Diese umfassen beispielsweise die Kompensation für andere Humankapitalkomponenten (zum Beispiel Berufserfahrung), Karriereüberlegungen und die Existenz von Friktionen.³⁶

Für die spezielle Beobachtung, dass Zuwanderer häufiger von Überqualifizierung betroffen sind als im Inland geborene Personen, gibt es in der Literatur insbesondere zwei wichtige Erklärungsansätze.³⁷ Erstens würden im Ausland erworbenes Humankapital und ausländische Bildungsabschlüsse im Zielland nicht immer anerkannt. Zweitens würden Zuwanderer auf dem Arbeitsmarkt oft diskriminiert werden.³⁸

Dass die fehlende Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsabschlüssen den Zugang zu einer ausbildungsadäquaten Beschäftigung in Deutschland erschwert oder gar verhindert, ist durchaus möglich. Das legen die bis 2012 geltenden Anerkennungsregelungen für ausländische Abschlüsse nahe. Ob ein Zuwanderer einen Anspruch auf die Überprüfung seines Abschlusses hatte, hing von seinem Herkunftsland und seinem Migrationsstatus ab, wobei Drittstaatsangehörige schlechter gestellt waren als EU-Bürger oder Spätaussiedler (Kasten 3).³⁹ Auch Unterschiede beim Humankapital könnten eine Rolle spielen. So gibt es Hinweise darauf, dass unzureichende Sprachkenntnisse es Migranten schwer machen könnten, für eine anspruchsvolle Tätigkeit angestellt zu werden.⁴⁰ Schwierig zu messen sind indes Diskriminierungen oder der Einfluss von *negativer Selektion*. Zudem können neben individuellen Charakteristika auch die jeweilige Wirtschaftslage und die Arbeitsmarktinstitutionen in den Zielländern wichtige Determinanten formaler Überqualifizierung von Migranten sein.⁴¹

³⁶ Vgl. Leuven, E., Oosterbeek, H. (2011): Overeducation and Mismatch in the Labor Market. In: Hanushek, E., Machin, S., Woessmann, L. (Hrsg.): Handbook of the Economics of Education Vol 4. 283-326.

³⁷ Vgl. Piracha, M., Vadean, F. (2012): Migrant educational mismatch and the labour market. IZA Discussion Paper No. 6414, 6-7.

³⁸ Neben den genannten Erklärungsansätzen kann auch eine *negative Selektion* zum Tragen kommen, da möglicherweise solche formal qualifizierten Personen ins Ausland abwandern, die auch in ihrem Herkunftsland Probleme auf dem Arbeitsmarkt haben, vgl. Aleksynska, M., Tritah, A. (2011): Occupation-Education Mismatch of Immigrant Workers in Europe: Context and Policies. CEPII WP No. 2011-16.

³⁹ Vgl. Beinke, K., Bohlinger, S. (2011): Anerkennung im Ausland erworbener Qualifikationen - Ungenutzte Potenziale zur Fachkräftesicherung. Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis 40/3, 20-24.

⁴⁰ Vgl. Haas, A., Lucht, N., Schanne, N.: Why to employ both migrants and natives? A study on task-specific substitutability. Journal for Labour Market Research, Nr. 3/2013.

⁴¹ Vgl. Aleksynska, M., Tritah, A. (2011), a. a. O.

Fazit

Die Zahl der Zuwanderungen nach Deutschland ist in jüngerer Zeit stark gestiegen. Wegen statistischer Probleme lässt sich ihr Ausmaß zwar nicht genau bestimmen, die Wanderungsgewinne dürften sich zuletzt aber auf reichlich 400 000 pro Jahr belaufen. Damit sind bisherige Erwartungen weit übertroffen worden. So erweist sich die erst im Jahre 2009 erstellte amtliche Bevölkerungsvorausschau mit einem Projektionszeitraum bis zum Jahr 2060, bei der Wanderungsgewinne von höchstens 200 000 angesetzt waren, inzwischen als eine Fehleinschätzung.⁴²

Zustande kam der Wanderungsschub vor allem infolge des Beitritts weiterer Staaten zur EU in den Jahren 2004 und 2007, wodurch sich für Arbeitskräfte aus diesen Ländern Möglichkeiten für eine Arbeitsaufnahme in Deutschland eröffneten. Eine wichtige Rolle spielte zudem die schlechte wirtschaftliche Lage insbesondere in Südeuropa. Die Einschränkung bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit erwies sich als eine Zuwanderungsbarriere, die von nicht wenigen Personen durch die Aufnahme einer selbständigen Beschäftigung umgangen wurde. Als im Jahr 2011 Arbeitskräften aus den osteuropäischen EU-Staaten die volle Freizügigkeit gewährt wurde, verstärkte sich die Zuwanderung zwar erheblich, eine riesige Wanderungswelle setzte aber nicht ein – wohl deshalb nicht, weil nicht wenige der wanderungsbereiten Personen die bereits offenen Kanäle für eine Beschäftigungsaufnahme in Deutschland genutzt hatten oder bereits in EU-Staaten mit früh gewährter Arbeitnehmerfreizügigkeit (etwa Großbritannien) abgewandert waren. Anfang nächsten Jahres wird Arbeitnehmern aus Bulgarien und Rumänien die volle Freizügigkeit gewährt. Die Konsequenzen für das Wanderungsgeschehen sind schwer abzuschätzen. Feststellen lässt sich, dass Arbeitskräfte von dort weniger als die Osteuropäer auf eine selbständige Beschäftigung in Deutschland gesetzt haben und dass viele Migranten aus Bulgarien und Rumänien nach Südeuropa gewandert und dort nun mit einer schwierigen Lage auf dem Arbeitsmarkt konfrontiert sind. Daher könnten die Zuwanderungen in die Bundesrepublik relativ kräftig ausfallen. Keinerlei Hinweise gibt es darüber, wie sich der erst kürzlich erfolgte Beitritt Kroatiens auf das Wanderungsgeschehen auswirken wird.

Das aktuelle Arbeitsmarktgeschehen in Deutschland wird offenbar in verstärktem Maße von Zuwanderern beeinflusst. So tragen sie einen wachsenden Anteil zum Beschäftigungsaufbau bei, allerdings auch zur

⁴² Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Bevölkerung Deutschlands bis zum Jahr 2060. 12. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Begleitmaterial zur Pressekonferenz am 18. November 2009, Wiesbaden 2009.

seit einiger Zeit leicht anziehenden Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosenquote nahezu aller Migrantengruppen liegt deutlich über dem Durchschnitt; das gilt auch für diejenigen, die erst in den letzten Jahren nach Deutschland gekommen sind; vergleichsweise gering ist sie lediglich bei den EU-Osteuropäern. Dabei spielt auch eine Rolle, dass ein erheblicher Teil der Zuwanderer keine Berufsausbildung hat. Allerdings sind gerade in den letzten Jahren auch zahlreiche Hochqualifizierte zugewandert. Insgesamt ist durch die Zuwanderungen der jüngeren Zeit das Qualifikationsniveau der Migranten in Deutschland gestiegen. Zudem zeigt sich, dass auch vermehrt Personen zuwandern, um in Deutschland eine Ausbildung zu absolvieren.

Nicht wenige Migranten üben lediglich einen einfachen Job aus, obwohl sie für anspruchsvollere Tätigkeiten qualifiziert wären. Dieses Phänomen findet sich zwar auch unter den Deutschen, aber bei weitem nicht so häufig. Das mag verschiedene Gründe haben. Eine Rolle könnte spielen, dass im Ausland erworbene Berufsabschlüsse bisher nur bei besonderen Personengruppen mit ähnlichen, in Deutschland erlangten Abschlüssen gleichgestellt wurden. Der neu geschaffene

Rechtsanspruch auf eine Anerkennungsprüfung ausländischer Berufsabschlüsse kann daher ein wichtiger Meilenstein für die Integration von Zuwanderern in den deutschen Arbeitsmarkt sein. Jedoch fällt die bisherige Bilanz zur Inanspruchnahme des Rechtsanspruchs verhalten aus: Bezieht man die im ersten Jahr seit Inkrafttreten der neuen Regelung gestellten Anträge auf die Zahl der in Deutschland lebenden potentiellen Antragsteller, ergibt sich nur eine Quote von zehn Prozent. Deshalb sollten diejenigen Bundesländer, die noch keine Anerkennungs-gesetze für die landesrechtlich geregelten Berufe erlassen haben, dies alsbald nachholen. Zudem ist es wichtig, dass ein ausreichendes Angebot an Anpassungs- und Nachqualifizierungslehrgängen für diejenigen sichergestellt wird, für die eine Anerkennung ihrer Qualifikation an Auflagen geknüpft oder zunächst nicht möglich ist. Eine verbesserte Arbeitsmarktintegration der Migranten in Deutschland ist dabei nicht nur im Interesse der Migranten selbst. Letztlich wird der Erfolg des neuen Anerkennungsgesetzes sowie etwaiger weiterer Handlungsbedarf bei Qualifikationsnachweisen anhand der tatsächlich ausgeübten Tätigkeiten sowie am Ausmaß der qualifikationsadäquaten Beschäftigung von Migranten zu messen sein.

Karl Brenke ist Referent beim Vorstand des DIW Berlin | kbrenke@diw.de

Nina Neubecker ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin | nneubecker@diw.de

DISTINCT CHANGE IN THE STRUCTURE OF IMMIGRATION

Abstract: Recently, the number of immigrants to Germany, especially from the eastern and southeastern European countries that joined the EU in 2004 or 2007, has risen sharply. In addition, migration from southern Europe has regained importance. Many migrants have come to take up some training, the vast majority, however, for employment. These migration flows are having distinct effects on the recent development of the labor market. For example, additional jobs in Germany are increasingly being filled by foreign workers, but there are also more foreigners among the ranks of the unemployed. The unemployment rate is roughly twice as high among immigrants as among Germans. Although the qualification structure of the migrants living in Germany has improved markedly because of immigration in recent years, a considerable share – one-third – of the workers who migrated recently has

no formal vocational qualification. But those who do also have difficulty integrating into the labor market: migrants – including those who moved to Germany in recent years – relatively often have only simple jobs, even though they are qualified for better ones. It remains to be seen whether the most recent procedural changes for recognition of foreign qualifications will remedy the situation.

It is difficult to predict how immigration will develop in the coming years. In all likelihood, immigration from Romania and Bulgaria will increase when these countries' citizens are granted full freedom of movement. Many of them took advantage of the southern European labor markets open to them when their countries joined the EU – and are now confronted with the dire employment conditions there. For this reason, migration flows may take a different direction in the future.

JEL: F22, J21, J61, J62

Keywords: migration to Germany, qualification, occupation-education mismatch



Nina Neubecker, Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin

SECHS FRAGEN AN NINA NEUBECKER

»Zuwanderer oft inadäquat beschäftigt«

1. Frau Neubecker, wie viele Zuwanderer kommen aktuell nach Deutschland? Ab 2010 ist ein sprunghafter Anstieg der Zuzüge nach Deutschland von Ausländern aus Europa zu beobachten. Vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes zufolge zogen im Jahr 2012 etwa 966 000 Ausländer nach Deutschland zu. Im ersten Halbjahr dieses Jahres zogen 501 000 Ausländer nach Deutschland zu. Das sind zwölf Prozent mehr als im ersten Halbjahr 2012.
2. Welche Ursachen hat diese Entwicklung? Die in den vergangenen Jahren beobachtete Zunahme der Zuwanderung nach Deutschland hängt zum einen mit den EU-Erweiterungsrunden der Jahre 2004 und 2007 zusammen. Zum anderen scheint auch die krisenbedingt sehr schlechte wirtschaftliche Situation im Süden Europas einen Einfluss auf die Zuwanderung nach Deutschland gehabt zu haben.
3. Wie wirkt sich die aktuelle Entwicklung auf den deutschen Arbeitsmarkt aus? Einwanderungs- und Konjunkturreffekte sind nicht eindeutig zu unterscheiden. Beobachten lässt sich aber, dass mit dem Zuwanderungsschub ab 2010/2011 auch die Zahl der Arbeitslosen insgesamt sowie der Arbeitslosen mit ausländischer Staatsangehörigkeit stieg. Allerdings tragen Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit in den letzten Jahren in zunehmendem Maße auch zum Aufbau der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung bei, auch wenn der Großteil des Beschäftigungsaufbaus immer noch auf Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit zurückzuführen ist.
4. In welchen Branchen beziehungsweise Berufen finden die Zuwanderer Beschäftigung? In der Regel üben Zuwanderer häufiger als Deutsche ohne Migrationshintergrund einfache Tätigkeiten aus. Das sind Tätigkeiten, für die in der Regel kein Berufsabschluss erforderlich ist. Entsprechend seltener üben Zuwanderer qualifizierte oder hochqualifizierte Tätigkeiten aus. Eine Ausnahme

bilden Migranten aus nord- und westeuropäischen EU-Staaten. Sie üben vergleichsweise häufig qualifizierte oder hochqualifizierte Tätigkeiten aus. Wir beobachten zudem, dass Zuwanderer in der Regel häufiger als Deutsche ohne Migrationshintergrund inadäquat beschäftigt sind und einfache Tätigkeiten ausüben, obwohl sie einen berufsqualifizierenden Abschluss haben.

5. Inwieweit werden die Qualifikationen der Zuwanderer in Deutschland anerkannt? Seit April 2012 gibt es einen allgemeinen Rechtsanspruch auf die Überprüfung der Gleichwertigkeit ausländischer Berufsqualifikationen zu deutschen Qualifikationen. Dem Statistischen Bundesamt zufolge wurden zwischen April und Dezember 2012 knapp 11 000 Anträge auf eine Anerkennungsprüfung von im Ausland erworbenen Abschlüssen gestellt. Von den knapp 8 000 Anträgen, über die bis Ende 2012 bereits entschieden worden war, wurden die Abschlüsse in etwa 93 Prozent der Fälle als vollständig oder eingeschränkt gleichwertig zu einem in Deutschland erworbenen Abschluss anerkannt. Knapp sieben Prozent der Anträge wurden abgelehnt.
6. Was könnte getan werden, um die Zuwanderer besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren? Der neu eingeführte Rechtsanspruch auf die Anerkennungsprüfung ausländischer Berufsabschlüsse kann eine wichtige Rolle für die Integration von Zuwanderern in den deutschen Arbeitsmarkt spielen. Die Bilanz über die Zahl der Antragsteller in den ersten Monaten seit Inkrafttreten des Anspruches fällt jedoch eher verhalten aus. Wichtig ist, dass die Bundesländer, die bisher noch keine entsprechenden Gesetze für die landesrechtlich geregelten Berufe verabschiedet haben, dies möglichst bald nachholen. Wichtig ist auch, dass ein ausreichendes Angebot an Anpassungs- und Nachqualifizierungslehrgängen zur Verfügung gestellt wird für diejenigen, für die eine Anerkennung ihrer Berufsqualifikation an Auflagen geknüpft oder zunächst nicht möglich ist.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview

Wohnimmobilien in Großstädten: Kaufpreise steigen auch 2014 schneller als Mieten

Von Konstantin A. Kholodilin und Boriss Siliverstovs

Die Kaufpreise für Eigentumswohnungen sind seit Beginn des Jahres 2010 um durchschnittlich sechs Prozent gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal gestiegen. Die Wachstumsraten der Mietpreise haben mit vier Prozent deutlich weniger zugenommen, liegen aber ebenfalls oberhalb der allgemeinen Teuerungsrate. Das ergibt eine aktuelle Analyse des DIW Berlin, für die die Preisentwicklung im Immobiliensektor in insgesamt 71 deutschen Großstädten untersucht wurde. Die höchsten Mietpreissteigerungen gab es mit rund acht Prozent in Berlin; in Hamburg und München haben die Preise für Wohnraum seit Anfang 2010 um durchschnittlich etwa vier beziehungsweise 4,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr zugenommen. Deutlich geringere Zuwachsraten verzeichneten vor allem Städte im Ruhrgebiet; in Gelsenkirchen sanken die Mietpreise sogar um fast ein Prozent. Der Trend insgesamt steigender Immobilienpreise wird sich in naher Zukunft fast unverändert fortsetzen. So dürfte das Kaufpreiswachstum bis zum dritten Quartal 2014 ein wenig anziehen und um etwa 6,5 Prozent steigen, während sich das Mietpreiswachstum leicht verlangsamt und um etwa 3,5 Prozent zulegt.

Nach mehreren Jahrzehnten stagnierender Immobilienpreise befindet sich der deutsche Immobilienmarkt seit 2010 in einer Phase, die sich durchaus als Boomphase bezeichnen lässt. Manche Beobachter fürchten sogar eine Immobilienpreisblase: So stellte die Deutsche Bundesbank im Oktober 2013 fest, dass es in Städten „gemessen an den längerfristigen demographischen und ökonomischen Einflussfaktoren gegenwärtig Überbewertungen zwischen fünf und zehn Prozent“ geben könnte.¹

Um die künftige Entwicklung der Immobilienpreise vorhersagen zu können, hat das DIW Berlin erstmals auch auf regionaler Ebene erhobene Umfrageindikatoren in seine Prognose einbezogen. Dafür wurden insgesamt 115 Indikatoren auf ihre Fähigkeit hin untersucht, Kauf- und Mietpreise vorherzusagen. Als besonders geeignet erwiesen sich dabei regionale und deutschlandweite Unternehmensvertrauensindizes, das Kaufpreis-Miete-Verhältnis sowie Konsumentenvertrauensindikatoren (Kasten 1).

Immobilienpreissteigerungen sind in den meisten Städten höher als die Inflation

Besonders in den Großstädten² sind die Angebotspreise vom vierten Quartal 2004 bis zum dritten Quartal 2013 gestiegen – die Wachstumsraten für Kauf- und Mietpreise³ von Bestandsimmobilien liegen dort über jenen für das gesamte Bundesgebiet (Abbildung 1). Ab Ende 2010 hat sich das Preiswachstum deutlich beschleunigt. Vom ersten Quartal 2010 bis zum dritten Quartal 2013 sind die Kaufpreise mit einer durchschnittlichen Jahreswachstumsrate von fünf Prozent, in Großstäd-

¹ Deutsche Bundesbank Monatsbericht Oktober 2013, 13–30, www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Veroeffentlichungen/Monatsberichte/2013/2013_10_monatsbericht.html.

² Als Großstädte werden in dieser Studie Städte mit einer Bevölkerung von 100 000 oder mehr Einwohnern bezeichnet.

³ Die vierteljährlich aktualisierten Daten werden vom Berliner Forschungsinstitut empirica zu Verfügung gestellt. Der Datensatz beinhaltet Kauf- und Mietpreise sowohl für den Bestand als auch für Neubauwohnungen.

Kasten 1

Potentielle Indikatoren

Die Gruppe der Indikatoren, die zu Prognosezwecken nützlich sein können, umfasst makroökonomische Indikatoren (15 Variablen) und Stimmungsindikatoren (100 Variablen). Die makroökonomischen Variablen beinhalten unter anderem Zinsen und Volumina bei unterschiedlichen Kreditlaufzeiten sowie den deutschen Aktienindex DAX. Diese Indikatoren sind ausschließlich auf nationaler Ebene verfügbar und daher identisch für alle Städte.¹

Stimmungsindikatoren sind sowohl auf nationaler Ebene (Unternehmensvertrauensindizes des ifo, des DIHK und der Europäischen Kommission sowie Konsumentenvertrauensindizes der Europäischen Kommission) als auch auf regionaler Ebene (Unternehmensvertrauensindizes für Ostdeutschland, für die Regionen Nord, Süd, West und Ost, für einige Bundesländer, IHK-Bezirke oder sogar Städte) verfügbar (Tabelle). Die Frequenz der Veröffentlichung dieser Indikatoren variiert von

halbjährlich bis monatlich. Die große Mehrheit der Industrie- und Handelskammern publiziert ihre Indizes mit dritteljährlicher Frequenz. Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) sammelt die Daten der Regionen und konstruiert aggregierte Indikatoren für Deutschland und vier große Regionen (Norden, Süden, Osten und Westen). Außerdem führt die Dresdener Außenstelle des ifo eigene Umfragen für Ostdeutschland insgesamt und Sachsen durch. Die NRW.Bank tut dies für Nordrhein-Westfalen.

Um die Unternehmensvertrauensindizes zu erhalten, haben die Autoren dieser Studie alle relevanten Industrie- und Handelskammern kontaktiert.² Bei der Verwendung der Indizes für die Immobilienpreisprognose sind jedoch zwei Schwierigkeiten zu

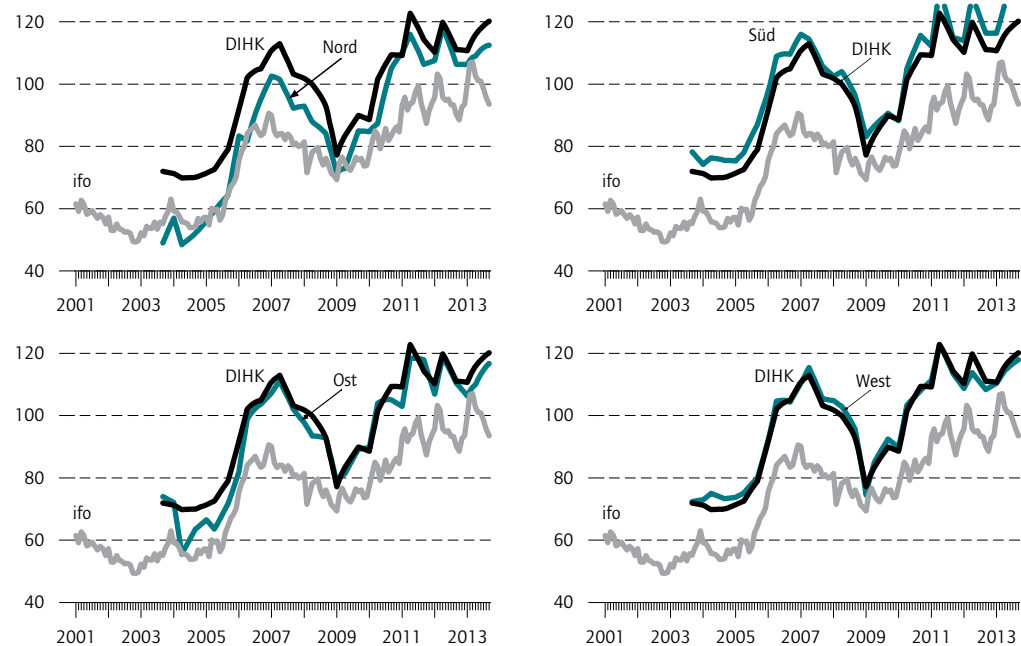
¹ Die makroökonomischen Zeitreihen werden monatlich veröffentlicht und wurden von der Website der Deutschen Bundesbank heruntergeladen, www.bundesbank.de/Navigation/DE/Statistiken/statistiken.html.

² Es war nicht möglich, die Stimmungsindikatoren sämtlicher Städte zu erhalten. In einigen Fällen konnten die Zeitreihen aus den Archiven älterer Publikationen von Umfragen bei Unternehmen eingeholt werden. Waren die Unternehmensvertrauensindizes für eine Stadt nicht verfügbar, wurden jene einer größeren Region, zu denen die Stadt gehört, verwendet.

Abbildung

Geschäftsklima im Bau nach Regionen

Index



Quellen: ifo; DIHK; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

beachten: Erstens führen die unterschiedlichen Publikationszyklen der einzelnen Unternehmensvertrauensindizes dazu, dass Informationen über den Zustand der Volkswirtschaft, welche für die Prognose von Preis- und Mietdynamiken relevant sein können, nicht parallel zu den Preisdaten erscheinen. Zweitens gibt es Abgrenzungsprobleme: So ist aus anekdotischer Evidenz beispielsweise bekannt, dass in großen Städten wie Berlin und Hamburg lokale Baufirmen aufgrund höherer Kosten nicht mit Firmen aus Nachbarregionen konkurrieren können. Daher ist es denkbar, dass die lokalen Firmen – ungeachtet eines Bau-booms in ihrer Region – ein niedrigeres oder sogar sinkendes Geschäftsklima angeben. Zudem ist die Anzahl der an der Umfrage teilnehmenden Unternehmen auf lokaler Ebene oft zu gering, um repräsentative Ergebnisse zu erhalten.

Die verwendeten Unternehmensvertrauensindizes zeigen typischerweise die Differenz zwischen dem Prozentanteil positiver Antworten (die ökonomische Situation der Unternehmen ist gut oder wird sich verbessern) und dem negativer Antworten (die ökonomische Situation ist schlecht oder wird sich verschlechtern):

$$B_{it} = 100 \times \frac{A_{it}^+ - A_{it}^-}{A_{it}^+ + A_{it}^- + A_{it}^0}$$

Dabei stellt A_{it}^+ die Anzahl der positiven Antworten der Unternehmen in der Region i und Periode t dar, A_{it}^- die Anzahl der negativen Antworten und A_{it}^0 die Anzahl neutraler Antworten. Der Index variiert zwischen -100 (alle Unternehmen schätzen die Situation als schlecht ein) und 100 (alle Unternehmen schätzen die Situation als gut ein).

Für die vorliegende Studie wurden vier Unternehmensvertrauensindizes für Prognosezwecke genutzt: momentane Situation, zukünftig erwartete Situation (in den nächsten 12 Monaten), Investitions- und Beschäftigungspläne. Wann immer möglich, sind diese getrennt für die Gesamtwirtschaft und die Bauwirtschaft ausgewiesen. Daher liegen pro Region maximal acht verschiedene lokale Unternehmensvertrauensindizes vor.

Die Indizes der momentanen und zukünftig erwarteten ökonomischen Situation von Unternehmen sind geeignet, um einen sogenannten Geschäftsklimaindex zu konstruieren:

$$BCI = \sqrt{(B_{it}^{gegenwart} + 100) \times (B_{it}^{zukunft} + 100)}$$

Dabei stellt $B_{it}^{gegenwart}$ den Index der gegenwärtigen Geschäftslage der Unternehmen dar und $B_{it}^{zukunft}$ den Indikator der zukünftigen Geschäftslage. Per Konstruktion kann der Geschäftsklimaindex Werte zwischen 0 (extrem schlechtes Geschäftsklima) und 200 (exzellentes Geschäftsklima) annehmen (Abbildung). Für einige Städte ist lediglich der Geschäftsklimaindex verfügbar. Zu Zwecken der Vergleichbarkeit wurde er daher für alle Städte berechnet, für die die Einzelkomponenten vorliegen.

Tabelle

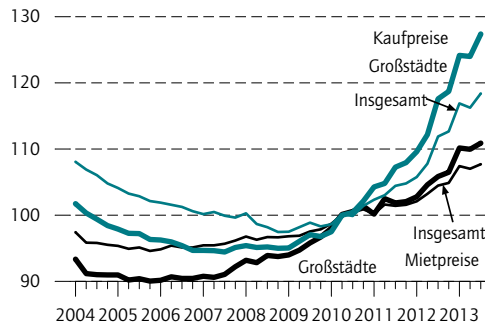
Unternehmensvertrauensindizes für Städte und Regionen

	Index wird erstellt für	Frequenz	Quelle
Augsburg	IHK-Bezirk Bayerisch-Schwaben	3	IHK Schwaben
Berlin	Berlin	3	IHK Berlin
Bielefeld	Ostwestfalen	2	IHK Ostwestfalen zu Bielefeld
Bochum	Ruhrgebiet	2	IHK zu Essen
Bonn	Bonn/Rhein-Sieg	3	IHK Bonn/Rhein-Sieg
Bottrop	Nord Westfalen	2	IHK Nord Westfalen
Braunschweig	Braunschweig (nur Industrie)	4	IHK Braunschweig
Bremen	HK Bremen	4	HK Bremen
Bremerhaven	Bremerhaven	2-4	IHK Bremerhaven
Chemnitz	Südwestsachsen	2-3	IHK Chemnitz
Cottbus	Südbrandenburg	3	IHK zu Cottbus
Dortmund	Ruhrgebiet	2	IHK zu Essen
Dresden	Kammerbezirk Dresden	2-3	IHK Dresden
Düsseldorf	Düsseldorf und Mittlerer Niederrhein	2-3	IHK zu Düsseldorf
Duisburg	Ruhrgebiet	2	IHK zu Essen
Erfurt	Region Nord- und Mittelthüringen	3	IHK Erfurt
Erlangen	Mittelfranken	3	IHK Nürnberg für Mittelfranken
Essen	Ruhrgebiet	2	IHK zu Essen
Frankfurt am Main	Stadt Frankfurt und IHK-Bezirk Frankfurt (Bau)	3	IHK Frankfurt am Main
Fürth	Mittelfranken	3	IHK Nürnberg für Mittelfranken
Gelsenkirchen	Nord Westfalen	2	IHK Nord Westfalen
Halle (Saale)	IHK Bezirk Halle-Dessau	4	IHK Halle-Dessau
Hamburg	Hamburg	4	IHK Hamburg
Hannover	IHK-Bezirk Hannover	4	IHK Hannover
Heilbronn	IHK Bezirk Heilbronn-Franken	4	IHK Heilbronn-Franken
Jena	Region Nord- und Mittelthüringen	3	IHK Erfurt
Karlsruhe	TechnologieRegion Karlsruhe	4-3	IHK Karlsruhe
Kassel	Nordhessen (nur Geschäftsklima)	3	IHK Kassel-Marburg
Kiel	Schleswig-Holstein	4	IHK zu Kiel
Koblenz	Bezirk der IHK Koblenz	4-3	IHK Koblenz
Köln	Stadt Köln	3	IHK zu Köln
Leipzig	Kammerbezirk Leipzig	2-3	IHK Leipzig
Ludwigshafen	Pfalz	3	IHK für die Pfalz in Ludwigshafen am Rhein
Lübeck	Schleswig-Holstein	4	IHK zu Kiel
Magdeburg	Magdeburg	4	IHK Magdeburg
Mainz	Rheinhausen	3	IHK für Rheinhausen
München	Region München	3	IHK München und Oberbayern
Münster	Nord Westfalen	2	IHK Nord Westfalen
Nürnberg	Mittelfranken	3	IHK Nürnberg für Mittelfranken
Oldenburg	Oldenburger Land	4	Oldenburgische IHK
Osnabrück	Osnabrück - Emsland - Grafschaft Bentheim	4	IHK Osnabrück - Emsland - Grafschaft Bentheim
Pforzheim	Nordschwarzwald	2	IHK Nordschwarzwald
Potsdam	Westbrandenburg	2	IHK Potsdam
Regensburg	Region Oberpfalz-Kelheim	3	IHK Regensburg für Oberpfalz/Kelheim
Rostock	IHK-Bezirk Rostock	3	IHK zu Rostock
Saarbrücken	Saarland	12	IHK des Saarlandes
Trier	Region Trier	3	IHK Trier
Ulm	IHK-Region Ulm	4-3	IHK Ulm
Wiesbaden	Rhein-Main-Gebiet	3	IHK Wiesbaden
Wolfsburg	Lüneburg-Wolfsburg (Gesamtwirtschaft), Niedersachsen (Bau)	4	IHK Lüneburg-Wolfsburg
Wuppertal	IHK-Bezirk Wuppertal-Solingen-Remscheid	2-3	IHK Wuppertal-Solingen-Remscheid
Würzburg	Mainfranken	3	IHK Würzburg-Schweinfurt
Deutschland und Regionen	Nord, Süd, West, Ost	3	DIHK
Bayern	Bayern	3	BIHK, IHK München und Oberbayern
NRW	Nordrhein-Westfalen	12	NRW-Bank
Niedersachsen	Niedersachsen	4	IHK Lüneburg-Wolfsburg
Rheinland-Pfalz	Rheinland-Pfalz	4-3	IHK Koblenz
Sachsen und Ostdeutschland		12	Ifo Dresden

Abbildung 1

Miet- und Kaufpreise für Bestandsimmobilien in Deutschland

Index 2010 = 100



Quellen: empirica; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Die Miet- und Kaufpreise in Großstädten sind seit 2010 schneller gestiegen als in Deutschland insgesamt.

ten von 7,4 Prozent und in Metropolen – also in Städten mit mehr als einer halben Million Einwohner (Berlin, Hamburg, München, Köln, Frankfurt am Main, Stuttgart, Essen, Dortmund, Düsseldorf, Bremen, Hannover, Duisburg, Leipzig) – sogar von 8,8 Prozent gestiegen. Die Mietpreise haben ebenfalls deutlich zugenommen, wenn auch weniger stark als die Kaufpreise. Die Mieten in Metropolen (3,8 Prozent durchschnittliche Jahreswachstumsrate) und Großstädten (3,4 Prozent) haben dabei das gesamtdeutsche Wachstum der Mietpreise (2,4 Prozent) überholt.

Die Analyse der durchschnittlichen jährlichen Wachstumsraten von Kauf- und Mietpreisen einzelner Städte im Zeitraum vom ersten Quartal 2010 bis zum dritten Quartal 2013 zeigt, dass die Kaufpreisveränderungen stets im positiven Bereich lagen und von 0,2 bis 14,6 Prozent variierten (Abbildung 2). In 55 von 71 Städten war das Kaufpreiswachstum höher als die Inflation⁴. Die größten Wachstumsraten sind in Berlin und München zu beobachten. Insgesamt steigen die Kaufpreise in den süddeutschen Städten schneller als im Norden des Landes. Am langsamsten legen die Preise im Ruhrgebiet zu (Tabelle).

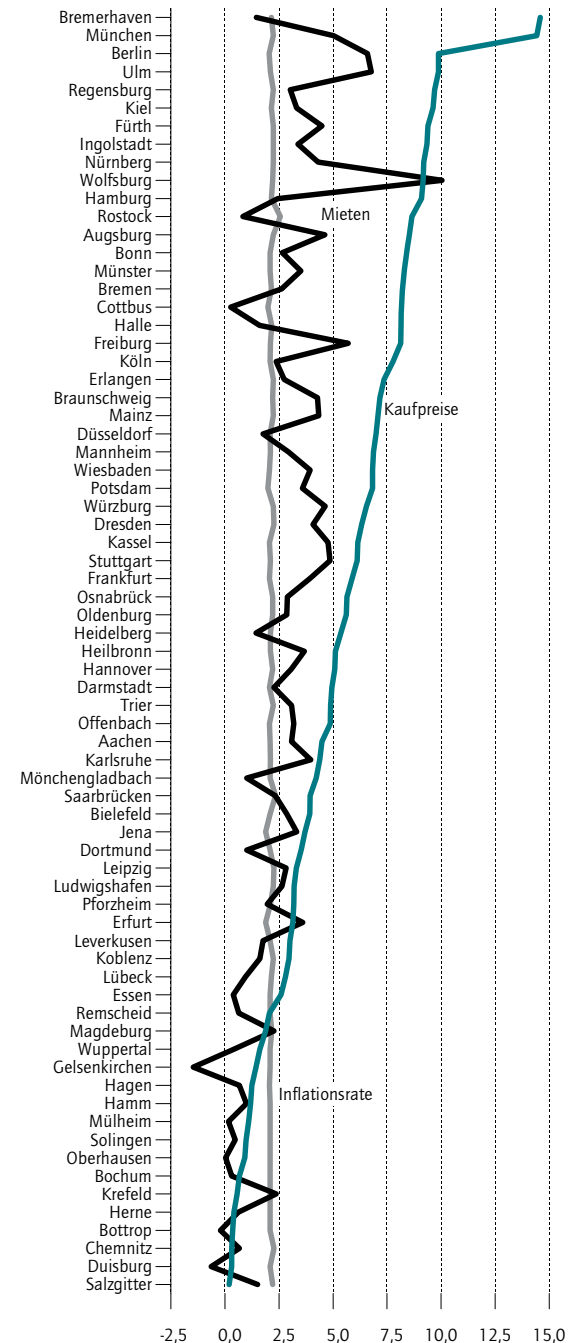
Die Mietpreiswachstumsraten bewegen sich zwischen -1,5 und zehn Prozent und sind insgesamt weniger volatil als die Wachstumsraten der Kaufpreise. In 43 von

⁴ Als Maß für die Inflation wird hier die Veränderung des länderspezifischen Verbraucherpreisindex (VPI) aus dem Portal *Statistische Ämter des Bundes und der Länder* verwendet. Da für Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein keine länderspezifischen VPI vorhanden sind, wird in diesen Fällen der deutschlandweite VPI genutzt.

Abbildung 2

Miet- und Kaufpreise für Bestandsimmobilien in Deutschland

Jahresdurchschnittliche Veränderung¹ in Prozent



¹ 1. Quartal 2010 bis 3. Quartal 2013.

Quellen: empirica; Statistische Ämter des Bundes und der Länder; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Die Kaufpreise für Wohnimmobilien haben seit 2010 in allen deutschen Großstädten zugenommen.

Tabelle

Tatsächliche und prognostizierte Miet- und Kaufpreisveränderungen

Gegenüber dem entsprechenden Quartal des Vorjahres in Prozent

	Miete Neubau		Miete Bestand		Kaufpreis Neubau		Kaufpreis Bestand	
	1. Quartal 2010 bis 3. Quartal 2013 ¹	Prognose für das 3. Quartal 2014	1. Quartal 2010 bis 3. Quartal 2013 ¹	Prognose für das 3. Quartal 2014	1. Quartal 2010 bis 3. Quartal 2013 ¹	Prognose für das 3. Quartal 2014	1. Quartal 2010 bis 3. Quartal 2013 ¹	Prognose für das 3. Quartal 2014
Aachen	3,5	1,2	3,4	1,0	3,3	5,2	4,3	5,9
Augsburg	3,9	4,1	4,1	2,2	4,0	4,7	8,0	11,9
Berlin	8,6	3,5	7,9	5,6	7,7	8,7	10,0	14,1
Bielefeld	3,4	1,3	2,8	3,9	2,1	8,3	3,5	5,0
Bochum	1,8	0,3	1,4	0,2	0,0	0,3	0,0	-0,6
Bonn	4,2	7,8	3,5	1,5	5,1	5,1	7,0	15,5
Bottrop	1,7	0,7	0,4	0,2	0,3	-3,9	0,2	-1,4
Braunschweig	3,9	0,3	4,6	4,6	7,3	7,7	6,4	6,9
Bremen	4,0	2,2	4,2	2,3	7,6	15,0	6,8	19,0
Bremerhaven	6,5	4,9	1,9	1,5	3,7	2,1	10,5	12,3
Chemnitz	2,0	2,6	1,0	0,4	-0,5	1,2	-1,2	0,3
Cottbus	1,9	1,7	0,3	0,7	3,8	3,6	6,9	10,0
Darmstadt	2,9	1,5	2,3	3,5	5,6	3,9	7,3	4,9
Dortmund	2,4	2,1	2,2	0,8	1,0	4,5	1,1	6,0
Dresden	4,7	6,1	4,4	6,1	5,1	6,3	5,6	7,4
Düsseldorf	3,6	1,4	2,6	1,4	6,2	9,1	7,1	11,6
Duisburg	-0,3	0,6	0,1	0,4	1,5	4,4	0,2	-1,4
Erfurt	7,6	8,8	4,5	1,3	2,6	2,9	3,4	3,8
Erlangen	4,5	4,7	3,5	9,2	8,8	16,0	6,6	14,3
Essen	0,5	0,8	1,0	-0,1	3,3	4,9	2,0	3,0
Frankfurt am Main	3,7	4,8	4,6	7,1	5,1	4,6	5,9	10,6
Freiburg	1,7	2,6	2,6	4,6	8,9	1,4	10,0	16,4
Fürth	4,4	4,4	4,4	4,6	6,3	1,1	9,1	11,9
Gelsenkirchen	-1,0	-0,6	-0,8	-2,0	3,5	4,8	1,2	2,9
Hagen	0,8	-0,9	1,1	2,4	-0,5	2,5	0,1	0,5
Halle	2,5	4,0	1,8	1,9	3,0	2,1	7,0	4,8
Hamburg	3,9	4,6	3,8	4,8	7,7	8,3	9,5	10,0
Hamm	0,9	0,0	1,1	0,1	4,5	8,7	0,8	0,9
Hannover	3,6	2,5	3,5	2,3	5,7	6,3	5,6	6,8
Heidelberg	1,7	-0,3	1,4	0,9	0,5	3,3	4,0	10,6
Heilbronn	4,5	6,3	3,5	7,3	4,8	10,0	5,3	13,2
Herne	3,0	0,1	1,6	-0,3	0,2	-3,7	-0,8	-3,7
Ingolstadt	4,4	1,4	5,0	1,2	8,2	16,0	8,4	14,8
Jena	4,6	3,8	3,9	3,7	4,8	3,6	5,0	4,6
Karlsruhe	4,0	5,0	3,7	3,9	2,0	1,2	4,2	5,8
Kassel	6,1	6,1	5,3	6,6	3,2	5,0	5,8	13,2
Kiel	1,4	1,4	3,4	5,5	6,2	15,7	8,4	18,7
Koblenz	1,4	1,7	2,1	2,5	0,6	-2,7	3,0	1,1
Köln	3,1	2,0	3,0	0,5	5,1	7,0	6,5	8,5
Krefeld	2,9	4,8	2,2	3,2	0,9	-0,2	0,9	-0,3
Leipzig	1,4	3,0	2,4	3,5	2,9	9,3	2,3	6,3
Leverkusen	2,6	0,7	2,0	0,5	2,3	3,2	2,0	3,3
Ludwigshafen	2,0	0,3	2,0	4,0	2,0	2,3	4,1	5,9
Lübeck	3,6	0,8	1,5	1,2	4,5	0,5	3,3	6,0
Magdeburg	1,8	4,4	2,2	2,1	4,0	10,0	2,5	8,1
Mainz	3,7	7,6	3,7	10,8	5,8	9,3	6,0	8,6
Mannheim	1,8	2,3	2,5	3,8	5,2	5,8	5,3	7,1
Mönchengladbach	1,7	0,9	1,7	0,9	2,6	3,1	2,6	3,7
Mülheim	3,7	4,0	1,1	0,4	4,1	4,9	2,1	1,5
München	4,7	7,9	4,6	8,8	10,5	13,3	12,9	15,7
Münster	3,2	1,8	4,1	3,2	5,3	11,2	7,8	13,5
Nürnberg	3,0	4,0	4,5	5,2	4,9	6,4	9,2	17,3
Oberhausen	1,3	4,2	0,5	0,5	-0,1	-0,5	1,1	3,2
Offenbach	2,8	3,4	3,2	3,3	3,9	-2,5	4,6	-2,0
Oldenburg	4,7	4,1	4,7	3,9	6,3	-1,4	5,8	-1,2
Osnabrück	3,7	4,5	4,1	5,4	3,3	2,5	5,2	7,8
Pforzheim	3,1	3,2	2,0	2,5	4,6	9,6	3,5	5,1
Potsdam	5,2	4,1	3,5	2,3	5,6	3,0	7,4	3,6
Regensburg	2,5	2,6	3,3	3,4	4,9	9,1	9,4	15,4
Remscheid	1,9	1,0	1,1	0,4	3,6	4,3	1,3	6,5
Rostock	4,4	1,3	2,4	1,6	7,0	7,6	7,3	1,9
Saarbrücken	3,0	5,7	2,4	5,5	3,6	6,8	3,2	10,2
Salzgitter	0,9	1,8	1,4	1,1	2,6	-4,2	0,5	-4,8
Solingen	1,6	0,1	1,2	-1,0	0,9	0,5	0,7	2,2
Stuttgart	4,0	6,0	4,3	6,9	5,7	6,5	6,4	5,9
Trier	3,0	4,0	3,5	2,9	4,4	0,6	5,0	7,0
Ulm	3,0	6,9	2,0	8,2	6,7	9,6	9,5	13,2
Wiesbaden	4,1	0,7	4,2	8,8	5,2	5,7	6,2	8,1
Wolfsburg	2,9	2,7	7,8	11,2	3,3	5,6	5,6	6,6
Würzburg	3,1	3,2	4,4	5,0	4,7	5,4	6,5	11,1
Wuppertal	0,8	0,7	0,7	0,3	2,1	-3,2	-0,1	-3,9
Alle 71 Städte	4,1	3,2	3,9	4,0	5,7	7,1	7,3	10,1

1 Durchschnitt der Quartalswerte vom 1. Quartal 2010 bis zum 3. Quartal 2013.

71 Städten haben die Mieten stärker zugenommen als die Verbraucherpreise; am stärksten sind sie im jeweiligen Vorjahresvergleich im Durchschnitt der vergangenen drei Jahre in Wolfsburg, Ulm, Berlin, Freiburg und München gestiegen. In Gelsenkirchen, Duisburg und Bottrop dagegen sind sie sogar zurückgegangen. Es scheint ein positiver, wenn auch sehr schwacher Zusammenhang zwischen Kauf- und Mietpreiswachstum zu bestehen: Die Mieten tendieren in jenen Städten zu einem schnelleren Wachstum, in denen auch die Kaufpreise stärker steigen. Die Tatsache, dass dieser Zusammenhang kein perfekter ist, lässt sich einerseits durch Mietpreisregulierungen erklären, andererseits aber auch durch spekulative Übertreibungen auf dem Markt für Kaufimmobilien in manchen Städten.

Die steigenden Immobilienpreise in Großstädten sind in erster Linie auf die wachsende Lücke zwischen Wohnungsnachfrage und Wohnungsangebot zurückzuführen. Während die Bevölkerungszahl in Deutschland insgesamt zurückgeht (von 2009 bis 2011 hat sie sich um 1,8 Prozent verringert) und der Wohnungsbestand wächst (er hat von 2009 bis 2011 um 0,4 Prozent zugenommen), zeigt sich bei Betrachtung der Großstädte die „Renaissance“⁵ dergleichen: So ist die Bevölkerungszahl dort von 2009 bis 2011 um 1,3 Prozent gestiegen; der Wohnungsbestand ist um 0,6 Prozent gewachsen. Im gleichen Zeitraum hat die Anzahl der Einwohner in Metropolen sogar um 1,7 Prozent zugenommen, der Wohnungsbestand hingegen um lediglich 0,6 Prozent. Die Lücke wäre noch weitaus größer, wenn die zunehmend kleinere Haushaltgröße und damit im Vergleich zum Bevölkerungsplus stärkere Zunahme der Anzahl privater Haushalte berücksichtigt würde.⁶ So wuchs die Bevölkerung in Berlin in den Jahren von 2004 bis 2010 um 2,5 Prozent, während die Anzahl der Privathaushalte im gleichen Zeitraum um fünf Prozent zunahm. Die Nichtberücksichtigung des Privathaushaltewachstums könnte etwa dazu führen, dass die von der Deutschen Bundesbank erwarteten Immobilienpreisüberbewertungen zu hoch angesetzt sind.

Mieten in Metropolen werden künftig noch schneller als in der Vergangenheit wachsen

Anhand eines ökonometrischen Verfahrens wurden für den vorliegenden Bericht Prognosen von Kauf- und Mietpreisen für 71 deutsche Großstädte für das dritte Quar-

tal 2014 erstellt (Kasten 2). Diese Prognosen basieren auf einem umfangreichen Datensatz von 115 Indikatoren, die in fünf Kategorien unterteilt werden können: Unternehmensvertrauen auf lokaler beziehungsweise regionaler Ebene, Unternehmensvertrauen auf nationaler Ebene, Konsumentenvertrauen, makroökonomische Variablen und Kaufpreis-Miete-Verhältnisse. Die erste Kategorie umfasst Indikatoren, die im Gegensatz zu allen anderen Variablen nicht nur auf nationaler, sondern auch auf regionaler Ebene verfügbar sind. Die regionalen Unternehmensvertrauensindizes werden für die gesamte Wirtschaft einer Region sowie ihre verschiedenen Zweige wie Industrie, Bauwirtschaft oder Dienstleistungen von den lokalen Industrie- und Handelskammern (IHK) herausgegeben. Trotz ihres potentiellen Nutzens für Immobilienpreisprognosen – die Immobilienmärkte haben einen stark regionalen Charakter – wurden diese Indikatoren bisher meist vernachlässigt.⁷

Vor dem Erstellen der Prognosen wurden all diese Indikatoren auf ihre Prognosegenauigkeit hin untersucht. Das genaueste und in diesem Sinne beste Modell über die sogenannte Trainingsperiode vom ersten Quartal 2009 bis zum dritten Quartal 2013 sollte dann verwendet werden, um die Wachstumsrate der Immobilienpreise für das darauffolgende Jahr vorherzusagen.

Die Analysen der Prognosegenauigkeit zeigen: Für verschiedene Städte eignen sich jeweils verschiedene Indikatoren am besten, um die künftige Entwicklung der Immobilienpreise zu prognostizieren. Im Durchschnitt aller Immobilienmarktsegmente bieten Kombinationen verschiedener Indikatoren die höchste Prognosegüte. Im Segment der Mietpreisprognosen spielen auch das Kaufpreis-Miete-Verhältnis und einige Konsumentenvertrauensindikatoren der Europäischen Kommission, die die finanzielle Lage der privaten Haushalte widerspiegeln, eine wichtige Rolle.⁸

Für das Segment der Kaufpreisprognosen stellte sich heraus, dass die nationalen Bauunternehmensvertrauensindizes des ifo sowie einige regionale – auf Landesebene – ermittelte Unternehmensvertrauensindizes der IHK für die Gesamtwirtschaft die höchste Prognosegüte aufweisen. Diese Indikatoren repräsentieren die Angebotsseite des Immobilienmarkts. Ein höheres Vertrauen der Bauunternehmer beispielsweise weist dar-

⁵ Siehe zum Beispiel: Renaissance der Großstädte – eine Zwischenbilanz BBSR-Berichte KOMPAKT, 9/2011.

⁶ Die Statistiken über private Haushalte für einzelne Städte sind nicht in allen Fällen verfügbar und/oder verlässlich. Der Mikrozensus liefert eine höhere Datenqualität als Einwohnerregister, wird aber nicht im gleichen Rhythmus durchgeführt.

⁷ Nach bestem Wissen der Autoren gibt es lediglich eine Studie, die die IHK-Indikatoren nutzt, um das wirtschaftliche Wachstum der deutschen Bundesländer zu prognostizieren, vgl. Wenzel, L. (2013): Forecasting regional growth in Germany: A panel approach using business survey data. HWWI Research Papers 133.

⁸ Dazu zählen folgende Indikatoren: derzeitige finanzielle Lage des Privathaushalts, erwartete finanzielle Lage in den nächsten zwölf Monaten, erwartete Preise in den nächsten zwölf Monaten und aktuelle Ersparnisbildung.

Kasten 2

Prognosemodell

Die Immobilienpreisprognose des DIW Berlin basiert auf folgendem Modell:

$$y_t^j = \mu_t^j + \alpha^j y_{t-4}^j + \beta^j x_{t-4}^j + \gamma \sum_{k=1}^N w_{kj} y_{t-4}^k + \varepsilon_{it}^j \quad (1)$$

y_t^j gibt die Quartalswachstumsrate der jeweiligen Immobilienpreisindizes gegenüber dem Vorjahr an, spezifisch für Stadt j . Die Behelfsindikatoren – beispielsweise Unternehmensvertrauens- oder Konsumentenvertrauensindizes – sind mit x_{t-4}^j angegeben, wobei es der Index j ermöglicht, einige der Indikatoren stadtspezifisch einzuführen. Das dritte Element der Gleichung ist die gewichtete durchschnittliche Wachstumsrate in den Nachbarstädten von Stadt j : w_{kj} ist das Gewicht der Wachstumsrate in der Stadt k , das umso größer wird, je näher die Stadt k zur Stadt j liegt. Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, dass Nachbarregionen stärkeren Einfluss ausüben als weiter entfernte Regionen.

Die Modellgleichung (1) ergibt sich aus zwei Modellen, die als Bezugsmodelle genutzt werden. Das einfachste Bezugsmodell ist das sogenannte *Irrfahrtmodell*:

$$y_t^j = \mu_t^j + \varepsilon_{it}^j \quad (2)$$

Das zweite Bezugsmodell ist ein sogenanntes *autoregressives Modell*, das verzögerte Werte der abhängigen Variable in der Regression erlaubt:

$$y_t^j = \mu_t^j + \alpha^j y_{t-4}^j + \varepsilon_{it}^j \quad (3)$$

Der Informationsgehalt der Behelfsindikatoren für die zukünftige Immobilienpreisentwicklung wird durch einen Vergleich der Prognosegenauigkeit des Modells in der Gleichung (1) mit

den Bezugsmodellen untersucht. Dementsprechend sollten sich für solche Indikatoren, die Informationen über künftige Preisdynamiken enthalten, im Vergleich zur Prognosegenauigkeit des Bezugsmodells substantielle Zuwächse dergleichen beobachten lassen. Zusätzlich wurde die Vorhersageleistung verschiedener Prognosekombinationen untersucht.

Im Mittelpunkt des Interesses steht die Prognosedynamik der Immobilienpreisindizes vier Quartale im Voraus. Zum Redaktionsschluss des vorliegenden Berichts endete die Fortschreibung dieser Indizes mit dem dritten Quartal 2013. Deshalb können Prognosen der Vorjahreswachstumsraten für das dritte Quartal 2014 erstellt werden. Das Vorgehen unterteilt sich in zwei Schritte: Zunächst wird mithilfe einer Trainingsperiode das beste stadtspezifische Prognosemodell für den gewählten Prognosehorizont ermittelt. Anschließend wird dieses höchstbewertete Modell genutzt, um die Vorjahresveränderungsraten für das dritte Quartal 2014 zu prognostizieren.

Die relative Prognosegenauigkeit wird als das Verhältnis der modellspezifischen Prognosegüte zu der des Bezugsmodells mit der jeweils höchsten Prognosegenauigkeit gemessen.¹ Die durchschnittliche Verbesserung der Prognosegüte gegenüber dem Bezugsmodell liegt bei etwa 20 Prozent und bewegt sich für alle Immobilienindizes in dieser Dimension. Die Maximalverbesserung der Prognosegüte liegt bei etwa 50 Prozent.

¹ Die Prognosegenauigkeit des autoregressiven Benchmark-Modells war in allen Fällen der 4-Quartale-Voraus-Prognose schlechter als die des Irrfahrtmodells. Das autoregressive Modell beispielsweise wurde nie als bestes Prognosemodell selektiert. Im Ergebnis stellt das Irrfahrtmodell den Schwellenwert, der schwer zu verbessern ist. Aus diesem Grund wurde die Prognoseleistung der Indikatoren-Modelle mit der des Irrfahrtmodells verglichen.

auf hin, dass sie mit der gegenwärtigen Auftragslage und der Preisentwicklung zufrieden sind.

Die Prognose der Wachstumsraten für das dritte Quartal des Jahres 2014 ergibt ein recht heterogenes Bild der künftigen Preisentwicklung. Die bevölkerungsgewichtete durchschnittliche Wachstumsrate für Kaufpreise in 71 Großstädten wird sich ein wenig beschleunigen (von heute rund sechs bis sieben Prozent auf dann sieben bis zehn Prozent gegenüber dem Vorjahr), während sich das Mietpreiswachstum für Neubauten leicht verlangsamen (von vier auf drei Prozent) und für Bestandwohnungen eher konstant bleiben dürfte (bei rund vier Prozent).

Überdurchschnittlich schnell – und vor allem schneller als in der Vergangenheit – werden die Mieten in den meisten Metropolen wachsen. Für München weist die Prognose für das dritte Quartal des kommenden Jahres beispielsweise ein Mietpreiswachstum von acht Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal auf, während es bisher etwa fünf Prozent waren. Ähnliche Entwicklungen sind für Frankfurt am Main, Hamburg und Stuttgart zu erwarten.

Die Kaufpreise in den Metropolen dürften mit einem ähnlichen Tempo wie in der jüngeren Vergangenheit oder allenfalls einer leicht anziehenden Geschwindigkeit zunehmen. Für Neubauwohnungen ist mit einem

Anstieg der Kaufpreise bis ins dritte Quartal 2014 von fast neun Prozent zu rechnen, für Bestandwohnungen sogar von 14 Prozent. Demgegenüber stehen Städte wie Bottrop, Salzgitter und Wuppertal, in denen die Preise fallen dürften.

Fazit und Ausblick

Die Kauf- und Mietpreise von Wohnungen sind seit dem Jahr 2010 deutlich gestiegen; die Wachstumsraten lagen bei durchschnittlich rund sechs beziehungsweise vier Prozent und damit deutlich oberhalb der allgemeinen Inflationsrate. Die Prognosen des DIW Berlin weisen darauf hin, dass sich das Kauf- und Mietpreiswachstum im nächsten Jahr mit ähnlichem Tempo fortsetzt.

Diese Entwicklung könnte weitere Befürchtungen hinsichtlich einer möglichen Immobilienpreisblase auslösen. Vor allem in den Innenstadtlagen der Metropolen sind die Mieten für viele Menschen immer weniger bezahlbar. Die Entwicklung ist umso gravierender, da Deutschland ein Mieterland ist; der Anteil der vermieteten Immobilien liegt bei 57 Prozent.⁹ Vor diesem Hintergrund diskutierten auch CDU/CSU und SPD in ihren Koalitionsverhandlungen und einigten sich im Abschnitt „Bezahlbare Mieten“¹⁰ des Koalitionsvertrags auf vier konkrete Maßnahmen:

- Wohnungseigentümer beziehungsweise Vermieter sollen die Miete bei Wiedervermietungen nur noch um maximal zehn Prozent über das ortsübliche Niveau hinaus erhöhen dürfen. Erstvermietungen von Neubauwohnungen sowie Anschlussvermietungen nach umfassenden Modernisierungen sollen ausgenommen bleiben. Unwirksam sind zurzeit laut Wirtschaftsstrafgesetz (WiStG) lediglich Mieterhöhungen von mehr als 20 Prozent über das ortsübliche Niveau hinaus. Noch weniger effektiv ist die Bekämpfung von Mietwucher nach dem Strafgesetzbuch (StGB).
- Im Rahmen bestehender Verträge sollen die Mieten auf angespannten Wohnungsmärkten künftig innerhalb von vier Jahren um höchstens 15 Prozent steigen

⁹ Die Mieterquote wird als Anteil der Haushalte definiert, deren Hauptwohnung zur Miete beziehungsweise mietfrei genutzt wird, siehe Destatis (2013) Fachserie 15, Sonderheft 1 Wirtschaftsrechnungen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Wohnverhältnisse privater Haushalte, Tabelle Ü2 „Wohnverhältnisse privater Haushalte am 1.1. des jeweiligen Jahres nach Gebietsständen“.

¹⁰ Deutschlands Zukunft gestalten. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. 18. Legislaturperiode. 27. November 2013, Seiten 115–116.

dürfen, was einer jährlichen Mietpreiswachstumsrate von 3,6 Prozent entspräche. Diese wird derzeit in 23 von 71 Großstädten übertroffen.

- Die Umlage von Modernisierungskosten des Vermieters auf die Miete soll künftig auf höchstens zehn Prozent begrenzt sein.
- Beauftragt ein Vermieter einen Immobilienmakler, soll er künftig auch die für dessen Dienstleistung anfallenden Gebühren zahlen. Bisher werden die Maklergebühren vom Mieter getragen.

Die beiden erstgenannten Maßnahmen würden eher die Symptome als die Krankheit selbst bekämpfen, denn die Mietpreiserhöhungen werden maßgeblich durch einen Nachfrageüberhang verursacht. Deshalb könnten die geplanten Maßnahmen sogar kontraproduktiv wirken und die Knappheit von Wohnraum weiter erhöhen, da Anreize zum Bau von Mietwohnungen reduziert werden. Mehr denn je dürften dann die jeweils zahlungskräftigsten Interessenten an Mietwohnungen zum Zug kommen – das Ziel, sozial Schwächeren auf dem Mietmarkt zu helfen, würde verfehlt.

Der Plan, die Umlage von Modernisierungskosten auf die Miete auf zehn Prozent zu begrenzen, wird die Modernisierungsanreize für die Mietwohnungswirtschaft reduzieren. Zwar können Vermieter schon jetzt nur jährlich elf Prozent der Kosten auf den Mieter übertragen – neu ist jedoch, dass sie die Miete nach der Amortisation der Kosten wieder auf das ursprüngliche Niveau senken müssen, sofern die ortsübliche Miete inzwischen nicht über dieses Niveau hinaus gestiegen ist.

Der Plan, nach dem die Gebühren für Immobilienmakler künftig vom Vermieter getragen werden, dürfte in vielen Fällen kaum wirksam sein: Es ist nicht auszuschließen, dass sich insbesondere bei sehr begehrten Wohnungen in Metropolen aus Vermietersicht Interessenten finden lassen, die im Gegenzug zum Erhalt der Wohnung bereit sind, die Maklerprovision zu übernehmen.

Die Maßnahmen, die die Große Koalition im Fall ihres Zustandekommens umsetzen möchte, verfehlen also in der Summe das Ziel, die Gewichte auf dem Mietwohnungsmarkt zugunsten der Mieter zu verschieben. Die geplanten Regulierungen sind entweder nicht effektiv umsetzbar – oder sie konterkarieren das Ziel, Wohnraum vor allem in den Innenstadtlagen von Metropolen auch für sozial Schwache bezahlbar zu halten.

RESIDENTIAL PROPERTY IN GERMAN CITIES: PURCHASE PRICES TO CONTINUE RISING FASTER THAN RENTS IN 2014

Abstract: Since 2010, housing prices in Germany have been growing on average by 6 percent a year. During the same period, the rents have been increasing by 4 percent, which is significantly slower than the housing prices, but substantially faster than the consumer prices. This is one of the results of the DIW Berlin study that examines the housing price dynamics in 71 large German cities. The largest rent increases can be observed in Berlin (8 percent);

in Hamburg and Munich the rents have been increasing on average by 4 to 4.5 percent a year. Much lower housing rent growth rates are found in Ruhr area; Gelsenkirchen faced even a 1 percent rent decline. The trend of generally increasing housing prices and rents will continue in the nearest future, too. By the third quarter 2014, the housing prices are expected to go up by 6.5 percent, whereas the rents are predicted to increase by 3.5 percent.

JEL: C21, C23, C53

Keywords: Housing prices, housing rents, forecasting, German cities, chambers of commerce and trade

Verluste auf das deutsche Nettoauslandsvermögen – wie sind sie entstanden?

Von Guido Baldi und Björn Bremer

Deutschland hat seit dem Jahr 2006 Wertverluste von mehr als zwanzig Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung auf sein Nettoauslandsvermögen erlitten. War dies Zufall, oder steckt mehr dahinter? Die Frage ist nicht einfach zu beantworten. Im Zeitablauf schwankende Vermögensbewertungen sind an sich nichts Ungeöhnliches; Verluste können sich rasch in Gewinne umwandeln, und umgekehrt. Die verfügbaren Daten sollten zudem mit einer gewissen Vorsicht interpretiert werden. Der vorliegende Bericht zeigt aber auch, dass aus den hohen Wertverlusten auf das Auslandsvermögen durchaus Lehren gezogen werden können. Zum einen sind die Verluste zu einem großen Teil bei Portfolioinvestitionen entstanden, während ausländische Direktinvestitionen deutscher Unternehmen – also strategische Unternehmensbeteiligungen – im internationalen Vergleich seit dem Jahr 2006 ordentliche Bewertungsgewinne erzielen konnten. Zugleich konnten auch ausländische Investoren auf ihren Direktinvestitionen in Deutschland Gewinne verbuchen. Im Rückblick wäre es möglicherweise für deutsche Unternehmer und Anleger eine bessere Strategie gewesen, entweder vermehrt im Inland zu investieren oder im Ausland langfristig ausgerichtete Investitionen zu tätigen. Ein Vergleich mit dem Anlageverhalten der USA illustriert außerdem, dass das deutsche Auslandsvermögen wenig rentabel angelegt wurde. Beide Länder ziehen in hohem Maße Kapital aus dem Ausland für festverzinsliche Anleihen an. Sowohl Deutschland als auch die USA profitieren davon, dass sie bei Investoren als sicherer Hafen gelten und auf Anleihen im internationalen Vergleich nur niedrige Zinsen zahlen müssen. Während aber die Unternehmen und Privatpersonen der USA gleichzeitig im Ausland in Anlagen mit hoher Rendite investiert haben, kann man dies für deutsche Investoren in den vergangenen Jahren im Allgemeinen nicht beobachten. Ein Teil der Nettoverluste Deutschlands ist sogar darauf zurückzuführen, dass ausländische Investoren auf ihren Anlagen in Deutschland Bewertungsgewinne erzielen konnten. Die hohen Verluste auf das Nettoauslandsvermögen bedeuten nicht zuletzt auch Wohlfahrtsverluste für die künftigen Generationen Deutschlands.

Deutschland weist seit dem Jahr 2001 hohe Leistungsbilanzüberschüsse auf, das heißt es hat viel mehr Kapital im Ausland investiert, als ausländische Investoren in Deutschland angelegt haben. Das deutsche Nettoauslandsvermögen macht mittlerweile mehr als 40 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus (Abbildung 1). Seit dem Jahr 2006 hat Deutschland aber kumulierte Bewertungsverluste in einer Höhe von mehr als 20 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung auf sein Nettoauslandsvermögen erlitten (Kasten 1).¹ Und diese Verluste haben sich ergeben, obwohl sich der nominale effektive Wechselkurs Deutschlands in diesem Zeitraum nur geringfügig verändert hat. Andere Länder im Euroraum wie Belgien, Italien oder Österreich konnten im selben Zeitraum Bewertungsgewinne realisieren oder, wie im Falle Frankreichs, Verluste in größerem Ausmaß vermeiden. Auch Länder außerhalb des Euroraums wie Japan oder die Schweiz haben seit dem Jahr 2006 Bewertungsgewinne erzielt. Deutschland ist aber kein Einzelfall. Mehrere andere Länder wie etwa Belgien, die Niederlande oder die Schweiz haben kürzlich oder in früheren Jahren auch Verluste erlitten, die im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt ähnlich hoch oder sogar höher waren als die Verluste, die Deutschland in den vergangenen Jahren eingefahren hat.

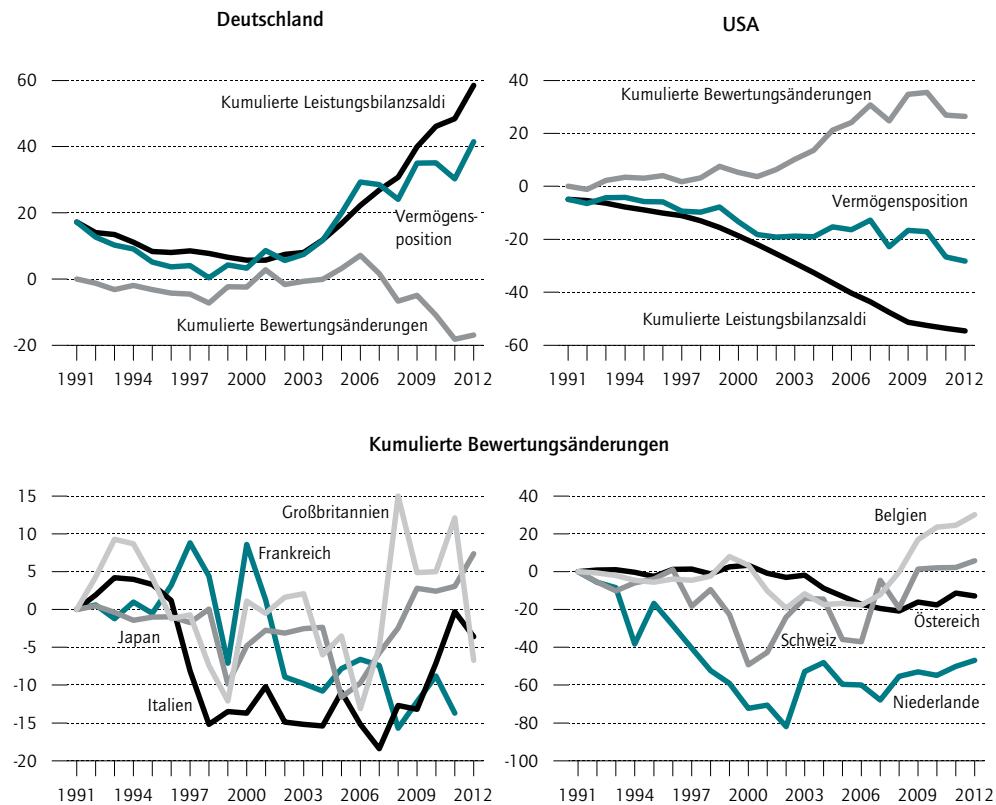
Besonders hervorzuheben ist dagegen die Entwicklung des Nettoauslandsvermögens der Vereinigten Staaten. Die USA konnten in der Vergangenheit nahezu konstant hohe Bewertungsgewinne erzielen – mit Spitzenwerten zwischen 2002 und 2007. Auf diese Weise haben sie es geschafft, ihre negative Nettoauslandsvermögensposition trotz der seit Beginn der 90er Jahre hohen Leistungsbilanzdefizite in Grenzen zu halten.

¹ Auf diese Verluste haben bereits andere Autoren hingewiesen, unter anderem Klär, E., Lindner, F., Sehovic, K. (2013): Investition in die Zukunft? Zur Entwicklung des deutschen Auslandsvermögens. Wirtschaftsdienst: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 93. Jahrgang, Heft 3, 189–197; sowie Bach, S. et al. (2013): Deutschland muss mehr in seine Zukunft investieren. DIW Wochenbericht Nr. 26/2013.

Abbildung 1

Nettoauslandsvermögen und Bewertungsänderungen

In Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Quellen: IWF; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Seit dem Jahr 2006 hat Deutschland hohe Wertverluste auf sein Auslandsvermögen erlitten.

Gewinne und Verluste nach Anlagekategorien des Auslandsvermögens im internationalen Vergleich

Bei einer bloßen Betrachtung der Nettobewertungsänderungen über die Zeit erscheinen die Verläufe für viele Länder schwierig zu erklären und auf den ersten Blick fast zufällig zu sein. Eine Erklärung für diese große Volatilität ergibt sich, wenn man neben den Nettopositionen auch die Bruttopositionen betrachtet – also sowohl die Forderungen als auch die Verbindlichkeiten eines Landes gegenüber dem Ausland. Diese sind seit Beginn der 90er Jahre in den betrachteten Ländern massiv und weit stärker als die Produktion gestiegen. Deutschlands Bruttopositionen gegenüber dem Ausland sind in den vergangenen zwei Jahrzehnten um rund 200 Prozent auf derzeit rund 250 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung gewachsen. Wenn sich die Bilanzsumme eines Landes vergrößert, ist es nicht

erstaunlich, dass bereits geringfügige Bewertungsänderungen auf die Bestände hohe Wertschwankungen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt verursachen. Auch mögliche Messfehler und unzureichend erfasste Transaktionen oder Bestände können erhebliche Bewertungsschwankungen verursachen. Die Ermittlung des Auslandsvermögens ist mit hohen Unsicherheiten verbunden. Dies sollte bei der nachfolgenden Diskussion beachtet werden.

Die vergleichende Untersuchung beschränkt sich auf die USA, Japan und Frankreich. Diese Länder gehören zusammen mit Deutschland (und China) zu den fünf größten Volkswirtschaften der Welt. Vergleichbar sind sie aber vor allem aus anderen Gründen. Erstens sind sie ähnlich wie Deutschland Sitz vieler internationalen und in den unterschiedlichsten Wirtschaftssektoren aktiven Unternehmen, die in einer Vielzahl von Ländern investieren. In anderen Ländern wie den Niederlanden,

Kasten 1

Berechnung der Bewertungsgewinne und -verluste

Die Berechnung von Wertgewinnen und -verlusten auf dem Auslandsvermögen erfolgt analog zum Vorgehen in der wissenschaftlichen Literatur¹. Das Nettoauslandsvermögen (NAV) eines Landes ergibt sich aus dem Nettoauslandsvermögen in der Vorperiode (NAV_{t-1}) addiert mit dem Leistungsbilanzsaldo (LB_t) und dem Wertgewinn (WG_t), der bei einem Wertverlust negativ wird.

$$NAV_t = NAV_{t-1} + LB_t + WG_t$$

Aus den verfügbaren Daten für das Nettoauslandsvermögen und die Leistungsbilanzsalden kann deshalb die Wertveränderung hergeleitet werden:

$$WG_t = NAV_t - NAV_{t-1} - LB_t$$

Durch rekursives Einsetzen lässt sich dies über mehrere Jahre summieren, woraus man den kumulierten Bewertungsgewinn bzw. -verlust (KWG) erhält:

¹ Vgl. zum Beispiel Gourinchas, P.-O., Rey, H. (2013): External Adjustment, Global Imbalances and Valuation Effects. NBER Working Papers 19240, National Bureau of Economic Research, Inc.

$$KWG_t = \sum_{i=0}^{t=T} (NAV_i - NAV_{i-1} - LB_i) = NAV_T - \sum_{i=0}^{t=T} LB_i$$

Dieses Vorgehen lässt sich auf die Bruttositionen sowie die einzelnen Anlagekategorien übertragen. So wird etwa für die Ermittlung der kumulierten Wertänderungen auf den Bruttobestand an deutschen Forderungen in der Kategorie Direktinvestitionen die folgende Gleichung verwendet:

$$KWG_t^{FDIA} = \sum_{i=0}^{t=n} (K_i^{FDIA} - K_{i-1}^{FDIA} - FDI_i^A) = K_T^{FDIA} - \sum_{i=0}^{t=n} FDI_i^A$$

KWG_t^{FDIA} bezeichnen die kumulierten Wertänderungen sind, K_T^{FDIA} der aktuelle Bestand an Forderungen und FDI_t^A die getätigten Direktinvestitionen in der jeweiligen Periode.

In den meisten Abbildungen dieses Beitrags wird jeweils der kumulierte Bewertungsgewinn oder -verlust gezeigt. Wo es für die Interpretation hilfreich ist, wird auch der tatsächliche Wert des Auslandsvermögens gezeigt sowie der hypothetische Wert, der sich rein aus den kumulierten Flussgrößen ergeben würde. Solange die Bewertungsänderungen in einem gegebenen Zeitintervall eine positive Steigung aufweisen, entstehen in dieser Periode Bewertungsgewinne auf dieser Position. Eine negative Steigung zeigt demgegenüber einen Bewertungsverlust an.

der Schweiz oder Schweden könnte die Entwicklung des Nettoauslandsvermögens vielmehr von einzelnen großen Unternehmen getrieben sein. Zweitens ziehen Deutschland und die drei gewählten Vergleichsländer in hohem Maße internationales Kapital an. Anlagen in den vier Ländern wurden über den Zeitraum von 2006 bis 2012 im internationalen Vergleich als relativ sicher betrachtet; länderspezifische Risikoprämien waren kaum vorhanden oder sehr gering. Insbesondere die USA und Deutschland waren während der weltweiten Finanzkrise und der Schuldenkrise im Euroraum Ziel von Kapitalzuflüssen und galten als sicherer Hafen. Die beiden Länder sind in der Kategorie der als besonders sicher angesehenen Anleihen Nettoschuldner gegenüber dem Ausland. Dies macht einen Vergleich zwischen Deutschland und den USA besonders interessant. Drittens besitzen all diese Länder ein ausgebautes Finanzsystem mit internationalen Finanzzentren. Ihre Finanzsysteme sind im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt dennoch nicht so bedeutend, dass sie wie im Falle des Vereinigten Königreichs oder der Schweiz ihrerseits hohe Wertschwankungen auslösen könnten.

Im Folgenden wird untersucht, in welchen Anlagekategorien Bewertungsverluste angefallen sind.² Hierfür werden die Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland aufgeteilt in ausländische Direktinvestitionen, Portfolioinvestitionen in Dividendenpapiere (etwa Aktien und Fonds), Portfolioinvestitionen in Festverzinsliche Papiere (zum Beispiel Staats- und Unternehmensanleihen) sowie Andere Investitionen (etwa Kredite inklusive Handelskredite und Spareinlagen). Nicht betrachtet werden die offiziellen Reserven, die für das gesamte Auslandsvermögen an Bedeutung verloren haben, sowie die Finanzderivate, für die erst seit 2010 Daten verfügbar sind. Es sollte beachtet werden,

² Es wäre wünschenswert, zwischen Bewertungsänderungen in lokaler Währung und reinen Wechselkursschwankungen zu unterscheiden. Dies wird jedoch neben der begrenzten Verfügbarkeit von Daten durch verschiedene Faktoren erschwert. Deshalb und weil der nominale (handelsgewichtete) effektive Wechselkurs Deutschlands in den vergangenen Jahren ziemlich konstant war, wird im vorliegenden Beitrag darauf verzichtet, Währungseffekte separat zu bestimmen. Dies schließt aber nicht aus, dass die Nettoverluste auf das Auslandsvermögen teilweise durch Währungseffekte bestimmt sind. Die Ermittlung eines anhand der Struktur des Auslandsvermögens hergeleiteten effektiven *finanziellen* Wechselkurses wäre in diesem Zusammenhang hilfreich.

dass die verschiedenen Anlagekategorien häufig nicht eindeutig zu unterscheiden sind. Da beispielsweise eine ausländische Direktinvestition sowohl aus einer physischen Investition als auch aus einer Kapitalbeteiligung von mindestens zehn Prozent an einem Unternehmen im Ausland bestehen kann, ist die Unterscheidung zwischen den Direkt- und Portfolioinvestitionen fließend. Ähnliche Abgrenzungsprobleme gibt es auch zwischen den übrigen Anlagekategorien. Im Folgenden wird vor allem der Zeitraum zwischen den Jahren 2006 und 2012 betrachtet, da die Verluste auf das deutsche Nettoauslandsvermögen in dieser Zeit angefallen sind. Zur besseren historischen Einordnung wird in den Abbildungen auch der Verlauf ab dem Jahr 1991 dargestellt.

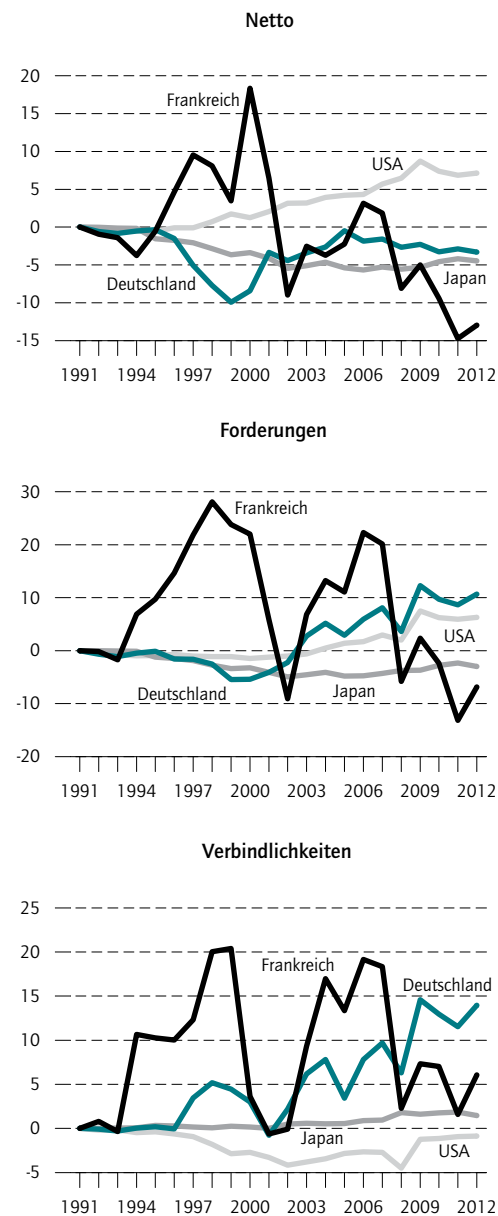
In der Kategorie der ausländischen *Direktinvestitionen* hat Deutschland seit dem Jahr 2006 netto nur sehr geringe Wertverluste erlitten (Abbildung 2). Deutsche Unternehmen haben im Ausland sogar Bewertungsgewinne verbucht. Die Bewertungsgewinne der deutschen Unternehmen auf die Forderungen gegenüber dem Ausland sind im Vergleich zu den anderen betrachteten Ländern bemerkenswert und konnten in diesem Zeitraum nur von den USA in vergleichbarer Größenordnung erreicht werden. Die Verbindlichkeiten jedoch – also die Direktinvestitionen von ausländischen Firmen in Deutschland – haben höhere Bewertungsgewinne abgeworfen als die Forderungen, was insgesamt die Nettoverluste verursacht. Erstaunlich ist vor dem Hintergrund der Bewertungsgewinne auf Direktinvestitionen in Deutschland, dass die kumulierten jährlichen ausländischen Direktinvestitionen in Deutschland im Verhältnis zur Wirtschaftskraft seit dem Jahr 2006 nur geringfügig gestiegen und seit Beginn der 2000er Jahre insgesamt ungefähr konstant geblieben sind (Abbildung 3). Dies dürfte zur allgemeinen Investitionsschwäche in Deutschland beigetragen haben.³ Angesichts der Bewertungsgewinne auf die Direktinvestitionen wird deutlich, dass die möglichen Renditen in Deutschland von den Investoren vermutlich unterschätzt worden sind.

Hohe Nettoverluste bei Portfolioinvestitionen

Seit dem Jahr 2006 haben sich bei den Portfolioinvestitionen in *Dividendenpapiere* für Deutschland erhebliche Nettobewertungsverluste ergeben (Abbildung 4). Bis 2012 haben sie sich auf rund acht Prozent des Bruttoinlandsprodukts akkumuliert. Dies ist mehr als ein Drittel des gesamten Wertverlustes, den Deutschland auf sein Nettoauslandsvermögen erlitten hat. Diese Nettobewertungsverluste sind bei den Forderungen gegenüber dem Ausland entstanden. Deutsche Unternehmen, Banken

Abbildung 2

Bewertungsänderungen auf Direktinvestitionen In Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Quellen: IWF, Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Nur geringe Nettoverluste sind für Deutschland bei den Direktinvestitionen entstanden.

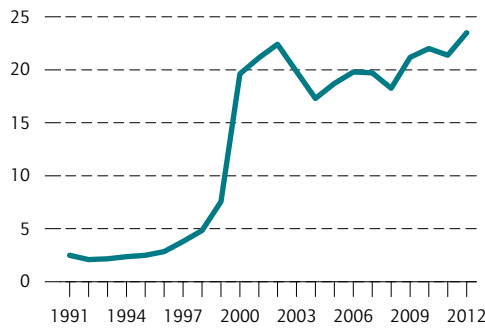
und Sparer haben also auf ihren Auslandsanlagen viel verloren. Ausländische Investoren haben demgegenüber auf ihre Anlagen in Deutschland seit dem Jahr 2006 bei einer allerdings hohen Volatilität kaum Verluste erlitten. Von den betrachteten Vergleichsländern weisen wiederum die USA im Zeitraum zwischen 2002 und

³ Bach, S. et al. (2013), a. a. O.

Abbildung 3

Kumulierte Direktinvestitionen des Auslands in Deutschland

In Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Quellen: IWF; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Ausländische Direktinvestitionen in Deutschland stagnieren (trotz hoher Renditechancen).

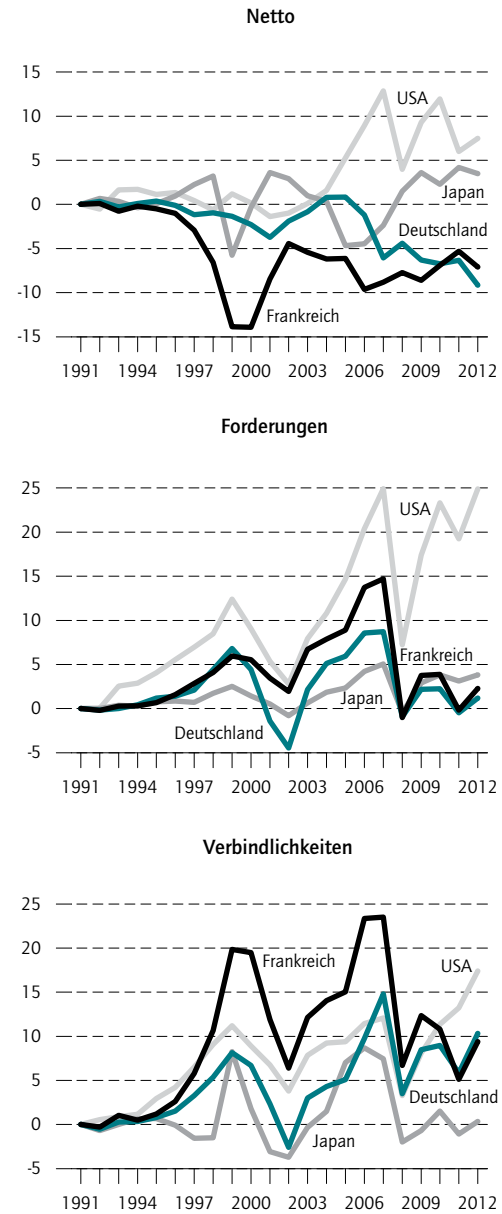
2006 hohe Nettobewertungsgewinne auf. In den folgenden Jahren sind in dieser Kategorie jedoch auch für die USA Verluste entstanden, während Japan und Frankreich leichte Gewinne erzielen konnten.

Auch bei den Portfolioinvestitionen in *Festverzinsliche Papiere* hat Deutschland hohe Bewertungsverluste erlitten – seit dem Jahr 2006 mehr als acht Prozent des Bruttoinlandsprodukts (Abbildung 5). Zusammen mit den ebenfalls rund acht Prozent an Verlusten bei den Dividendenpapieren können die gesamten Nettobewertungsverluste Deutschlands von über 20 Prozent somit zu einem bedeutenden Teil auf Portfolioanlagen zurückgeführt werden. Allerdings sind die Nettoverluste bei den Festverzinslichen Papieren im Gegensatz zu den Dividendenpapieren nicht nur auf die Forderungen, sondern auch durch Bewertungsgewinne für die ausländischen Anleger bei deutschen Anleihen entstanden. Hier dürfte eine Rolle gespielt haben, dass Deutschland insbesondere seit dem Jahr 2006 als sicherer Hafen fungiert hat und viel Kapital in als relativ sicher geltende Anleihen geflossen ist. Diese hohe Nachfrage wiederum hat den Marktwert der deutschen Anleihen nach oben getrieben und so die Verbindlichkeiten Deutschlands gegenüber dem Ausland zumindest auf dem Papier um mehr als vier Prozent erhöht. Auch der Wert der amerikanischen Verbindlichkeiten ist seit dem Jahr 2006 um rund fünf Prozent gestiegen, was die Funktion der USA als sicherer Hafen unterstreicht. Gleichzeitig haben aber die USA im Gegensatz zu Deutschland auf ihre Forderungen Bewertungsgewinne erzielt. Ein ähnliches

Abbildung 4

Bewertungsänderungen auf Dividendenwerte

In Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Quellen: IWF; Berechnungen des DIW Berlin.

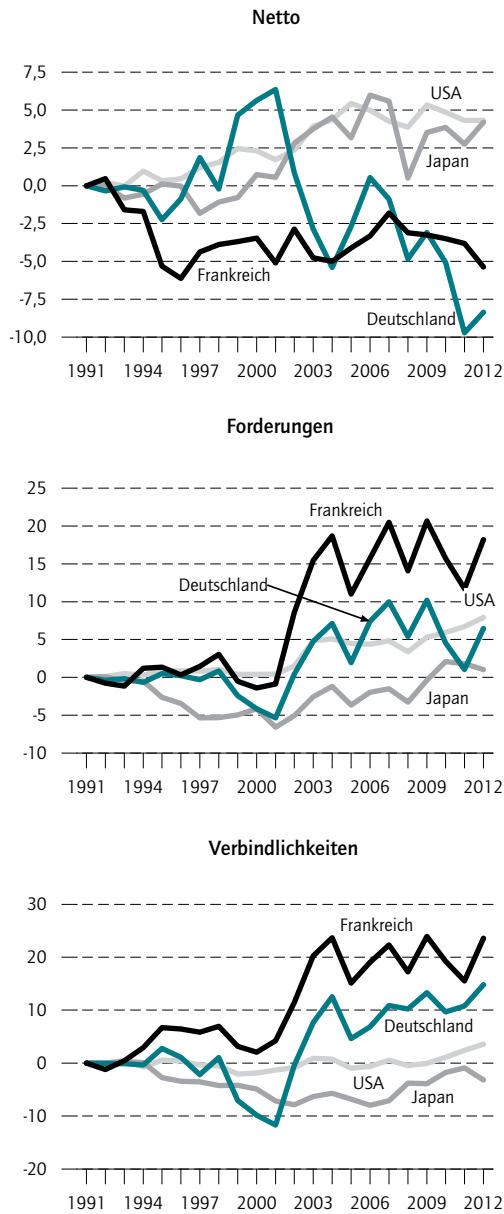
© DIW Berlin 2013

Deutsche Unternehmen und Sparer haben viel Geld im Ausland verloren.

Bild zeigt sich für Japan und Frankreich. Auch in diesen Ländern ist der Wert der Verbindlichkeiten seit dem Jahr 2006 wohl aufgrund des als gering wahrgenommenen Länderrisikos gestiegen, während gleichzeitig – anders als für Deutschland – bei den Forderungen keine oder nur geringe Verluste angefallen sind.

Abbildung 5

Bewertungsänderungen auf Festverzinsliche Werte
In Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Quellen: IWF; Berechnungen des DIW Berlin.

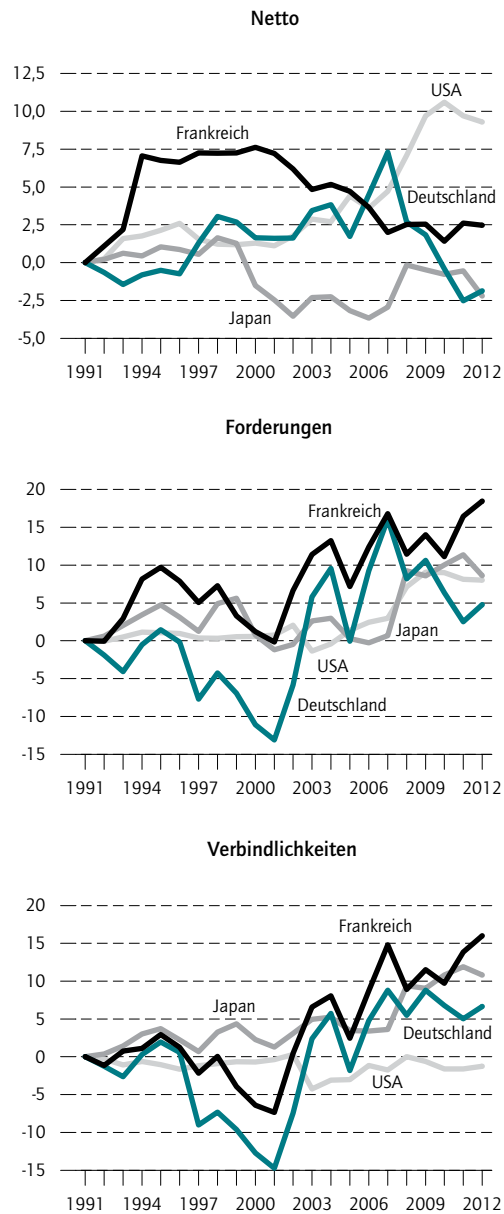
© DIW Berlin 2013

Die hohe Nachfrage nach deutschen Anleihen hat den Wert der deutschen Verbindlichkeiten erhöht.

Auch bei den *Anderen Investitionen* weist Deutschland seit dem Jahr 2006 Bewertungsverluste auf; sie belaufen sich netto auf knapp sechs Prozent des Bruttoinlandsprodukts (Abbildung 6). Demgegenüber konnten die USA in diesem Zeitraum Bewertungsgewinne verzeichnen. Für Japan und Frankreich sind nur gerin-

Abbildung 6

Bewertungsänderungen auf Andere Investitionen
In Prozent des Bruttoinlandsprodukts



Quellen: IWF; Berechnungen des DIW Berlin.

© DIW Berlin 2013

Seit 2006 sind die deutschen Forderungen gegenüber dem Ausland im Wert gesunken.

ge Bewertungsverluste zu beobachten. In erster Linie sind die Verluste Deutschlands bei den Forderungen gegenüber dem Ausland entstanden – wohl aufgrund von Verlusten bei Krediten an ausländische Unternehmen, während der Wert der Verbindlichkeiten in etwa konstant geblieben ist.

Kasten 2

Berechnung der Renditen auf dem Auslandsvermögen

Die vorliegende Herleitung der Renditen auf dem Auslandsvermögen erfolgt in Anlehnung an die einschlägige Literatur¹. Die Rendite setzt sich zusammen aus der Summe der in einer Periode entstandenen Wertänderungen und Einkommen auf das erzielte Vermögen dividiert durch den Bestand am Anfang der Periode. Dies erfolgt beispielsweise bei den Forderungen für jede Kategorie j über die einfache Formel:

$$r_t^{Aj} = \frac{I_t^{Aj}}{A_{t-1}^{Aj}} + \frac{KG_t^{Aj}}{A_{t-1}^{Aj}} \cdot i_t^{Aj} + kg_t^{Aj}$$

r_t^{Aj} steht für die nominale Rendite, i_t^{Aj} für das nominale Vermögenseinkommen und kg_t^{Aj} für die Bewertungsänderung jeweils im Verhältnis zum Bestand A_{t-1}^{Aj} in der Vorperiode.

¹ Vgl. etwa Lane, P., Milesi-Ferretti, G.-M. (2001): The External Wealth of Nations Mark II. Journal of International Economics vol. 55(2), 263-294; sowie Habib, M. (2010): Excess returns on net foreign assets: the exorbitant privilege from a global perspective. Working Paper Series 1158, European Central Bank.

Analog ist die Berechnung für die Rendite, die das Ausland auf deutschen Vermögenswerten erwirtschaftet:

$$r_t^{Lj} = i_t^{Lj} + kg_t^{Lj}$$

Die einzelnen Renditen in den jeweiligen Kategorien können nun verwendet werden, um die Gesamrendite sowie die Differenz zwischen der Rendite auf den Forderungen und den Verbindlichkeiten zu berechnen.

$$r_t^A - r_t^L = \sum (\alpha_j^A r_t^{Aj} - \lambda_j^L r_t^{Lj})$$

r_t^{Aj} und r_t^{Lj} bezeichnen die Renditen auf den Forderungen beziehungsweise den Verbindlichkeiten in der Kategorie j . α_j^A steht für das Gewicht einer Anlagekategorie an den gesamten Forderungen, λ_j^L ist das Gewicht einer Anlagekategorie an den Verbindlichkeiten. Diese Aufteilung der gesamten Renditedifferenz auf die einzelnen Anlagekategorien erlaubt es, Simulationen durchzuführen, etwa welche Renditen Deutschland mit derselben Struktur des Anlagevermögens wie die Vereinigten Staaten erzielen könnte.

Kann Deutschland aus dem Anlageverhalten der USA lernen?

Aus der bisherigen Analyse wird deutlich, dass Deutschland in allen Anlagekategorien außer bei den Direktinvestitionen seit dem Jahr 2006 meist eine schlechtere Bilanz vorzuweisen hat als die übrigen betrachteten Länder und insbesondere als die Vereinigten Staaten. Kann Deutschland aus dem Anlageverhalten der USA lernen? Dieser Frage wird mit Hilfe einer Simulation nachgegangen. Untersucht wird, ob Deutschland mit der gleichen Struktur des Auslandsvermögens wie die USA in der Vergangenheit eine höhere Gesamrendite auf das Auslandsvermögen hätte erzielen können.

Für diese Simulation der Gesamrenditen auf das Auslandsvermögen werden neben den Bewertungsänderungen auch die aus dem Auslandsvermögen generierten Einkommen herangezogen (Kasten 2). Diese umfassen etwa Dividenden- und Zinszahlungen. Die Nettovermögenseinkommen – also die Differenz zwischen Vermögenseinkommen und -zahlungen auf die Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland – machen mittlerweile rund zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts und somit fast ein Drittel des deutschen Leistungsbilanzüberschusses aus. Dies ist im Wesentlichen auf das positive Nettoauslandsvermögen zurückzuführen.

ren, aus dem mehr Vermögenseinkünfte als -zahlungen generiert werden. Da die Bewertungsänderungen aber oft viel höher ausfallen als die Vermögenseinkommen und diese zudem noch viel stärker schwanken, werden die Gesamrenditen auf das Auslandsvermögen in erster Linie durch Bewertungsänderungen bestimmt.

Wenn man die Differenzen der Gesamrenditen zwischen den Forderungen und Verbindlichkeiten jeweils in Sechsjahres-Durchschnittswerten zusammenfasst (Tabelle), ist zu erkennen, dass Deutschland in allen betrachteten Zeiträumen eine negative totale nominale Renditedifferenz aufweist. Allerdings haben auch Japan und Frankreich in diesem Zeitraum oft eine negative oder nur gering positive Rendite erzielt. Einzig die USA haben gemäß den vorliegenden Daten über den gesamten Zeitraum hinweg eine hohe Renditedifferenz erzielt, die im Zeitverlauf sogar noch angestiegen ist. Eine interessante Frage ist, ob Deutschland mit der gleichen Verzinsung auf die Forderungen und Verbindlichkeiten wie in der Vergangenheit, aber derselben Struktur des Anlagevermögens wie die USA eine höhere totale Renditedifferenz hätte erreichen können.

Tatsächlich ergibt eine entsprechende Simulation für Deutschland – wie auch für Frankreich und Japan – in den vergangenen sechs Jahren eine deutlich höhere Ren-

dite. Anstatt einer negativen Rendite von einem Prozent wäre gemäß den Simulationsergebnissen mit der Vermögensstruktur der USA eine Rendite von 5,8 Prozent möglich gewesen. Dies wäre beinahe so hoch wie die Rendite von 8,7 Prozent, die die Vereinigten Staaten im selben Zeitraum erzielen konnten. Dieses Gedankenexperiment illustriert, wie stark die USA von ihrer Rolle als sicherer Hafen und den geringen Zinsen auf ihre Anleihen profitieren können. Deutschland spielt eine sehr ähnliche Rolle, vermag es aber viel weniger stark als die USA, das Auslandsvermögen so zu investieren, dass es höhere Erträge erzielt als die Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland.

Fazit

Zu Beginn dieses Beitrags wurde die Frage aufgeworfen, ob die Verluste auf das deutsche Nettoauslandsvermögen auf Zufall oder auf tiefere Ursachen zurückzuführen sind. Aufgrund der dargestellten Untersuchungen wird deutlich, dass der Zufall zwar eine Rolle gespielt haben dürfte, andere Faktoren aber auch wichtig waren. Deutschland weist in allen Anlagekategorien außer bei den Direktinvestitionen eine schlechtere Bilanz auf als die übrigen betrachteten Länder. Deutsche Direktinvestitionen im Ausland haben sich im internationalen Vergleich gut entwickelt. Netto sind aber dennoch keine Gewinne entstanden, da zugleich die internationalen Direktinvestitionen in Deutschland dem Ausland Bewertungsgewinne eingebracht haben. In den anderen Anlagekategorien sind Verluste entstanden. Im Rückblick stellt sich die Frage, warum die hohen nationalen Ersparnisse Deutschlands nicht vermehrt in Direktinvestitionen im Ausland oder in Investitionen im Inland geflossen sind.

Insgesamt deuten die Ergebnisse dieses Berichts darauf hin, dass Deutschland aus günstigen Voraussetzungen zu wenig gemacht hat; die Position als Nettoschuldner im Bereich der niedrig verzinsten Anleihen wäre eigentlich geeignet, gleichzeitig in anderen – höher verzinsten – Kategorien, wie etwa den Direktinvestitionen, hohe Gewinne zu erzielen. Trotzdem wäre es verfehlt, von einer kollektiv falschen Anlagestrategie zu sprechen. Nur wenige Länder wie die USA vermögen es, über längere Zeit Gewinne auf ihr Auslandsvermögen zu erzielen oder Verluste zu vermeiden. Auch wenn es weder möglich noch wünschenswert ist, eine kollektive Anlagestrategie zu verfolgen, ist es längerfristig für die Wohlfahrt in einem Land äußerst wichtig, dass Unternehmen und Anleger keine Verluste auf das Auslandsvermögen erleiden. Nur so können zukünftige Generationen an den gegenwärtigen Leistungsbilanzüberschüssen Deutschlands teilhaben.

Guido Baldi ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | gbaldi@diw.de

Tabelle

Renditedifferenzen¹ auf das Auslandsvermögen
In Prozentpunkten

	Tatsächlich	Simuliert ²
Frankreich		
1993-1999	0,0	1,8
2000-2006	-1,1	1,9
2007-2012	-0,1	6,2
Deutschland		
1993-1999	-2,9	0,3
2000-2006	-0,5	0,8
2007-2012	-1,0	5,8
Japan		
1993-1999	0,4	3,6
2000-2006	-5,8	2,4
2007-2012	0,4	3,3
USA		
1993-1999	4,3	4,3
2000-2006	5,8	5,8
2007-2012	8,7	8,7

1 Rendite auf die Forderungen abzüglich der Rendite auf die Verbindlichkeiten.
2 Unter der Annahme, dass die Auslandsvermögensstruktur der der USA entspricht.

Quellen: IWF; Berechnungen des DIW Berlin.

Nur die USA erzielen seit langem durchweg hohe Renditen.

titionen, hohe Gewinne zu erzielen. Trotzdem wäre es verfehlt, von einer kollektiv falschen Anlagestrategie zu sprechen. Nur wenige Länder wie die USA vermögen es, über längere Zeit Gewinne auf ihr Auslandsvermögen zu erzielen oder Verluste zu vermeiden. Auch wenn es weder möglich noch wünschenswert ist, eine kollektive Anlagestrategie zu verfolgen, ist es längerfristig für die Wohlfahrt in einem Land äußerst wichtig, dass Unternehmen und Anleger keine Verluste auf das Auslandsvermögen erleiden. Nur so können zukünftige Generationen an den gegenwärtigen Leistungsbilanzüberschüssen Deutschlands teilhaben.

Björn Bremer ist Praktikant in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | bbremer1@jhu.edu

WHY ARE GERMANY'S NET FOREIGN ASSETS SO LOW?

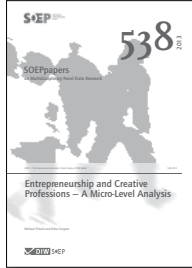
Abstract: Germany's international investments show large net valuation losses of more than 20 percent of GDP since 2006. Is this entirely random or is there a story behind these losses? It is difficult to provide a meaningful answer to this question. In general, high valuation losses on the net foreign asset position are nothing unusual. In addition, the available data should be interpreted with some caution. However, this article also shows that one can detect an interesting pattern when analyzing valuation changes in asset categories. Interestingly, high net valuation losses can be mainly detected in portfolio investments, while German foreign direct investments have not shown major losses. In addition, foreign investors have seen major gains on their

direct investments in Germany. Presumably, some of the net valuation losses of German firms and individuals could have been prevented if their savings had been invested in long-term assets either in Germany or abroad. A comparison of Germany's investment behavior with the one observed for US firms and individuals is interesting. Both countries are "safe havens" and attract a lot of foreign investments for bonds. At the same time, the US channels its foreign investments into assets showing high returns, while the same cannot be observed for Germany and many other countries. These results are of high relevance because valuation losses on the international investment position lower future domestic welfare.

JEL: F21, F34, F41

Keywords: International Assets and Liabilities, Valuation Effects, International Capital Flows

SOEP Papers Nr. 538
2013 | Michael Fritsch and Alina Sorgner



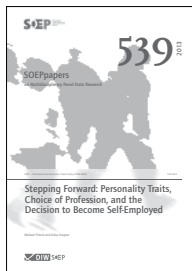
Entrepreneurship and Creative Professions: A Micro-Level Analysis

It has widely been recognized that creativity plays an immense role not only for arts, sciences, and technology, but also for entrepreneurship, innovation, and thus, economic growth. We analyze the level and the determinants of self-employment in creative professions at the level of individuals. The analysis is based on the representative micro data of the German Socio-Economic Panel (SOEP). The findings suggest that people in creative professions appear more likely to be self-employed and that a high regional share of people in the creative class increases an individual's likelihood of being an entrepreneur. Investigating the determinants of entrepreneurship within the creative class as compared to non-creative professions reveals

only some few differences.

www.diw.de/publikationen/soeppapers

SOEP Papers Nr. 539
2013 | Michael Fritsch and Alina Sorgner



Stepping forward: Personality Traits, Choice of Profession, and the Decision to Become Self-Employed

We argue that entrepreneurial choice proceeds in at least in two steps, with vocational choice nearly always preceding choice of employment status, whether that be self-employment or dependent employment. Since the two decisions are interrelated, analysis of entrepreneurial choice as a single act may lead to inconsistent estimates of the factors that determine the decision to launch a business venture. Our empirical analysis utilizes a bivariate probit model that jointly estimates both decisions. The results support our argument that entrepreneurial choice is a two-stage decision process.

www.diw.de/publikationen/soeppapers

SOEP Papers Nr. 540

2013 | Markus M. Grabka, Jan Marcus and Eva Sierminska



Wealth Distribution within Couples and Financial Decision Making

While most studies on wealth inequality focus on the inequality between households, this paper examines the distribution of wealth within couples. For this purpose, we make use of unique individual level micro data from the German Socio-Economic Panel (SOEP). In married and cohabiting couples, men have, on average, 33,000 Euro more net worth than women. We look at five different sets of factors (demographics, income, labor market, inheritances, financial decision making in the partnership) that might explain this wealth gap. We find that all factors contribute to the explanation of the wealth gap within partnerships, with inheritances and income being particularly relevant. Furthermore, we find that specific characteristics (e.g. self-employment, no migration background, inheritances, high income) that decrease the wealth gap for women increase it for men. For men the respective coefficients are even stronger in absolute terms. When examining intra-partnership financial decision making, we find the gap to be significantly smaller when the female manages the money and larger if the male partner has the last word in financial decisions.

www.diw.de/publikationen/soepapers

SOEP Papers Nr. 541

2013 | Maïke Schmitt



Subjective Well-Being and Air Quality in Germany

This paper analyses the relation between air quality and subjective well-being in Germany. Life Satisfaction (LS) data from the German Socio-Economic Panel Study (SOEP) is connected with daily county pollution in terms of carbon monoxide (CO), nitrogen dioxide (NO₂) and ozone (O₃) from 1998 to 2008. The assumed microeconomic happiness function is estimated considering individual time invariant effects. It is observed that O₃ has a significant negative impact on life satisfaction. The estimated influence of current CO as well as NO₂ is not significant. Moreover, I found that LS of people with environmental worries is more affected by ozone pollution. This was not the case for people with a bad health status. Using the marginal rate of substitution between income and air pollution, it is calculated that an increase of one µg/m³ in daily average county O₃ has to be compensated by an increase of €11.33 in monthly net household income to hold an average individual's LS constant.

www.diw.de/publikationen/soepapers

SOEP Papers Nr. 542

2013 | Franz Westermaier, Brant Morefield and Andrea M. Mühlenweg



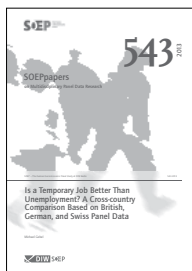
Impacts of Parental Health Shocks on Children's Non-Cognitive Skills

We examine how parental health shocks affect children's non-cognitive skills. Based on a German mother-and-child data base, we draw on significant changes in self-reported parental health as an exogenous source of health variation to identify effects on outcomes for children at ages of three and six years. At the age of six, we observe that maternal health shocks in the previous three years have significant negative effects on children's behavioral outcomes. The most serious of these maternal health shocks decrease the observed non-cognitive skills up to half a standard deviation. Paternal health does not robustly affect non-cognitive outcomes.

www.diw.de/publikationen/soepapers

SOEP Papers Nr. 543

2013 | Michael Gebel



Is a Temporary Job Better than Unemployment?: A Cross-Country Comparison Based on British, German, and Swiss Panel Data

While many previous studies on temporary work have found disadvantages for temporary workers as compared to workers with a permanent contract, this study compares temporary work to the alternative of unemployment. Specifically, this paper investigates the potential integrative power of taking up a temporary job for unemployed workers as compared to the counterfactual situation of remaining unemployed and searching for another job. Applying a dynamic propensity-score matching approach based on British, (West and East) German, and Swiss panel data during the period of 1991–2009, it is shown that taking up a temporary job increases the employment chances during the subsequent five years in (West and East) Germany and the UK. Moreover, the chances of having a permanent contract remain higher and a persistent wage premium can be found during the subsequent five years of the career. Advantages of taking up a temporary job are slightly stronger in West Germany compared to East Germany, where temporary contracts are often based on public job creation measures with limited integration potential. Neither long-run advantages nor disadvantages of taking up a temporary job can be found in the case of the flexible Swiss labour market.

www.diw.de/publikationen/soepapers



Prof. Dr. Claudia Kemfert,
Leiterin der Abteilung Energie,
Verkehr, Umwelt

Der Beitrag gibt die Meinung der
Autorin wieder.

Amerika im Fracking-Boom: langfristiges Eldorado für energieintensive Industrien?

Da in den USA immer mehr Öl- und Gasreserven gefördert werden, sprechen viele schon von Amerika als dem „neuen Arabien“, das in Kürze unabhängig von Energieimporten sein werde und sogar die Welt mit den kostbaren Ressourcen beliefern könne. In der Tat sind die in den USA produzierten Mengen, insbesondere des sogenannten unkonventionellen Erdgases, in den vergangenen Jahren aufgrund neuer und verbesserter Fördermethoden wie *Fracking* deutlich gestiegen. Infolge der erhöhten Produktion ist der Gaspreis gesunken. Industrieunternehmen sehen die USA somit als künftiges Eldorado preiswerter Energie und drohen weltweit – so auch in Deutschland – mit massiven Abwanderungen.

Abgesehen davon, dass vor allem energieintensive Industrien mit einem hohen Gasverbrauch, wie beispielsweise die Chemiebranche, überhaupt ein Interesse an einer Abwanderung haben können, stellt sich die Frage, wie nachhaltig die Entwicklung in den USA sein kann. Werden die Gaspreise wirklich in den kommenden Jahrzehnten so niedrig sein, dass Unternehmensverlagerungen sinnvoll erscheinen? Die jüngste Studie der Internationalen Energie-Agentur (IEA) scheint dies zu bejahen. Sie geht davon aus, dass die bisherigen starken Steigerungen der Förderungen unkonventioneller Gasreserven mittels *Fracking* ohne weiteres fortgeschrieben werden können. Auch die vorliegenden Schätzungen scheinen dieser Annahme Recht zu geben. Allerdings muss beachtet werden, dass Schätzungen über die Größe und Produktivität von Erdgasfeldern immer mit großen Unsicherheiten behaftet sind, denn sie können nur anhand der Erfahrungswerte bisheriger Bohrungen ermittelt werden. Einige Erdgasfelder in den USA scheinen jedoch in der Realität schneller als erwartet erschöpft zu sein. Zudem sind nicht immer alle technisch möglichen Bohrungen auch ökonomisch sinnvoll. *Fracking* rechnet

sich in erster Linie bei einem entsprechend hohen Gaspreis. Sinkt dieser aufgrund des zunehmenden Angebots weiter, werden vermutlich viele Felder nicht wie geplant erschlossen. Um die von der IEA genannte Produktionssteigerung zu erreichen, müssten tausende neuer Erdgasfelder mittels *Fracking* erschlossen werden. Zwar ist in den USA die Besiedlungsdichte in vielen Regionen deutlich geringer als in Europa, die Eigentumsverhältnisse sind anders strukturiert und die Umweltauflagen deutlich weniger wichtig. Ob dies in Anbetracht der schon beginnenden öffentlichen Diskussion über die Sicherheit und Umweltverträglichkeit von *Fracking* allerdings dauerhaft so bleiben wird, ist fraglich. Sollte sich die öffentliche Akzeptanz vermindern, wird es vermutlich kaum zu der nötigen starken Ausweitung von *Fracking*-Feldern kommen. Ähnlich wird es sein, wenn sich die Regulierung ändert und verschärfte Umweltauflagen durchgesetzt werden. Somit stellt sich die berechtigte Frage, ob der aktuelle *Fracking*-Boom tatsächlich zu einem massiven Anstieg der Produktion führen wird. Selbst wenn man davon ausgehen würde, dass die in den jüngsten Studien beschriebene Produktionsausweitung möglich ist und so umgesetzt wird, kann sie kaum von sehr langer Dauer sein. Sogar die IEA sagt dies deutlich: Die Ölförderung wird schon in einem Jahrzehnt wieder deutlich zurückgehen, mit etwas zeitlichem Abstand auch die Gasförderung. Da die USA derzeit versäumen, sparsamer mit Energie umzugehen, ist außerdem damit zu rechnen, dass der Energieverbrauch in den USA eher steigt als fällt. Somit werden die USA der Welt kaum langfristig dauerhafte Lieferungen von Öl und Gas anbieten können. Sollten sich zudem die eher pessimistischen Erwartungen erfüllen, wäre mit steigenden Energiepreisen zu rechnen – aus Sicht der energieintensiven Industrie keine tragbare Basis für Standortverlagerungen. Vor Fehlentscheidungen waren Unternehmen noch nie geübt. In diesem Fall wären sie abzuwenden.